

Jüdisches Magazin für Politik und Kultur

NR. 83 · (1/2021) Nisan 5781 · € 6,50 · www.nunu.at

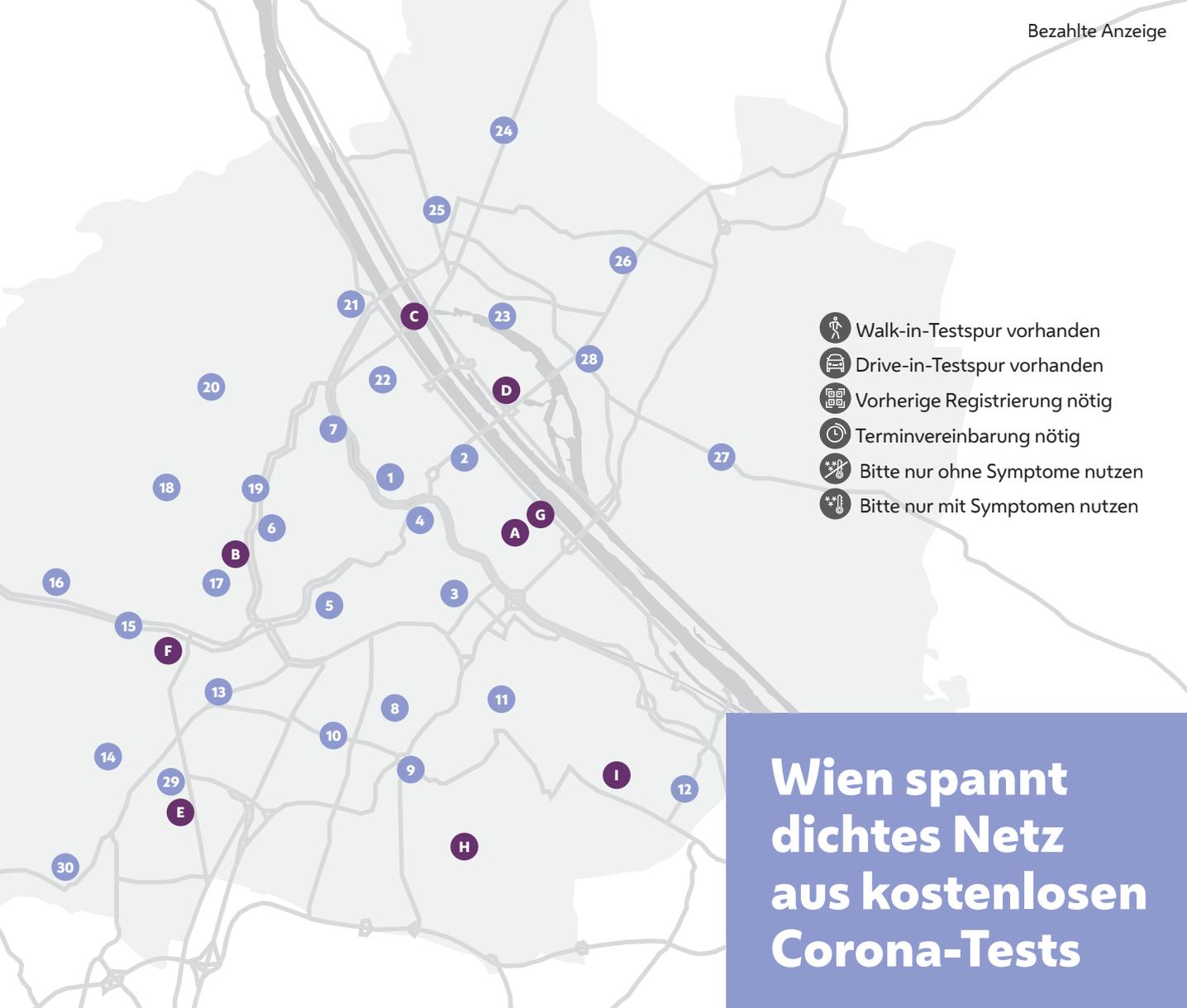
*nunu*

**Dossier: Wokeness**

Wie korrekt ist  
politisch korrekt?

Kein bisschen leise:  
Unterwegs mit Topsy Küppers





# Wien spannt dichtes Netz aus kostenlosen Corona-Tests

## Teststraßen



- A** 2., Meiereistraße 7 – Ernst-Happel-Stadion
- B** 15., Roland-Rainer-Platz 1 – Stadthalle
- C** 21., Floridsdorfer Brücke, Abfahrt Donauinsel – Donauinsel
- D** 22., Bruno-Kreisky-Platz 1 – Austria Center Vienna
- E** 23., Anton-Baumgartner-Straße 119 – Schule Erlaaer Schleife
- F** 13., Schönbrunner Schloßstraße 47 – Schloss Schönbrunn
- G** 2., Engerthstraße 267–269 – Ferry-Dusika-Stadion
- H** 10., Kurbadstraße 14 – Therme Wien
- I** 11., Otmar-Brix-Gasse 1 – Schloss Neugebäude

## Bei Verdacht einer Corona-Infektion

- 1450 anrufen
- Online-Symptomchecker
- Termin in einer Checkbox

## Checkboxes



- |   |  |   |
|---|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>1 2., Tandelmarktgasse 7–11</li> <li>2 2., Wohlmutstraße 2–4</li> <li>3 3., Landstraßer Hauptstraße 137</li> <li>4 3., Obere Viaduktgasse 30–34</li> <li>5 5., Zeuggasse 3</li> <li>6 7., Schottenfeldgasse ggü. 96</li> <li>7 9., Spittelauer Platz 1–2</li> <li>8 10., Gellertgasse 61–55</li> <li>9 10., Ludwig-von-Höhnel-Gasse 2</li> <li>10 10., Zohmannngasse 42</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>11 11., Hakelgasse 14–18</li> <li>12 11., Mühlsangergasse 42</li> <li>13 12., Koppreitergasse 8–10</li> <li>14 12., Wundtgasse ggü. 3–9</li> <li>15 13., Hans-Moser-Park</li> <li>16 14., Felbigergasse 113–115</li> <li>17 15., Goldschlagstraße 53–55</li> <li>18 16., Mildeplatz ggü. 8</li> <li>19 17., Veronikagasse 20–22</li> <li>20 18., Alesegger Straße 57</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>21 19., Eisenbahnstraße ggü. 17</li> <li>22 20., Universumstraße 22</li> <li>23 21., Floridusgasse ggü. 48</li> <li>24 21., Hahnemanngasse 8</li> <li>25 21., Hopfengasse ggü. 3–5</li> <li>26 21., Sebaldegasse ggü. 8</li> <li>27 22., Erzherzog-Karl-Straße 227–229</li> <li>28 22., Schrödingerplatz 1</li> <li>29 23., Auer-Welsbach-Straße ggü. 61</li> <li>30 23., Mehlführergasse 16–18</li> </ul> |
|---|--|---|



VON DANIELLE SPERA  
HERAUSGEBERIN



VON ANDREA SCHURIAN  
CHEFREDAKTEURIN

## Füreinander verantwortlich

Die vergangenen Monate bedeuteten für uns alle die Fahrt auf einer Hochschaubahn. Ein Blick über die Grenzen unseres Landes zeigt uns, dass keine Regierung über ein Patentrezept zur Eindämmung der Pandemie besitzt. Israel ist eine Ausnahme. Hier wurde alles eingesetzt, um so viel Impfstoff wie möglich zu besorgen und ihn schnellstens an die Bevölkerung zu bringen. Vermutlich wird Israel das erste Land mit einer weitgehend vollständig geschützten Bevölkerung sein.

In Europa hat man zu wenig Impfstoff besorgt, die Impfstrategien sind inkonsistent. Deshalb muss besonders auf die verwundbarsten Menschen unserer Gesellschaften geachtet werden, die vielleicht seit fast einem Jahr ihre Kinder, ihre Enkel oder Urenkel nicht mehr sehen können.

Dass sich gerade unsere Gemeinde mit einem „Impfpilotprojekt“ darüber hinweggesetzt hat und im Dezember dutzende Menschen geimpft wurden, die in der von der Regierung vorgegebenen Reihenfolge erst ganz am Schluss vorgesehen wären, hat für Aufruhr gesorgt. Wie konnte es geschehen, dass Menschen nach Gutdünken einzelner Funktionäre ausgewählt wurden, während ältere Gemeindeglieder zurückstehen mussten? Die dafür Verantwortlichen müssen dies zumindest mit ihrem Gewissen vereinbaren. Im Talmud steht geschrieben: „Kol Israel arevim ze laze.“ Alle Juden sind füreinander verantwortlich: Dieser Grundsatz wurde hier schlicht und einfach vergessen.

Einer gerechten Welt im Einklang mit der Natur hat Arik Brauer sein Leben gewidmet. Der großartige Künstler und Geschichtenerzähler ist im Jänner für immer eingeschlafen. Er war Maler, Grafiker, Keramiker, Architekt, Musiker, Sänger, Tänzer, Texter, Bühnenbildner und vieles andere mehr. Als Dialektsänger eroberte er in den 1970er Jahren die Hitparade. Das Malen, oft beeinflusst von Geschichten aus der Tora, blieb aber das wichtigste Ausdrucksmittel des Universalgenies. Ein verantwortungsvoller Umgang mit der Natur war ein wesentlicher Bestandteil seiner künstlerischen Reflexionen. Ich bin unendlich dankbar für die vielen wunderbaren Begegnungen mit Arik über Jahrzehnte hinweg. Ich habe einen Freund, einen Lebensmenschen verloren, der in seiner Familie immer weiterleben wird und dessen Erinnerung wir immer aufrechterhalten werden.

In der Hoffnung, dass wir die kommenden Feiertage heuer wieder im Kreis unserer Liebsten feiern können, wünsche ich Ihnen Pessach Kascher ve Sameach.

## NU, was ist politisch korrekt?

Was darf man heute sagen? Und darf man nicht eh alles sagen? Ist ein guter (oder gar besserer) Mensch, wer das Binnen-I und/oder den Genderstern verwendet? Und reaktionär, wer es nicht tut? Political Correctness, Cancel Culture, Wokeness, kulturelle Aneignung: Die teils heftig geführte Debatte ist aus den USA nach Europa geschwappt. In unserem Dossier kommen Verteidiger ebenso wie Kritiker dieser gesellschaftlichen Entwicklung zu Wort. Wodurch unterscheidet sich altmodische Höflichkeit von aktueller Wokeness?

Höchstwahrscheinlich gestalten zivilisierte Menschen ihren Umgang mit anderen respektvoll und nicht diskriminierend. Und sie stimmen mit woken (also wachen) Menschen sicher auch darin überein, dass die wesentliche Frage nicht ist, wie etwas gemeint ist, sondern wie es beim Gegenüber ankommt. Andererseits drohen liberale Werte wie Freiheit der Kunst und der Wissenschaft, für die einmal Menschen auf die Barrikaden gestiegen sind, der Cancel Culture geopfert zu werden. Der Philosoph Konrad Paul Liessmann konstatiert: „Gemäß der antiken Weisheit, dass es immer auf das rechte Maß ankommt, gibt es im Sprachgebrauch und im Umgang miteinander sehr wohl sinnvolle Formen der Zurückhaltung und Vorsicht. Früher sprach man von Höflichkeit und Taktgefühl. Aber aus jeder Tugend kann, geht das rechte Maß verloren, ein furchtbares Laster werden.“ Selten gab es in einer NU-Ausgabe so viele divergierende Meinungen und Streitgespräche. Klar, dass Ronni Sinai und Nathan Spasić dazu das vorletzte Wort haben.

Ein Paradebeispiel dafür, dass man nicht alles sagen, erst recht nicht alles twittern sollte, was einem so durch den Kopf schießt, ist Ex-Präsident Donald Trump. Wir diskutieren darüber, ob die Sperre seiner Social Media Accounts ein Eingriff in die Meinungsfreiheit oder gutes Recht eines privaten Medienunternehmens ist. An dieser Stelle möchte ich mich für Ihre Zuschriften bedanken: Lob freut uns, Kritik macht uns nachdenklich, beides spornt uns immer an.

Es ist bedauerlich, dass wir Ihnen keine aktuellen Berichte und Analysen zu den Wahlen in Israel bieten können. Das liegt schlicht daran, dass sie erst stattgefunden haben, nachdem dieses Heft bereits in den letzten Produktionszügen lag.

Ich wünsche Ihnen im Namen des NU-Teams ein fröhliches Pessachfest. Bleiben Sie gesund, halten Sie Abstand! Und reden Sie mit! Schreiben Sie uns!

## Israel

### „Tzedek, tzedek tirdof – Gerechtigkeit, strebe Gerechtigkeit an“

David Dunetz, Klimaforscher und Nachhaltigkeitsspezialist, vermisst Klimaschutz in Israel als Wahlkampfthema. Dabei hängt der Erfolg für den Wissenschaftler vor allem von politischen Entscheidungen ab.  
Von *Andrea Schurian*

Seite 6

### Rabbiner für die Impfung

Für ultraorthodoxe Juden sind die Quarantäne-Maßnahmen in Israel besonders schwierig: Der eingeschränkte Zugang zum Internet spielt dabei eine zentrale Rolle.  
Von *Krista Gerloff*

Seite 9

### Boycott als Lösung?

Die BDS-Bewegung ruft zur wirtschaftlichen und kulturellen Ausgrenzung Israels auf.  
Ein Pro und Kontra von *Eric Frey* und *Martin Engelberg*

Seite 10

### Der Weg nach Afrika

Der israelische Schriftsteller und Politiker Arye Shalimar besuchte nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen den Sudan. Ein Bericht über den ersten Schritt auf einer hoffnungsvollen Reise.  
Von *René Wachtel*

Seite 14

## Aktuell

### „Es gibt Sehnsucht nach Frieden“

Mordechai Rodgold, israelischer Botschafter in Wien, im Gespräch über die „Abraham-Verträge“ und ihre Auswirkungen auf Israels Beziehungen zu seinen arabischen Nachbarn.  
Von *Michael J. Reinprecht*

Seite 15

### Ein klares Bekenntnis

Ende Oktober präsentierte die Bundesregierung ein Gesetz zur Förderung jüdischen Lebens in Österreich. Dem gilt es von allen Seiten gerecht zu werden.  
Von *René Wachtel*

Seite 17

### Kontrolle ohne Zensur

Die EU will mittels „Democratic Action Plan“ Facebook, Twitter und Google strenger beaufsichtigen und den Hass im Netz unter Kontrolle bekommen.  
Von *Otmar Lahodynsky*

Seite 19

### Impfen I: Dann sollen sie doch Kuchen essen!

Kommentar von *Nathan Spasić*

Seite 20

### Impfen II: Pampers gegen Nestbeschmutzung?

Kommentar von *Ronni Sinai*

Seite 21

## Unterwegs mit

### Topsy Küppers

Die vielseitige Künstlerin hat ein neues Buch im Gepäck: In „Nix wie Zores“ erzählt die Autorin, Sängerin und Schauspielerin von denkwürdigen Anekdoten, jüdischem Humor und philosophischen Betrachtungen.  
Von *Danielle Spera* (Text) und *Ouriel Morgensztern* (Fotos)

Seite 22

## Dossier: Wokeness

### „Ästhetische Wokeness produziert langweilige Kunst“

Konrad Paul Liessmann, streitbarer Philosoph und Essayist, über den politisch korrekten „Tatort“, Denkmalstürze und Selbstinfantilisierung.  
Von *Andrea Schurian*

Seite 26

### Wem die Zwietracht nützt

Die Coronakrise wäre eine Chance für die Linken. Doch die verzetteln sich stattdessen in Identitätsdebatten.  
Von *Bernd Stegemann*

Seite 30

### Für mehr Achtsamkeit

Die überhitzte Debatte über Wokeness und Cancel Culture erlaubt kaum noch einen neutralen Blick auf die Ursachen. Und sie wird dann gefährlich, wenn über sogenannte Sonderrechte für Minderheiten geklagt wird.  
Von *Michael Pekler*

Seite 34

### Unter dem Damoklesschwert

Was geschieht, wenn man einen strukturell rassistischen Klassiker erklärend kommentiert? Warum soll Wokeness ein neues Lebensgefühl vermitteln? Und welche Probleme ergeben sich durch eine als Kategorie verstandene Identität?

Von *Michael J. Reinprecht*, *Gabriele Flossmann* und *Mark E. Napadenski*

Seite 37

### Passen sich Twitter & Co. der Cancel Culture an?

Dass Ex-Präsident Trump ohne seinen liebsten Messengerdienst auskommen muss, findet Zustimmung und Widerspruch. Ein Pro und Kontra von *Andrea Schurian* und *Martin Engelberg*

Seite 40

### Schlagfertige Moralkeulen

In den vergangenen Jahrzehnten ist einer wachsenden Gruppe die Fähigkeit abhandengekommen, andere Meinungen zu ertragen und Menschen mit anderer Meinung mit Respekt zu begegnen.

Von *Heiko Heinisch*

Seite 42

### Von Aneignungs- und Abkanzelungskultur

Die Freiheit der Kunst galt einmal als ein hohes Gut. Jetzt steigt man auf die virtuellen Barrikaden, um zu verbieten, was nicht den eigenen moralischen Ansprüchen genügt.

Von *Andrea Schurian*

Seite 43

### Leben ohne Furcht

Der Politologe Jan-Werner Müller liefert in „Furcht und Freiheit“ eine scharfsinnige Beschreibung der liberalen Demokratie und tritt für einen neuen „Liberalismus der Rechte“ ein.  
Von *Michael Pekler*

Seite 46

### Die Feinde des Liberalismus

Im Kulturkrieg ist die Gedankenfreiheit das erste Opfer. Liberale Denker ahnten früh, dass die Tyrannei des Gleichdenk in der Demokratie auch ohne Geheimpolizei siegt. Das Übel kommt aus der Gesellschaft.

Von *Josef Joffe*

Seite 47

### Wenn die Schande bleibt

Die eigentliche Errungenschaft der Debatte um gestürzte Denkmäler ist die Tatsache, dass sie überhaupt geführt werden kann.

Von *Mark Elias Napadenski*

Seite 51

### Sind Juden weiß?

Eine Ausstellung in Amsterdam beschäftigt sich mit der Frage, wo im Spektrum der Identitäts- und Repräsentationspolitik sich jüdische Menschen einordnen – und wo sie eingeordnet werden.

Von *Emile Schrijver*

Seite 53

### Ein gequälter Talmudist

Die Ausstellung des jüdischen, linken und antirassistischen Künstlers Philip Guston wurde aus Angst vor Black Lives Matter verschoben, weil sein Ku-Klux-Klan-Zyklus das Publikum verstören könnte. Chronik eines Kunstskandals.

Von *Andrea Schurian*

Seite 55

## Kultur

### Ein endlos geflochtenes Band

Der internationale Erfolg israelischer Fernsehserien reißt nicht ab: „Losing Alice“ von Sigal Avin ist ein verstörend-faszinierender Neo-Noir-Albtraum.

Von *Michael Pekler*

Seite 57

### Die Gegenwart steht auf dem Spiel

Mit ihrem historisch-politischen Roadmovie-Roman „Von den Deutschen lernen“ beschreibt Susan Neiman die unterschiedlichen Ansätze zur Aufarbeitung der deutschen NS-Vergangenheit.

Wie gehen Gesellschaften mit dem Bösen in der eigenen Geschichte um?

Von *Michael J. Reinprecht*

Seite 58

### Hollywoods Mann für alle Fälle

Theodore Bikel gelang als 14-jährigem Teenager die Flucht vor den Nazis.

In Hollywood arbeitete der gebürtige Wiener mit zahlreichen Filmgrößen, in Österreich geriet er leider weitgehend in Vergessenheit.

Von *Gabriele Flossmann*

Seite 60

## Zeitgeschichte

### „Morgen muss ich wieder fünfzig Polen erschießen“

In „Die Rattenlinie“ porträtiert Philippe Sands den österreichischen SS-Offizier Otto Wächter. Der glühende Nationalsozialist wollte nach dem Krieg über die sogenannte „Rattenlinie“ nach Übersee gelangen.

Von *Danielle Spera*

Seite 62

### Das vorletzte Wort

#### Schiedsrichter gesucht

Ist der Klimawandel eine „g’sunde Watschn“? Braucht Donald Trump die Hilfe von Bill Gates? Und ist Political Correctness nur ein Gedankenspiel?

Von *Ronni Sinai* und *Nathan Spasić*

Seite 63

#### Rabbinische Weisheiten

#### Was ist denn eigentlich politisch korrekt?

Von *Paul Chaim Eisenberg*

Seite 64

# nu

Erscheinungsweise: 4 x jährlich  
Nächste Ausgabe: Juni 2021.  
Auflage: 4.700

TITELBILD:  
© Ouriel Morgensztern

#### Kontakt

Tel.: +43 (0)1 535 63 44  
Fax: +43 (0)1 535 63 46  
E-Mail: [office@nunu.at](mailto:office@nunu.at)  
Internet: [www.nunu.at](http://www.nunu.at)

#### Bankverbindung

IBAN: AT78 1100 0085 7392 3300  
BIC: BKAUATWW

#### Sie sind an einem Nu-Abonnement interessiert?

Jahres-Abo (vier Hefte) inkl. Versand:  
Österreich: Euro 22,-  
Europäische Union: Euro 25,-  
Außerhalb der EU: Euro 28,-

**Abo-Service, Vertrieb & Anzeigen**  
[Ronni Sinai, ronni.sinai@nunu.at](mailto:ronni.sinai@nunu.at)



Schluss mit lustig: Nicht nur für die Generation Woke stehen drängende Fragen unserer Zeit an. Ein Dossier zum Thema Wokeness, Cancel Culture und Political Correctness lesen Sie ab Seite 25.



Sonnenaufgang über dem See Genezareth: Aufgrund der extremen Dürrebedingungen wird entsalztes Wasser in den See gepumpt, um irreversible ökologische Schäden zu verhindern.

# „Tzedek, tzedek tirdof – Gerechtigkeit, strebe Gerechtigkeit an“

**David Dunetz, Klimafor-  
scher und Nachhaltigkeits-  
spezialist, vermisst im  
NU-Gespräch Klimaschutz  
in Israel als Wahlkampf-  
thema. Dabei hängt der  
Erfolg für den Wissen-  
schaftler vor allem  
von politischen  
Entscheidungen ab.**

VON ANDREA SCHURIAN

Seit mehr als zwanzig Jahren arbeitet David Dunetz am Heschel-Zentrum für Nachhaltigkeit in Tel Aviv, zwischen 2014 und 2016 sogar als dessen Direktor. Benannt ist das 1998 gegründete Forschungszentrum nach Rabbi Abraham Joshua Heschel, einem der führenden jüdischen Theologen des 20. Jahrhunderts. Dessen Wirken sei, wie es auf der Homepage des Heschel-Zentrums heißt, von der Liebe für die Schöpfung bestimmt gewesen, und der Namenspatron habe stets das Positive des menschlichen Potenzials betont. „In seinem Geist versuchen wir, Umweltfragen und soziale Gerechtigkeit

zu verknüpfen“, so Dunetz. Voriges Jahr verbrachte der Sohn polnischer Holocaust-Überlebender vier Monate als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Potsdam. „Und als ich zurück nach Israel kam, begannen alle Balagan (*jiddisch für „totales Chaos“, Anm.)* mit Covid“.

**NU: Ihr spezielles Interesse ist, Strategien für mehr Nachhaltigkeit in Israel zu entwickeln. Was genau darf man sich darunter vorstellen?**

**David Dunetz:** Wir verwenden den Begriff „Think-and-Do-Tank“: Es geht darum, neue Ideen, Wertekonzepte sowie bewährte Verfahren zusammenzuführen. Das beinhaltet auch Trainings- und Weiterbildungsprogramme sowie die enge Zusammenarbeit mit Kommunen. Wir legen großen Wert darauf, mithilfe partizipativer Strategien Modelle für einen positiven Wandel zu entwickeln.

**Corona hat die Klimaschutzdebatte weltweit in den Hintergrund gedrängt, vermutlich auch in Israel?**

Ja und nein. Es gibt eine große globale Gesundheitskrise, die Welt ist derzeit damit beschäftigt, nicht nur ein Virus zu bekämpfen, sondern auch einen drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch. Für Bevölkerungsgruppen, die schon bisher benachteiligt waren, ist Covid quasi ein Ungleichheitsmultiplikator. Die Coronakrise lehrt uns in vielerlei Hinsicht, wie eine noch viel größere Krise wie der Klimawandel aussehen kann: nämlich noch viel komplexer, viel gravierender. Aber es gibt Unterschiede zwischen den beiden Krisen.

In Israel herrschte kein sehr ausgeprägtes Bewusstsein für den Klimawandel. Dies ändert sich gerade – nicht wegen, sondern trotz Corona. Zum Beispiel steht bei den Wahlen erstmals das Klima auf der Tagesordnung der Kandidaten – nicht als wichtigstes Thema, aber immerhin. Der Nahe Osten ist bereits eine Art Klima-Hotspot, die Klimaerwärmung beträgt 1,5 Grad Celsius. Am Ende des Jahrhunderts – oder schon lange davor – werden es mehr als drei Grad sein.

**Wie groß ist das politische und zivilgesellschaftliche Interesse an Klimapolitik in Israel?**

Es gibt eine wachsende Bewegung für Fridays for Future. Jugendliche interessieren sich für Klimaorganisationen, auch Eltern und Lehrer beschäftigten sich mit dem Klima und Grass-Roots-Bewegungen wie XR (*Extinction Rebellion, Anm.*). Freilich stehen diese Bewegungen in der Berichterstattung immer noch im Schatten großer Themen wie Covid, Bibi (*Netanjahu, Anm.*) und Wahlen. Eine kürzlich vom Institut für Demokratie durchgeführte Umfrage hat gezeigt, dass mindestens 70 Prozent der israelischen Bevölkerung der Meinung sind, dass die Regierung mehr in Sachen Klimaschutz tun sollte. Letztes Jahr haben 3000 Menschen an der jährlichen Klimakonferenz teilgenommen, die das Heschel-Institut mitorganisiert. Dieses Jahr dezentralisieren wir die Veranstaltung, es werden 15 regionale Klimakonferenzen im ganzen Land stattfinden, um möglichst viele Menschen einzubeziehen. Wir kooperieren mit mehr als 70 Organisationen.

**Welche Rolle spielt Israel in der internationalen Klimapolitik?**

Eine nicht sehr wesentliche, fürchte ich. Wir sind ein kleines Land, aber unsere Pro-Kopf-Emissionen erreichen europäische Ausmaße. Israels Engagement für das Pariser Klimaabkommen war recht unambitioniert. Das hat sich unter dem Druck von Klimaschutzgruppen geändert. Israel sind international beachtete Fortschritte im Bereich der Solarenergie und der Wassertechnologie gelungen. In dieser Hinsicht gibt es viele Kooperationen und Geschäftsanbahnungen. Ich denke, wir können die diesbezüglichen Signale aus Europa und der neu

gebildeten Regierung Biden lesen. In Sachen CO<sub>2</sub>-Ausstoß bewegt sich jetzt schon sehr viel! Heschel hat sich gerade als Teil von zwei Konsortien zum Europäischen Green Deal für Bürgerberatung und -beteiligung angemeldet, wir hoffen auf eine intensive Zusammenarbeit.

**Welche Rolle spielt der persönliche Lebensstil im Hinblick auf den Klimawandel?**

Der Klimawandel erfordert Veränderungen in allen Lebensbereichen. Es ist ein Wertewandel vonnöten, um eine kohlenstoffarme, faire Wirtschaft zu forcieren. Die auf fossiler Energie basierende Weltwirtschaft verursacht Klimastörungen, ökologische Katastrophen und wachsende Ungleichheit. Daher müssen wir neu definieren, was Fortschritt bedeutet, was ein glückliches und gutes Leben ausmacht. Wenn Sie jedoch „Änderung des Lebensstils“ als Teil der Lösung sehen, fürchte ich, dass viel zu viel Klima- und Umweltschutzmaßnahmen privatisiert wurden. Doch dass der Klimawandel mit der Änderung des individuellen Lebensstils aufgehoben werden könnte, ist Unsinn und vernachlässigt den wesentlichen Part, nämlich den der Politik.

**Dennoch: Was kann jeder Einzelne zum Klimaschutz beitragen – und dazu, den Fokus der Politik darauf zu lenken?**

Das Wichtigste ist, mit Freunden und Familie darüber reden; sich selbst und andere informieren, was State of the Art ist; beobachten, was andere Menschen gegen den Klimawandel machen – und mitmachen! Klimasanierung erfordert kollektives Handeln. Wir brauchen engagierte Bürger, weil nur dann die politischen Entscheidungsträger erkennen, dass Klima-

**In Israel herrschte kein sehr ausgeprägtes Bewusstsein für den Klimawandel. Dies ändert sich gerade – nicht wegen, sondern trotz Corona.**

schutz öffentlicher Wille ist. Tun Sie Dinge, die Ihnen Freude bereiten und gesund sind: Fahren Sie mehr Fahrrad als Auto, gehen Sie spazieren, verbringen Sie Zeit mit der Familie, nicht nur um zu shoppen, sondern um Gemüse anzubauen, soziale Bindungen und Gemeinschaft aufzubauen. Unterstützen Sie die das Empowerment und die Emanzipation der Frauen! Die Leute verwechseln oft das Bemühen um Klimaverbesserung mit einer Weltuntergangsmentalität und asketischer Verleugnung. Das Gegenteil ist der Fall: Wir können der Welt, uns selbst und unserer Gesellschaft Gutes tun – und gleichzeitig die Auswirkungen des Klimawandels verringern. Forscher der W Booth School of Engineering Practice and Technology an der kanadischen McMaster University haben ermittelt, dass in zwanzig Jahren Smartphones, Datenzentren und andere Kommunikationssysteme die größte Gefahr für die Umwelt sein werden, schlimmer als Energieumwandlung, Verkehr und Industrie zusammen.

Um Einstein recht frei zu interpretieren: Unser Wertesystem und unsere Denkweise halten nicht mit unseren technologischen Fähigkeiten Schritt. Technologie bringt viele Segnungen, hat aber fast immer einen hohen Preis. Doch wir fragen uns selten, ob wir diesen Preis wirklich zahlen wollen. Ob es uns das wert ist. Digitale Armut und

Ungerechtigkeit sowie der CO2-Fußabdruck all dieser neuen Spielzeuge sind besorgniserregend.

**Spaltet die Klimadebatte die Gesellschaft in Reiche und Arme? In solche, die sich alles leisten können, und solche, die sich gefälligst schämen sollen? In solche, für die Klimabetroffenheit eine schicke Attitüde ist, und solche, die aufrichtig besorgt sind?**

Der Klimawandel ist ein Risikomultiplikator. Gefährdet sind wir alle, aber die Schwächsten werden am härtesten getroffen. Klimawandel ist daher auch ein Ungerechtigkeitsindikator: Die jüngsten Grafiken zeigen, dass mehr als fünfzig Prozent der weltweiten Treibhausgas-Emissionen von elf Prozent der Weltbevölkerung stammen! Das heißt: Diejenigen, die die Klimakrise überhaupt erst verursacht haben, sind nicht diejenigen, die am meisten leiden werden. Das ist meiner Meinung nach das Kernthema: Wie wir mit unseren Werten, unserer Politik und Wirtschaft umgehen. Wir müssen diese Debatten quer durch alle Gesellschaften führen.

**Was ist Ihre persönliche Botschaft in Sachen Nachhaltigkeit und Klimaschutz?**

Ich werde zwei aus unserer eigenen biblischen Tradition auswählen: Im Garten Eden wird die Menschheit angewiesen, „le-ovada uleshamra“



© PRIVAT

Wertewandel gegen die Klimakatastrophe: Der israelische Klimaforscher David Dunetz.

– also die Welt zu kultivieren und zu bewahren. Und zweitens „Tzedek, tzedek tirdof“ – Gerechtigkeit, strebe Gerechtigkeit an! Bei Klimaschutz und Nachhaltigkeit geht es darum, eine gerechtere und gesündere Welt für alle zu schaffen.

Informationen und Kontakt unter [www.heschel.org.il](http://www.heschel.org.il)

Anlässlich des Pessach-Festes möchte ich den Leserinnen und Lesern des Magazins NU und allen jüdischen Bürgerinnen und Bürgern namens des ÖVP-Parlamentsklubs ein schönes Fest wünschen.

Die Corona-Pandemie erlaubt uns leider noch kein Leben und Feiern, wie wir es davor gewohnt waren. Doch es ist wichtig, dass wir uns weiter an den schönen Dingen erfreuen.

Wir alle halten den Wunsch nach einem gesunden, friedvollen Zusammenleben und nach einer Normalisierung der Situation in unseren Herzen. So blicken wir nach vorne. Die Zeit wird kommen!

Ich wünsche Ihnen von Herzen Gesundheit und Freude!

Schalom!

August Wöginger, ÖVP-Klubobmann



© ÖVP-Klub/Barbara Nidetzky

# Rabbiner für die Impfung

**Wie in Österreich macht sich auch in Israel eine Lockdown-Müdigkeit breit. Für orthodoxe und ultraorthodoxe Juden sind die Quarantäne-Maßnahmen besonders schwierig: Der eingeschränkte Zugang zum Internet spielt dabei eine zentrale Rolle.**

VON KRISTA GERLOFF

„Weißt du, warum Gott die Stechmücken erschaffen hat?“ Mit dieser Gegenfrage beantwortete eine ultraorthodoxe Mutter von sieben Töchtern und sieben Söhnen die Frage über ihre Haltung zur Covid-19-Pandemie. Und sie gab auch gleich selber die Antwort: „Um dem Menschen durch eine winzige, schwache Kreatur seine Grenzen zu zeigen. So ist das auch mit dem für unsere Augen unsichtbaren Corona-Virus.“

Über die ultraorthodoxen Juden, die auf Hebräisch „Charedim“ genannt werden, wird in Israel momentan viel geredet. Das ganze Land befindet sich im dritten Lockdown. In geschlossenen Räumen dürfen sich derzeit maximal fünf, im Freien höchstens zehn Personen versammeln. Trotzdem muss die israelische Polizei immer wieder hunderte ultraorthodoxe Hochzeitsgäste zerstreuen.

Gleichzeitig wird in der Öffentlichkeit Kritik laut, die Polizei sei in der säkularen Gesellschaft viel öfter im Einsatz und verteile unter Nichtreligiösen viel mehr Strafzettel als in der ultraorthodoxen Gesellschaft. Dabei seien es die Ultraorthodoxen, die die Corona-Regelungen öfter umgehen und übertreten würden. Als der Corona-Beauftragte für ultraorthodoxe Juden, Generalmajor a.D. Ronny Ruma, gefragt wurde, ob diese Nachsicht politische Gründe habe, bejahte er sie ohne Zögern: Besonders in Vorwahlzeiten würden politische Überlegungen eine große Rolle spielen. Ausgerechnet zur

Zeit des Pessachfestes, ziemlich genau vor einem Jahr, kam der erste, sehr strenge Lockdown. Familienbesuche waren untersagt, Großeltern wurden von ihren Enkelkindern getrennt. Lediglich Eltern, die in Scheidung lebten, durften einander die gemeinsamen Kinder übergeben. Nach Pessach wurde publik, dass etliche Politiker zwar der Bevölkerung schwere Bürden auferlegten, selbst aber nicht bereit waren, die Regeln zu befolgen. Sogar Präsident Reuven Rivlin musste sich öffentlich dafür entschuldigen, dass er als Witwer das Fest bei der Familie seiner Tochter gefeiert hatte.

Der nächste Lockdown fiel in die Zeit der hohen Feiertage – Neujahr, Versöhnungstag, Laubhüttenfest – und war schon etwas gnädiger gestaltet. Um den Jahreswechsel stieg die Zahl der Neuinfizierten wieder an, was den dritten Lockdown zur Folge hatte.

Dazwischen war auch der Luftverkehr wieder aufgenommen worden, viele Israelis nutzten die Gelegenheit für einen Auslandsurlaub, einige brachten beim Heimflug allerdings neue Virus-Mutationen mit. Deshalb sich Israel dazu entschied, dass alle Einreisenden in sogenannten Corona-Herbergen in Quarantäne gehen mussten. Ausgenommen von der Maßnahme waren nur Personen über siebzig, Schwangere, Kinder sowie Menschen mit einer ärztlichen Bescheinigung.

Für orthodoxe und ultraorthodoxe Juden ist es eminent wichtig, sich zum gemeinsamen Gebet und zur Schriftlesung zu versammeln. Für einen Minjan braucht es zumindest zehn Männer. Sich übers Internet zu versammeln und gemeinsam Gottesdienst zu feiern, ist für orthodoxe Juden keine Option, da am Schabbat keine elektrischen Geräte bedient werden dürfen. Die Lösung: Man versammelte sich in Rufweite auf den Balkonen und Terrassen. In den Synagogen selbst wurde unter Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Abstände gebetet und gesungen, Gebetpulte wurden mit Plastikverkleidungen zu Gebetszellen umgewandelt. Ähnlich wurde der reli-

giöse Unterricht an orthodoxen Schulen fortgesetzt. Viele ultraorthodoxe Israelis haben keinen Zugang zum Internet. Neue Regelungen müssen per Lautsprecher in ihren Wohngebieten bekannt gemacht werden.

Doch es ist einigermaßen unbestritten, dass in orthodoxen und ultraorthodoxen Kreisen das Wort der Rabbiner mehr Bedeutung hat, als Weisungen der Regierung. Deshalb müssen sich Regierungsvertreter mit den Rabbinern absprechen. So hat sich etwa der 93-jährige Rabbi Chaim Kanievsky, eine der führenden ultraorthodoxen Autoritäten, zwar gegen Testungen ausgesprochen, dann aber während des dritten Lockdowns der vorübergehenden Schließung orthodoxer Schulen zugestimmt. Fast alle Rabbiner befürworten zudem die Corona-Impfung: Neben dem Premierminister, dem Gesundheitsminister und dem Generalstabschef war der ehemalige Oberrabbiner und Holocaustüberlebende Israel Meir Lau einer der Ersten, die geimpft wurden. Seine Botschaft: „Mit Gottes Hilfe haben wir nach monatelangem Toben von Covid-19 eine Impfung, die hilft, das Virus einzudämmen. Jeder, der auf ärztliche Anweisung geimpft werden kann, sollte es tun. Die nachweisliche Gefahr, die von Corona ausgeht, ist größer als mögliche Nebenwirkungen der Impfung. Wir beten und hoffen, dass der Herr diese Pandemie stoppt und wir bald zu einem normalen Leben zurückkehren können.“



Gemeinsames Gebet als Pflicht.

**Boycott als Lösung? Unter dem Slogan „Boycott, Desinvestition und Sanktionen“ ruft die transnationale BDS-Bewegung zur wirtschaftlichen und kulturellen Ausgrenzung Israels auf. Der österreichische Nationalrat verurteilte die Bewegung vergangenes Jahr. Die Debatte bleibt: Werden unter dem Vorwurf des Antisemitismus berechnete Forderungen für das Anliegen der Palästinenser „gecancelt“?**



## Pro: BDS als falsche Zielscheibe

KOMMENTAR VON ERIC FREY

**C**ancel Culture ist ein Vorwurf, der üblicherweise gegen linke Bewegungen und Initiativen erhoben wird, die im Kampf gegen Rassismus, Sexismus und andere Formen der Intoleranz alle von ihrer Linie abweichenden Meinungen aus dem öffentlichen Leben verbannen wollen. Wenn es um Israel und Judentum geht, sind es hingegen meist linke Stimmen, die zur Zielscheibe einer geistigen Auslöschungspolitik werden.

Im Visier dieser vom Staat Israel, jüdischen Organisationen und ihren nichtjüdischen Sympathisanten getragenen „Cancel Culture“ steht die BDS-Bewegung, die unter dem Slogan „Boycott, Desinvestition und Sanktionen“ zur wirtschaftlichen und kulturellen Ausgrenzung Israels aufruft. Seit ihrer Gründung durch palästinensische Aktivisten vor 16 Jahren wird der BDS-Bewegung vorgeworfen, sie betreibe die Vernichtung des jüdischen Staates und trete mit ihrem Boykott-Aufruf in die Fußstapfen der „Kauf nicht bei Juden“-Kampagnen des NS-Regimes. Damit mache sie sich gleich doppelt des Antisemitismus schuldig.

In Europa und Nordamerika erhielt BDS in den vergangenen Jahren viel Zulauf; als Folge werden zahlreiche israelkritische und israelfeindliche Stimmen unter Antisemitismusverdacht gestellt. Dazu trägt auch die weitreichende Antisemitismus-Definition der International Holocaust Re-

membrance Alliance (IHRA) bei, unter der Kritik an der israelischen Besatzungspolitik als „neuer Antisemitismus“ interpretiert werden kann.

Für Israel stellt der Erfolg der BDS-Bewegung eine reale Bedrohung der wirtschaftlichen und diplomatischen Interessen dar, was den erbitterten Widerstand der Regierung und anderer Institutionen erklärt. Eine vergleichbare Kampagne hat in den 1980er Jahren das südafrikanische Apartheid-Regime in die internationale Isolation getrieben.

Überraschender ist die Bereitschaft der deutschen und österreichischen Politik, sich dem Kampf gegen BDS vorbehaltlos anzuschließen. In einer Resolution im Mai 2019 hat der deutsche Bundestag mit großer Mehrheit die BDS-Kampagne als Form des Antisemitismus verurteilt und zu ihrem Boykott durch alle öffentlichen Einrichtungen in Deutschland aufgerufen. Der österreichische Nationalrat folgte im Februar 2020 mit einer Entschließung, die zwar im Wortlaut die Gleichsetzung von BDS und Antisemitismus vermied, aber durch eine enge Verknüpfung die gleiche Botschaft sandte.

Vor allem der Aufruf des Bundestags zeigte Wirkung. 2020 geriet das Kulturfestival Ruhrtriennale mit seiner Leiterin Stefanie Carp wegen der Einladung des kamerunischen Philosophen Achille Mbembe als Eröffnungsdredner unter Beschuss. Mbembe hatte in früheren Jahren BDS-ähnli-

che Aufrufe unterstützt und in seinen Schriften Parallelen zwischen Kolonialismus und Holocaust gezogen.

Das Festival wurde wegen der Corona-Pandemie abgesagt, aber die Debatte vergiftete die intellektuelle Atmosphäre in Deutschland. Im Dezember 2020 wandte sich daher eine breite Allianz von angesehenen Kulturinstitutionen unter dem Namen „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ in einem offenen Brief gegen die „missbräuchliche Verwendung des Antisemitismusvorwurfs“. Sie wurde dafür in den Medien wiederum als verkappte Antisemitismusapologeten verdammt, neben der *Frankfurter Allgemeinen* und der *Neuen Zürcher Zeitung* auch in der linksliberalen *Zeit* durch den ehemaligen Chefredakteur Josef Joffe. In Österreich blieb diese Debatte weitgehend aus, aber auch hierzulande reicht es heute, jemanden der BDS-Nähe zu bezichtigen, um ihn zum Antisemiten zu stempeln und öffentliche Auftritte zumindest zu erschweren.

**N**un ist es ein großer zivilisatorischer Fortschritt, wenn acht Jahrzehnte nach der Schoah Antisemitismus in den Geburtsländern der NS-Ideologie als Tabu gilt – und auch versteckte Formen des Judenthasses offengelegt und angeprangert werden. Genauso wie im Kampf gegen strukturellen Rassismus mag hier eine Art der Cancel Culture angebracht sein. Die Frage ist allerdings, ob BDS für diese Art der geistigen Reinigung eine geeignete Zielscheibe ist.

Ja, sagen die einen, und sehen hinter der Bewegung ein trojanisches Pferd für Judenhass. Aber ist nicht viel mehr die Dämonisierung von BDS ein Instrument, um legitime Kritik an der Unterdrückung von Millionen Palästinensern durch die israelische Besatzungspolitik abzuwürgen?

Aus der Geschichte und der offiziellen Diktion von BDS lässt sich der Antisemitismusvorwurf gegen die Bewegung nicht erhärten. Wirtschaftlicher Druck ist ein gewaltfreies Instrument des Widerstands, und mit der Gründung von BDS im Jahr 2005 bekannten sich palästinensische Gruppen nach dem Scheitern der zweiten Intifada zu gewaltfreien Methoden zur Erreichung ihrer Ziele. Auch die Ziele selbst sind weder antisemitisch noch antiisraelisch: Das Existenzrecht Israels in den Grenzen von 1967 wird nicht infrage gestellt, durch die Forderung nach völliger Gleichstellung aller israelischen Staatsbürger sogar bestätigt. Und der Aufruf, „die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat zurückzukehren“ zu sichern, verweist auf die UN-Resolution 194 aus dem Jahr 1948, die auch Israel damals akzeptiert hat. Daraus Antisemitismus abzuleiten, ist absurd.

BDS ist allerdings keine straff geführte Organisation, sondern eine lose Kampagne, die unterschiedliche Gruppen und Aktivisten nutzen. Die internationale BDS-Webseite spricht im Zusammenhang mit Israel offen von Apartheid, was die deutsche und

österreichische Webseite nicht tut. Auch der Apartheid-Vorwurf gegen Israel mag zwar überzogen sein, er ist aber nicht abwegig, solange er die Ungleichbehandlung von Juden und Arabern im Westjordanland betrifft.

**W**eite Teile der BDS-Literatur zielen offen oder indirekt auf die Schaffung eines binationalen israelisch-palästinensischen Staates anstelle des seit 2018 kodifizierten jüdischen Nationalstaates. Das wäre zwar das Ende Israels, wie wir es heute kennen, stellt aber das Recht von jüdischen Israelis, gleichberechtigt in ihrer Heimat zu leben, nicht infrage. Diese Position ist anti-israelisch und vielleicht realitätsfern, aber sie ist nicht antisemitisch – und wird auch von prominenten israelischen Intellektuellen vertreten.

Problematischer ist der Eindruck, dass BDS-Unterstützer die israelische Zivilgesellschaft boykottieren. Das trifft auch Vertreter des israelischen Friedenslagers, die eigentlich mit vielen BDS-Forderungen konformgehen. Gerechtfertigt wird diese pauschale Ablehnung in BDS-Aussagen mit deren Nähe zu staatlichen Stellen, die wiederum mit dem Militär verbunden sind. Ein solcher kollektiver Boykott ist nicht nur moralisch angreifbar, sondern auch taktisch unklug – wenn es die BDS-Bewegung mit ihrem deklarierten Ziel des friedlichen Zusammenlebens tatsächlich ernst meint.

Und schließlich verstecken sich unter dem BDS-Schirm auch Personen,

die eine arabische Rückeroberung Israels wünschen und zwischen Israelis und Juden nicht unterscheiden. Ja, linker Antisemitismus gedeiht im BDS-Biotop. Das gehört im Einzelfall aufgezeigt und angeprangert. Und es ist wichtig, dass die prinzipielle Verteidigung von BDS nicht dem Judenhass ein Mäntelchen der Legitimation verleiht. Aber genauso identifizieren sich mit BDS auch jüdische Aktivisten, die das Unrecht, das Israel im Namen des jüdischen Volkes an den Palästinensern begeht, nicht tatenlos hinnehmen wollen.

Es ist notwendig, sich mit der BDS-Bewegung kritisch auseinanderzusetzen. Man kann – je nach eigener politischer Einstellung – ihre Ziele, Sprache und Taktik zerpfücken, man kann sie auch vehement ablehnen. Aber die Gleichsetzung einer Bewegung des gewaltfreien Widerstands gegen eine endlose Besatzungspolitik mit dem moralischen Verbrechen des Antisemitismus ist unververtretbar. Wer – wie die Parlamentarier in Berlin und Wien – dies dennoch tut, fördert eine israelische Politik, die kein Interesse an einer Friedenslösung mit den Palästinensern hat.



## Kontra: Zu Recht verurteilt

KOMMENTAR VON MARTIN ENGELBERG

**M**it Entschließungsantrag wurden die BDS-Bewegung und ihre Ziele im österreichischen Parlament – einstimmig – „scharf“ verurteilt. Weiters sollen solchen Organisationen in Österreich keine Räumlichkeiten und Infrastruktur zur Verfügung gestellt und BDS-Veranstaltungen weder finanziell noch in anderer Form gefördert werden.

Gut so! Als einer der Sponsoren dieses Entschließungsantrages vom 11. 12. 2019 war mir die Annahme dieses Antrages und die einhellige Zustimmung im Parlament (anders als z.B. in Deutschland, wo die Linke und AfD nicht zustimmten) eine besondere Genugtuung. Warum?

Seit Jahrzehnten beschäftigt uns die Frage, wann Kritik bzw. politisches Agieren gegen Israel antisemitisch ist. Bis heute wird oft argumentiert, die Kritik richte sich doch „nur“ gegen die Politik Israels, dies müsse erlaubt sein und „das“ würde man doch noch sagen dürfen. Im Laufe der letzten Jahre haben sich die „3 Ds“ als Erkennungsmerkmale antisemitischer Agitation gegen Israel durchgesetzt:

1. Dämonisierung: Vergleich Israels mit den Nazis, Israel sei der Inbegriff des Bösen, der „Satan“, Israel hätte ein Terrorregime, usw.

2. Doppelstandards: Israel wird anders

als alle anderen Staaten behandelt, Israel wird in internationalen Organisation öfter verurteilt als alle anderen Staaten der Welt zusammen, usw.

3. Delegitimierung: Israel wird sein Existenzrecht abgesprochen, es sei ein Überrest des Kolonialismus, usw.

Die BDS-Bewegung (Boycott, Desinvestition, Sanktionen – gegen Israel) erfüllt diese „3 D“-Kriterien in ihrem Agieren gegen Israel auf geradezu exemplarische Weise. Manche Verteidiger argumentieren, die BDS-Bewegung sei eine sehr heterogene Gruppe mit unterschiedlichen Ansichten; und es würden auch Juden und Israelis zu deren Unterstützern zählen – ein (historisch belegbar) denkbar schlechtes Argument.

Wahr ist vielmehr: Der Leiter der BDS-Bewegung, der palästinensische Aktivist Omar Barghouti, sagt in Interviews: „Definitiv, äußerst definitiv lehnen wir einen jüdischen Staat in irgendeinem Teil Palästinas ab“ und bezeichnet Israel als einen „Schurkenstaat“. Auf Nachfrage der *Neuen Zürcher Zeitung* bestätigt Barghouti unter anderem im Jahr 2017, was BDS-Protagonisten weltweit unentwegt verkünden: Israel sei ein rassistischer „Apartheidstaat“. Israel solle isoliert und in die Knie gezwungen werden: „Es ist unmöglich, Israel als jüdischen Staat auf unserem Land zu akzeptieren.“ Und er betont ausdrücklich, dass es mit dem „jüdischen, unterdrücker-

ischen und rassistischen Staat Israel“ keinen Frieden gebe und dieser langfristig wegmüsse.

As'ad Abu Khalil, ein weiterer führender BDS-Aktivist, sagt: „Gerechtigkeit und Freiheit für die Palästinenser sind unvereinbar mit der Existenz des Staates Israel.“ Und schließlich verlangt die jüdische Ikone der BDS-Bewegung, Judith Butler, dass die Israelis den Einsatz für den jüdischen Staat und für ein eigenes Heimatland aufgeben sollen.

Quod erat demonstrandum: Die BDS-Bewegung dämonisiert und delegitimiert Israel, spricht dem Staat das Existenzrecht ab und verwendet doppelte Standards – sie ist daher antisemitisch.

**N**icht genug: Die BDS-Bewegung fordert die Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge. Weil sich bekanntlich der Flüchtlingsstatus bei den Palästinensern vererbt – was einzigartig auf der Welt ist –, sind das heute ca. sieben Millionen Menschen. Deren Migration nach Israel wäre das Ende des Staates. Die BDS-Bewegung lädt Terroristen wie Leila Khaled ein und bejubelt sie. Vor allem in den USA und Großbritannien werden israelische Wissenschaftler ausgeladen, boykottiert und teils sogar körperlich drangsaliert. Bedarf es da noch irgendwelcher Beweise dafür, welcher Art diese Bewegung ist?

In Deutschland erschien jedoch im Juni 2019 ein „Aufruf an die Bundesregierung von 240 jüdischen und israel-

lischen Wissenschaftlern: Setzen Sie BDS nicht mit Antisemitismus gleich!“ Weiters veröffentlichten Intendanten deutscher Kulturinstitutionen im Dezember 2020 ein „Grundsatz-Statement“, das sich kritisch mit dem Bundestagsbeschluss gegen die BDS-Bewegung auseinandersetzt. In Deutschland führten diese Aufrufe zu einigen sehr hitzigen Debatten, vor allem in einschlägigen Kreisen und Medien, allerdings ohne Resonanz in der breiteren Öffentlichkeit. Nach Österreich gelangte die Diskussion – erfreulicherweise – gar nicht. Zumal die BDS-Bewegung in Österreich auch keine nennenswerte Unterstützung besitzt.

**W**ir wollten uns in unserer Zeitschrift *NU* trotzdem nochmals dem BDS-Thema widmen, und zwar im Zusammenhang mit der kritischen Auseinandersetzung mit dem Thema „Cancel Culture“, welche die öffentliche Debatte in den USA so fest im Griff hat. Es geht dabei um Exzesse bei der Entscheidung, was man in der Öffentlichkeit sagen darf und was nicht, wo Sprache und Verhalten zunehmend rigid geregelt wird. Dazu stellen sich folgende Fragen:

1. Ist die BDS-Bewegung als antisemitisch zu bezeichnen?

Ja, wie oben ausgeführt und in der Zwischenzeit durch zahlreiche Resolutionen und Statements u.a. in den USA, Deutschland, Großbritannien, Österreich usw. auch klar bezeichnet und festgeschrieben.

2. Stellen der österreichische Entschließungsantrag im Parlament und ähnliche Initiativen ein Redeverbot dar? Nein! Der Antrag verurteilt die BDS-Bewegung, ruft dazu auf, dieser keine Räumlichkeiten und Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und Veranstaltungen nicht zu unterstützen. Es findet sich jedoch darin kein Wort, dass die israelische Regierungspolitik nicht kritisiert werden dürfe.

3. Ist das sehr rigorose Vorgehen der meisten westlichen Staaten gegen die BDS-Bewegung sinnvoll oder womöglich kontraproduktiv?

Diese Frage zu beantworten, ist durchaus sehr schwierig. Tatsache ist jedenfalls, dass die BDS-Bewegung in einigen Ländern sehr schrill und präsent ist, aber bisher – erfreulicherweise – nur einen sehr geringen Ein-

fluss hat. Das ist sicher ein Verdienst des entschlossenen Vorgehens gegen die BDS-Bewegung. Israel ist heute in der internationalen Staatengemeinschaft integrierter denn je – wirtschaftlich, politisch, in der Wissenschaft und Kultur. Als besondere Ironie muss gelten, dass die BDS-Aktivitäten am ehesten israelische Künstler und Wissenschaftler treffen, die eigentlich selber der israelischen Regierungspolitik zumeist sehr kritisch gegenüberstehen.

4. Stellt sich die Frage, ob es der BDS-Bewegung nicht noch schlechter ginge, wenn man sie einfach nicht beachtete? Dies wäre – zum jetzigen Zeitpunkt – eigentlich meine Überzeugung.



Wann ist Kritik an israelischer Regierungspolitik antisemitisch?

# Der Weg nach Afrika

**Arye Shalicar, Mitarbeiter im Büro des israelischen Ministerpräsidenten, Politologe und Schriftsteller, besuchte mit einer offiziellen israelischen Delegation den Sudan. Ein erster Schritt auf einer hoffnungsvollen Reise.**

VON RENÉ WACHTEL

Israels offizielle Beziehungen zum Sudan sind erst einige Monate alt – eine Folge der „Abraham-Abkommen“, die Mitte September mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain geschlossen wurden. Denn die vom damaligen US-Präsidenten Donald Trump gestartete Friedensinitiative brachte auch den Sudan und Marokko dazu, diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen.

Die erste offizielle Reise in den Sudan absolvierten hochrangige Vertre-

ter des Militärs und der israelischen Zivilregierung. Gesprochen wurde auch über innerstaatliche Probleme des drittgrößten afrikanischen Staates, wie Delegationsteilnehmer Arye Shalicar berichtet: Immer noch ist der Konflikt mit dem Südsudan virulent, Flüchtlingswellen an der Grenze zu Äthiopien machen dem Land ebenfalls zu schaffen. Der Demokratisierungsprozess nach der langjährigen Diktatur Umar Al-Bashirs verläuft schleppend. Auch die Beziehungen zu Israel stecken noch in den Kinderschuhen, sollen aber nach dem Willen der Regierung von Abiy Ahmed intensiviert werden, wie beide Seiten durch die Unterzeichnung eines „Memorandum of Understanding“ bekräftigten. „Der Sudan“, so Shalicar, „ist natürlich am vielfältigen Know-how Israels, etwa in den Bereichen Wassertechnik und Landwirtschaft, interessiert.“ Dass Israel als High-Tech-Land sein technologisches Wissen über Urbarmachung und Kultivierung von Wüstengebieten einbringen könne, finde im Sudan viel

Resonanz. Wie wichtig diese Entwicklung aber auch für Israel selbst sei, sei auf dieser Reise allen Delegierten noch einmal bewusst geworden, so Shalicar. „Auch mit den anderen neuen Partnern in der arabisch-muslimischen Welt streben wir einen regen Wirtschaftsaustausch an.“

So wurden sowohl mit den Vereinigten Arabischen Emiraten als auch mit Bahrain schon Wirtschaftsverträge geschlossen, ähnliches bahnt sich mit Marokko an. Und seit es tägliche Direktverbindungen gibt, sind die VAE ein beliebtes Urlaubsziel für israelische Touristen geworden. Shalicar ist der Überzeugung, dass bald noch mehr Länder der arabisch-muslimischen Welt dem Beispiel folgen und die Beziehungen zu Israel normalisieren werden. Als weitere Kandidaten nannte er den Oman und auch Indonesien. Eine Win-win-Situation für alle Länder, für Israel ebenso wie für seine neuen Freunde.



Erste wichtige Schritte für beide Partner: Arye Shalicar (li.) im Sudan.

# „Es gibt eine Sehnsucht nach Frieden“

**Mordechai Rodgold, israelischer Botschafter in Wien, im Gespräch über die „Abraham-Verträge“ und ihre Auswirkungen auf Israels Beziehungen zu seinen arabischen Nachbarn. Die Abkommen, ist Rodgold überzeugt, werden die Region nachhaltig verändern.**

VON MICHAEL J. REINPRECHT

**NU:** Die „Abraham-Abkommen“ mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain wurden im September vergangenen Jahres in Washington unterzeichnet. Welches Fazit lässt sich heute ziehen? Wurden neue israelische Botschaften eingerichtet?

**Mordechai Rodgold:** Ja, es wurden jüngst Botschaften eröffnet – in Manama, in Abu Dhabi und Mitte Jänner in Rabat, dazu noch ein Generalkonsulat in Dubai. Das bringt zum Ausdruck, dass Israel nach jahrelanger Feindschaft heute anerkannt wird – nicht nur de facto, auch de jure – und nunmehr als Partner gesehen wird. Es ist ein historischer Wandel, gewissermaßen ein neues Paradigma. Immer mehr arabische Länder sind gewillt, mit Israel zusammenzuarbeiten und Israel in vielen Bereichen als Partner in der Region zu sehen: in der Wirtschaft, Technologie, Forschung, bei der Wasserversorgung und in Fragen der Energie, des Tourismus und im Gesundheitsbereich. Israel hatte ja nie eine feindliche Haltung gegenüber der arabischen Welt: von Marokko im Westen über die arabische Halbinsel im Süden bis zu Syrien und Irak im Osten – und man kann sagen bis zum Iran – hat Israel die Völker der Region nie als Feinde betrachtet. Leider mussten wir Kriege führen, um uns gegen die Feindseligkeit zu verteidigen.



© MILAGROS MARTÍNEZ-FLENER

„Wir wollen vollständigen Frieden mit den Palästinensern.“ Mordechai Rodgold setzt auf direkte, bilaterale Verhandlungen.

**Sie sprechen von einem historischen Wandel. Wie wird dieser aussehen?**

Es wird nachhaltige Veränderungen geben. Ein Sprichwort lautet: Man muss zu zweit sein, um Tango zu tanzen. Denn es genügt einer, um einen Krieg zu beginnen, aber um Frieden zu schließen, braucht es zwei. Und jetzt haben wir diese Partnerschaft. Wir haben diplomatische Beziehungen mit Ägypten, Jordanien, den VAE, mit Bahrain, Marokko und dem Sudan.

Übrigens, ein kurzer Schlenker nach Europa: Auch mit dem Kosovo haben wir jüngst diplomatische Beziehungen aufgenommen.

**Sie waren Mitte der neunziger Jahre als junger Diplomat beim Aufbau der israelischen Botschaft in Rabat mit dabei. Erinnern Sie die Berichte Ihrer Kollegen in Dubai, in Manama und neuerdings wieder in Rabat an damals oder ist es heute anders?**

Ich hatte das Privileg, ein Teil jenes Teams zu sein, das vor 25 Jahren diplomatische Beziehungen mit Marokko aufbaute. Leider wurde dieser Prozess im Jahr 2000 auf Druck der Palästinenser gestoppt. Von meinem Kollegen in Rabat höre ich von der positiven Stimmung in der lokalen Bevölkerung uns gegenüber, was mich durchaus an meine Zeit und an Erlebnisse als junger Diplomat in Marokko erinnert.

### **Die arabischen Staaten, die die „Abraham-Verträge“ mit Israel geschlossen haben, nehmen es also ernst mit der Normalisierung der Beziehungen?**

Es sind weitreichende Entscheidungen von den Führern dieser Staaten getroffen worden. Mir scheint auch, dass die Bevölkerung diese mitträgt. Es gibt bestimmt eine Sehnsucht nach Frieden auf der menschlichen Ebene, „people to people“.

### **Steht Israel auch in Dialog mit der Zivilbevölkerung der arabischen Nachbarn?**

Wir haben in den letzten Jahrzehnten einen sehr aktiven Dialog mit der arabischen Welt über die sozialen Medien entwickelt. Wir haben als israelisches Außenministerium etwa zwei Millionen Follower auf unserer Facebook-Seite in arabischer Sprache. Das ist „public diplomacy“ in Reinkultur. Moderne Diplomatie braucht das. Wir haben damit einen intensiven Dialog mit den Menschen in der arabischen Welt. Früher ging das nicht. Zwar gab es arabische Zeitungen und Fernsehen, aber die gaben unseren Stimmen kein Echo. Heute, mit den sozialen Medien, kann man einen direkten Dialog etablieren, die Leute können sich eine eigene Meinung bilden. Wir hatten so viele Diskussionen auf Facebook mit Irakis, dass wir eine eigene Seite für den Irak eingerichtet haben. Das zeigt auch, dass die arabische Welt nicht monolithisch ist. Natürlich gibt es noch Gegner Israels, solche, die uns als Feinde ansehen. Die Ideologien, die Israels Existenzrecht verneinen, gibt es noch, aber sie sind auf dem Rückzug. Sie sind nicht mehr so dominant wie früher und haben nicht mehr das Monopol.

### **Die Reaktion der EU auf die „Abraham-Verträge“ fiel verhalten aus. Der Ab-**

### **schluss der Vereinbarungen und auch die jüngste Normalisierung mit Marokko wurden zwar begrüßt, aber der Hinweis auf eine Zweistaatenlösung kam im gleichen Atemzug. Typisch Europa?**

Wir möchten auch mit unseren palästinensischen Nachbarn in Frieden leben. Das eine schließt ja das andere nicht aus. Ich denke, die große Mehrheit der europäischen Staaten hat die „Abraham-Verträge“ begrüßt. Wissen Sie, die palästinensischen Anführer verharren schon seit mehr als zwanzig Jahren in einer nicht kompromissbereiten Haltung. Sie haben alle Vorschläge zurückgewiesen, und jetzt sehen sie: Die arabische Welt bewegt sich, und zwar in eine positive Richtung. Und wir hoffen, dass sich auch die palästinensische Führung in eine positive Richtung bewegen und einsehen wird, dass man mit Gewalt und Terror nicht zum Ziel kommen kann. Der einzige Weg ist der durch direkte, bilaterale Verhandlungen – ohne Vorbedingungen. Wir sind die ersten, die Frieden mit den Palästinensern wollen, vollständigen Frieden. Und wir wissen auch, dass dort nicht alle Menschen Extremisten sind.

### **In einem rezenten Kommentar im europäischen Online-Magazin „politico“ schreibt AJC-Präsident David Harris von einer doppelzüngigen EU-Politik: Es gebe zwar den engagierten Kampf gegen Antisemitismus, aber wenig Solidarität mit Israel angesichts der existenziellen Bedrohung durch den Iran.**

Das iranische Regime ist in der Tat eine Gefahr für die ganze Region, für Europa und für den Weltfrieden.

### **Sind die „Abraham-Verträge“ hilfreich für die Lösung der Iran-Frage?**

Auch die moderaten arabischen Staaten sehen das iranische Regime als eine Gefahr. Der Iran ist militärisch in Syrien, im Libanon, im Irak und im Jemen aktiv.

### **Könnte man behaupten, dass die Abkommen ein strategisches Druckmittel sind? Auf der einen Seite sunnitisch-arabische Staaten und Israel, auf der anderen Seite der Iran?**

Es gibt ein gemeinsames Interesse, den Imperialismus des Iran-Regimes zu bremsen, zu verhindern. Ich betone, es ist das iranische Regime. Wir haben

wirklich nichts gegen das iranische Volk. Es gab ja auch eine große persisch-jüdische Gemeinschaft im Iran und diplomatische Beziehungen zum Iran vor der Machtübernahme der Mullahs im Jahr 1979.

### **Wie sehen Sie die Chance, dass es zu ähnlichen Vereinbarungen mit Saudi-Arabien kommt?**

Ich hoffe, auf lange Sicht gesehen, dass wir in Frieden mit allen arabischen Staaten leben.

### **Mit allen arabischen Staaten?**

Das jüdische Volk hat in der Vergangenheit leider so viele Tragödien auf europäischem, auf christlichem Boden erlebt. Die Versöhnung mit der christlich-europäischen Welt ist jetzt gelungen. Es ist möglich, dass sich die muslimisch-arabische Welt mit Israel versöhnt. Wir haben sehr viel gemeinsam. Es gab gute und schlechte Zeiten, das kann ich Ihnen auch aus meiner persönlichen Erfahrung in Marokko sagen. Wenn man weiter entfernt steht und keine persönliche Beziehung pflegt, sieht man öfter das Trennende. Wenn man hingegen einen direkten Kontakt hat, dann sieht man auch das Gemeinsame. Ich habe es immer sehr geschätzt, dass dies auch von den Marokkanern selbst so gesehen wird. Wenn Sie zum Beispiel in eine sephardisch-marokkanische Synagoge gehen, dann hören Sie die gleichen Melodien wie bei den Gesängen in den Moscheen. Die Worte sind verschieden, die Musik ist dieselbe. Das ist ein gemeinsames kulturelles Erbe: die Poesie, die Musik.

### **Das klingt optimistisch. Noch eine letzte Frage. Wann, denken Sie, kann man wieder mit dem Auto direkt von St. Jean d'Acre nach Tyros, also die 40 Kilometer von Akko in Nordisrael nach Tyr im Südlibanon, fahren?**

*(lacht)* Das müssen Sie unsere Nachbarn fragen ...

# Ein klares Bekenntnis

**Ende Oktober präsentierte die österreichische Bundesregierung ein Gesetz zur Förderung jüdischen Lebens in Österreich. Dem gilt es von allen Seiten gerecht zu werden.**

VON RENÉ WACHTEL

Ein immer wieder formulierter Grundkonsens dieser Bundesregierung ist es, jüdisches Leben zu fördern und den Antisemitismus zu bekämpfen. Das Existenzrecht Israels und seine Sicherheit sind für Österreich „Staatsräson“, wie Bundeskanzler Kurz erklärte. Die türkis-grüne Koalition beschloss auch, dass die lange geplante Namensmauer als Gedenkstätte für in der Schoah ermordete Juden errichtet wird, die Kurt Yakov Tutter als Initiator und langjähriger Kämpfer für das Mahnmal entwarf.

Das „Bundesgesetz über die Absicherung des österreichisch-jüdischen Kulturerbes (ÖJKG)“, das am 24. Februar im Parlament beschlossen wurde – einsehbar auch über die Homepage des Bundeskanzleramts –, gilt nun als klares Bekenntnis zum Weiterbestand jüdischen Lebens in Österreich.

Es gewährt aktivem jüdischen Gemeindeleben und Einrichtungen wie Synagogen, Bethäusern, jüdischen Institutionen und Veranstaltungen Schutz („Schutz jüdischer Einrichtungen“) und der Bevölkerung breiten Zugang zum jüdischen kulturellen Erbe („Förderung von Initiativen des gesellschaftlichen Austausches und des Zusammenhalts“). Es forciert den Ausbau interreligiöser Dialogs („Dialog der Religionen“) sowie die Sicherstellung der aktiven Beteiligung vor allem auch junger Jüdinnen und Juden am Gemeindeleben („Förderung von Projekten mit und zugunsten der jungen Generation“). Auf Basis dieses Gesetzes erhält die Israelitische Religions-

gemeinschaft (IRG), in der alle Kultusgemeinden vertreten sind, zur Umsetzung der Ziele vier Millionen Euro.

Ein Passus besagt, dass das Gesetz rückwirkend ab 1. Jänner vergangenen Jahres gilt und für 2020 somit sogar ein einmaliger Budgetrahmen von fünf Millionen Euro vorhanden ist, die sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Auszahlung gelangen.

Innerhalb der möglichen Begutachtungsfrist vor dem Gesetzesbeschluss gab es noch Anmerkungen von Or Chadasch sowie dem Verein der bucharischen Juden. Diese wollten die „Vielfalt jüdischen Lebens“ verankert wissen („angemessene Vertretung aller innerhalb der Religionsgemeinschaft bestehenden Traditionen“). Damit wiesen beide Gruppierungen darauf hin, dass eine gerechte und der Vielfalt des jüdischen Lebens entsprechende Verteilung der Budgetmittel erfolgen sollte, was auch in den „Erläuterungen“ zum Gesetz festgehalten wurde.

## Gerechter Schlüssel

Die Frage lautet daher, wie die jährlichen Zuwendungen tatsächlich aufgeteilt werden. Der Hauptanteil (etwa zwei Mio. Euro) wird wohl für die Sicherheit jüdischer Einrichtungen verwendet werden müssen. Bedeutsam wird ein gerechter Verteilungsschlüssel zwischen der IKG Wien (dazu gehören auch Niederösterreich, Burgenland, Steiermark und Kärnten) und den drei kleineren Kultusgemeinden Oberösterreich, Salzburg, Tirol/Vorarlberg sein. Die drei kleinen Kultusgemeinden (mit jeweils etwa hundert bis zweihundert Mitgliedern) benötigen sicher einen größeren Anteil, als ihnen von der Mitgliederzahl her zustehen würde.

In weiterer Folge ist es von substanzieller Wichtigkeit, dass die IKG Wien tatsächlich, dem Gesetz entsprechend, die Vielfalt jüdischen Lebens fördert und alle Teile des Judentums ihren gerechten Anteil erhalten. Leider ist die derzeitige Führung der IKG eher ihrer Klientenpolitik verpflichtet („die Koalitionspartner müssen befriedigt wer-

den“) als an einer gerechten Aufteilung der Mittel interessiert. Das darf künftig nicht passieren. Denn die Fördermittel sollten nicht in das allgemeine Budget der IKG fließen, sondern verpflichtend in einem eigenen Topf transparent verwaltet werden. Die österreichische Bundesregierung hat in dem Gesetz genau definiert, wie die Abrechnung der jährlich ausbezahlten vier Millionen Euro erfolgen soll.

Es wird jährlich geprüft, ob die Mittel gesetzeskonform verwendet und verteilt werden: Die IKG kann also nicht beispielsweise damit Immobilien kaufen. Vereine, die aus dem Titel Budgetmittel erhalten, sollen und müssen verpflichtet werden, dafür korrekte Aufzeichnungen zu führen.

## Regionale Vielfalt

Für das Jahr 2020 gibt es, wie bereits erwähnt, sogar eine Million Euro zusätzlich – ein Betrag, mit dem beispielsweise ein vielfältiges, genreübergreifendes und nachhaltiges Kulturfestival veranstaltet werden könnte, an dem zahlreiche jüdische Künstlerinnen und Künstler teilnehmen könnten; ein Festival, das nicht nur in Wien, sondern auch in den Bundesländern stattfinden sollte. Denn auch hier fühlen sich zahlreiche Initiativen seit vielen Jahren dem interreligiösen Dialog verpflichtet.

Ebenfalls anzudenken wäre eine Wanderausstellung in Kooperation mit dem Jüdischen Museum Wien, um den Menschen in den Bundesländern zu zeigen, wie wichtig das vielfältige jüdische Kulturerbe für Österreichs war und ist. Und man könnte die Bedeutung jüdischen Lebens in bestimmten Regionen thematisieren („Sommerfrische im Salzkammergut“). Auf jeden Fall gilt es, den Ambitionen dieses Gesetzes gerecht zu werden.

# BILDUNG DARF KEINE GLÜCKSSACHE SEIN!



© Felix Krisat

## Darum gibt's das Lernhaus vom KURIER.

Mit kostenloser, professioneller Lernunterstützung.  
Damit jedes Kind die Chance auf eine selbstbestimmte Zukunft hat.

## Helfen Sie jetzt mit Ihrer Spende!

IBAN: AT71 3100 0000 0099 9995  
Onlinespende: [kurierlernhaus.at](https://www.kurierlernhaus.at)

SPENDE  
STEUERLICH  
ABSETZBAR  
Reg. Nr.  
SO 2234



# Kontrolle ohne Zensur



**Die EU-Kommission will Facebook, Twitter und Google strenger beaufsichtigen. Dies sieht zumindest der neue „Democratic Action Plan“ vor.**

VON OTMAR LAHODYNSKY

„Wir wollen kein Wahrheitsministerium werden“, erklärte Vera Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission, Ende 2020 bei der Vorstellung des neuen „Aktionsplans für Demokratie“. So soll die Brüsseler Behörde nicht zu einem Orwell’schen Zensuramt über soziale Medien werden, aber sie will es auch nicht wie bisher bei der Selbstregulierung von Google, Twitter und Facebook belassen. Im Kampf gegen Desinformation und Fake News setzt die Kommission darauf, den 2018 vereinbarten freiwilligen Verhaltenskodex gegen Falschinformationen durch strikte Leitlinien für Online-Plattformen zu ergänzen.

Nach Einschätzung der EU-Kommission könnte die „strategische Autonomie des audiovisuellen und Mediensektors der EU“ gefährdet sein, weil „Online-Plattformen von Betreibern außerhalb der EU große Marktanteile“ gewinnen konnten. Die digitale Autonomie Europas sei bedenklich ausgehöhlt worden, so Jourová. Ohne Gegenmaßnahmen könnte daher bald auch die Demokratie in der EU ein-

Mit dem Facebook Oversight gibt es seit Oktober 2020 eine Überwachungsstelle.

geschränkt und von ausländischen Big-Tech-Firmen manipuliert werden. „Demokratien und Medienfreiheit können nicht für selbstverständlich genommen werden“, so die tschechische EU-Kommissarin.

Die EU-Kommission will die Demokratie in Europa besser vor zunehmendem Druck etwa durch Extremisten oder sogenannte Fake News schützen: Europäische Qualitätsmedien sollen stärker unterstützt, Wahlen besser abgesichert und Desinformationen entschiedener bekämpft werden. Die EU-Kommission will hier bei Terroraufrufen und Hasspostings ansetzen. So sollen Online-Plattformen verpflichtet werden, Terror- und Gewaltaufrufe innerhalb von 24 Stunden zu löschen. Auch bei Hassaufrufen gegen Minderheiten oder antisemitischen Inhalten sollen soziale Medien künftig mehr Verantwortung für Inhalte, die auf ihren Plattformen gepostet werden, übernehmen.

Bei Facebook wurde im Oktober 2020 mit dem Facebook Oversight Board eine eigene Überwachungsstelle eingerichtet, die über Beschwerden über Löschungen von Postings entscheidet. Im Jänner 2021 wurden die ersten Entscheidungen zu fünf der 150.000 Fälle veröffentlicht, in denen seit Bestehen des Oversight Board Beschwerde erhoben worden war. Die Entscheidungen betrafen Beiträge, die Facebook im vergangenen Jahr entfernt hat, wobei das Oversight Board jene Fälle priorisierte, die „das Potenzial haben, viele Nutzer auf der ganzen

Welt zu betreffen, von entscheidender Bedeutung für den öffentlichen Diskurs sind oder wichtige Fragen zu den Richtlinien von Facebook aufwerfen.“ In vier von fünf geprüften Fällen sei die Löschung der Inhalte gerechtfertigt gewesen, so das Gremium.

## Kampf der Trolle

Die chinesische Plattform TikTok, die mit ihren kurzen Videoclips besonders bei Jugendlichen beliebt ist, war durch zahlreiche antisemitische Beiträge von Usern aufgefallen. Der Jüdische Weltkongress (WJC) hatte Gegenmaßnahmen gefordert (siehe NU 3/2020). Die pakistanische NGO „Media matters“ hat auf eine Vielzahl von Hassvideos gegen Minderheiten auf der indischen Halbinsel hingewiesen.

Die EU-Kommission will künftig innereuropäische Wahlkämpfe vor ausländischer Einflussnahme schützen. Jourová nannte vor allem Trollfabriken in Russland und China. So hatten russische Trolle versucht, die letzten Präsidentenwahlen in Frankreich durch falsche Informationen über Emmanuel Macron zu beeinflussen. Es gibt auch deutliche Hinweise auf ausländischen Einfluss bei der Abstimmung über den Brexit in Großbritannien. Weiters soll das sogenannte „Mikrotargeting“, also die gezielte Beeinflussung von Personengruppen vor Wahlentscheidungen, untersagt werden. Diese Methode hatte das britische Unternehmen Cambridge Analytica jahrelang angewandt, auch im Vorfeld der US-Präsidentenwahlen 2016 und der Brexit-Abstimmung in Großbritannien.

Zum besseren Schutz von Wahlen will die Kommission noch heuer Gesetze zur Parteienfinanzierung sowie strenge Auflagen für politische Werbung vorschlagen. Journalisten, die vor allem in der Pandemie immer mehr gezielten Drohungen ausgesetzt sind, sollen besser geschützt werden. Die Behörde will dazu noch heuer Empfehlungen vorlegen.



# Impfen I: Dann sollen sie doch Kuchen essen!

KOMMENTAR VON NATHAN SPASIĆ

Österreich impft. Im Dezember vorigen Jahres verkündete der Bundeskanzler: „Das ist der Anfang vom Sieg über die Pandemie.“ Ein vom Gesundheitsministerium entworfener Impfplan sollte der Leitfaden dafür sein. Zuerst die Alten, hieß es, dann die Jüngeren. Der Gesundheitsminister betonte, man wolle mit der Impfung zu den Betroffenen. In einer Pilotaktion wurden daher zum Jahreswechsel die ersten Dosen an ausgewählte Altersheime österreichweit verteilt. Schnell tauchten jedoch Medienberichte auf, wonach sich Politiker samt deren Mischpoche vorgedrängelt hätten. Zunächst wurde es um die Israelitische Kultusgemeinde laut (*NU* berichtete), wobei Präsident Oskar Deutsch schnell in den Fokus rückte.

Gemeinsam mit jüngeren Gemeindegliedern soll er nämlich im Rahmen der Impfkaktion im Maimonides-Zentrum selbst in den Genuss der Immunisierung gekommen sein. Man hätte aus Versehen mehr Impfdosen als nötig bestellt. Wegen der kurzen Haltbarkeit habe man daher übriggebliebene Impfdosen rasch verbrauchen müssen und im Umfeld des Hauses angefragt, heißt es. In einer Stellungnahme gegenüber *NU* bestätigt der Sprecher des Roten Kreuzes, Stefan Müller, dass in solchen Situationen „auf weitere Personen in dem Haus bzw. in der Gemeinschaft zurückgegriffen wird“. Es sei die zu dem Zeitpunkt festgelegte Vorgangsweise. „Die Entscheidung, wer sie bekommt, obliegt dem Haus bzw. dem Impfkoordinator vor Ort“, so Müller abschließend. Warum nicht vulnerablere Personen innerhalb

der Gemeinde geimpft wurden, bleibt ein Mysterium. Israel Abramov, Obmann des Vereins bucharischer Juden, sprach von moralischen Verfehlungen seitens des Gemeindepräsidenten und forderte ihn zum Rücktritt auf. Daran denke er jedoch nicht im Geringsten, so Deutsch.

Nach und nach tauchten weitere Fälle dubioser Impfvorgaben auf. Das prominenteste Beispiel für die Laissez-faire-Attitüde ist sicherlich der Fall in Vorarlberg. Dort wartete der 65-jährige Feldkircher Bürgermeister Wolfgang Matt (ÖVP) in einem Seniorenheim erfolgreich auf das Vakzin. „Ich könnte mich entschuldigen, in die Richtung, dass mir nicht eingefallen wäre auf die Schnelle, wer jetzt das noch nehmen könnte, die nächsten zehn Minuten“, so der Bürgermeister wörtlich in der *ZiB* 2. Es wäre schließlich schade, wenn man eine Impfdosis „wegschmeißen“ müsse, behauptete er allen Ernstes. Die zuständige Ärztin ließ dies nicht gelten: „Es sind noch viele Leute draußen gestanden, die eine Impfung dringender benötigt hätten.“ Einem selbst ist man ja scheinbar am Nächsten – ein Sittenbild.

Abgesehen von der moralischen Verpflichtung, die man von politischen Funktionären erwarten darf, ist es besonders empörend, dass sich einige Wenige das Recht herausnehmen, munter über Eigentum des Bundes zu bestimmen. Die nonchalanten Aussagen so mancher praecox Geimpfter lassen vermuten, dass sie sich fast schon als von Gottes Gnaden auserwählt betrachten – und keine Bauernaufstände fürchten. Das Erwachen dieses feudalen Anspruches lässt das Bundeskanzleramt je-

doch nicht unbesorgt. „Hört endlich auf damit!“, so Sebastian Kurz. Es sei unsolidarisch, sich vorzudrängeln. Doch ist diese mangelnde Solidarität nicht die logische Fortsetzung eines globalen Problems? Rund zwei Drittel der Weltbevölkerung könnten sich laut Studien der Hilfsorganisation Oxfam frühestens ab 2022 einer Impfung erfreuen. Covax, also die Organisation der WHO, welche als Reaktion auf die Corona-Pandemie gegründet wurde, meint gar, das sei überhaupt erst 2024 der Fall. Die meisten verfügbaren Impfdosen wurden nämlich von Staaten des globalen Nordens gekauft. Eine AstraZeneca-Impfdosis kostet die Europäische Union 1,78 Euro, während Uganda dafür rund 5,80 Euro hinblättern muss. Man könnte argumentieren, dies sei ein bedauerlicher Nebeneffekt der freien Marktwirtschaft, mit dem wir uns eben abfinden müssen.

Doch sollte es nicht umgekehrt sein, vor allem in Zeiten einer Pandemie? Sollten sich die Pharmakonzerne nicht damit abfinden, dass Impfdosen zu einem einheitlichen und fairen Preis an Staaten verkauft werden? Die Realität ist düster. Massenarbeitslosigkeit, eine weltweite Wirtschaftskrise ohnegleichen und steigende Schulden verleiten daher auch alte Freunde der Austeritätspolitik wie EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu unerwarteten Aussagen. So forderte sie noch im letzten Jahr „einen Marshall-Plan für Europa“ und plädierte dabei für finanzielle Unterstützungen in Milliardenhöhe. Ob dadurch ein nachhaltiges Ende der Coronakrise erreicht werden kann, bleibt fraglich – und auch, ob sich der globale Süden von den wirtschaftlichen Folgen erholen wird.



## Impfen II: Pampers gegen Nestbeschmutzung?

KOMMENTAR VON RONNI SINAI

Ist es erlaubt, Konflikte innerhalb der Kultusgemeinde einem öffentlichen Diskurs auszusetzen? Das Ergebnis vorweg: Es ist auszuhalten. Durch einen Bericht in der Tageszeitung *Kurier* flog der Missbrauch im Zusammenhang mit dem Impfstart im Maimonides Zentrum, dem Pflegeheim der IKG, auf: Dessen Präsident sowie etlichen ihm nahestehenden Personen wurde vorgeworfen, nicht verimpfte Restmengen in Anspruch genommen zu haben, ohne der priorisierten Zielgruppe anzugehören. So weit, so skandalös. Offensichtlich angeregt von solch unsozialem Verhalten folgte der eine oder andere österreichische Bürgermeister dem zweifelhaften Vorbild. Dies dürfte vielen Medien besser geschmeckt haben als die Malversationen innerhalb der IKG. Einerseits will man sich vermutlich nicht dem Vorwurf antisemitischer Berichterstattung aussetzen, andererseits erregt die Kommunalpolitik die ohnehin durch die Coronakrise in Mitleidenschaft gezogenen Gemüter von Frau und Herr Österreicher wohl mehr.

Auf den online erschienenen Kommentar von *NU* („So sind wir nicht“), der die Geschehnisse thematisiert hat und der auch von der Tageszeitung *Die Presse* übernommen wurde, folgte eine Replik des Kolumnisten Harry Bergmann im *Kurier*. Zwar bestätigte er weitgehend den Inhalt des *NU*-Artikels, ist aber überzeugt, dass „alles was innerhalb der jüdischen Kultusgemeinde passiert, am besten auch innerhalb der jüdischen Kultusgemeinde bleiben sollte“. Und weiters: „Politisches Kleingeld wechseln

scheint offensichtlich auch in kleinen Communities – ich schätze, dass die jüdische Gemeinde nicht viel mehr als 7000 Menschen zählt – ein beliebtes Spielchen zu sein.“

Doch aus welchem Grund sollte man Vorfälle, die in der Kultusgemeinde „passieren“, nicht außerhalb der Gemeinde diskutieren? Nu, oberflächlich betrachtet unterscheidet sich das Mäuscheln und Vertuschen innerhalb der jüdischen Community kaum von dem anderer Interessensgemeinschaften wie Parteien, Unternehmen, Vereine, etc. Befürchten Verantwortungsträger in der Gemeinde etwa antisemitische Reaktionen? Will man ein Bild von Friede, Freude und koscherem Eierkuchen vermitteln? Glaubt man, dass an Juden höhere moralische Ansprüche gestellt werden dürfen oder womöglich sogar müssen? Letzteres Argument bestärkt allerdings einen antisemitischen Aspekt von Kleingeistern, welcher in der Aussage gipfelt: „Gerade bei euch sollte so etwas nicht vorkommen.“ (!)

Genannte Gründe könnten Ursachen für Vertuschung sein, geben aber noch keine ausreichende Begründung, ob (und wie) man proaktiv Meinungsverschiedenheiten unter Juden durchaus öffentlich austragen darf, ja sogar sollte. Dazu muss erwähnt werden, dass sich die jüdische Gemeinde in Österreich in den letzten Jahrzehnten vor allem durch die Zuwanderung aus Osteuropa und Zentralasien stark verändert hat. Zudem ist es zu einem Generationenwechsel gekommen, schwer traumatisierte Zeitzeugen des Holocaust werden immer weniger, deren Enkelkinder sind nun schon zu „Systemerhaltern“ geworden. Die Di-

versität innerhalb der jüdischen Kommune hat – wie auch in der übrigen Gesellschaft – merklich zugenommen. Migrant\*innen, Orthodoxe, Sekulare, Assimilierte, politisch Engagierte, Junge und Ältere, Betuchte und weniger Wohlhabende: Alle diese Mitglieder der Gemeinde haben ein Recht darauf, gehört zu werden.

Das ist einerseits erfreulich und Grund genug, den Menschen in Österreich aufzuzeigen, dass es in der jüdischen Bevölkerung eine Vielzahl an Meinungen und Ansprüchen gibt – wobei dies eigentlich ohnehin schon immer Tradition hatte. Nicht umsonst heißt es: sieben Juden, sieben Meinungen. Freilich stellt das eine Herausforderung für die Führung der IKG dar, die diesem Umstand aber oft nicht gewachsen zu sein scheint, sondern die Anmutung einer autoritären Regierung hinterlässt. IKG-Präsident Oskar Deutsch meint in seiner Aussendung, die *öffentliche Kritik* an seinem Vorgehen „schädige alle Mitglieder unserer Gemeinde“. Das allerdings ist klassische Täter-Opfer-Umkehr, die nicht sein eigenes Verhalten, sondern jenes seiner Kritiker verurteilt.

Nein, wir sind eben *nicht* Präsident. Wir sind einfach nur zufällig Juden, wollen uns weder dafür genieren müssen, noch uns damit schmücken und brauchen keine Sonderstellung. Wir haben das Recht zu reden und aufzuzeigen und können auf eine Windel gegen Nestbeschmutzung gerne verzichten. Nu, der Herr Präsident und seine Partei werden den für sie üblen Geruch schon aushalten.

Eine gekürzte Fassung dieses Kommentars erschien Anfang Februar im „Kurier“.

# „Das Schicksal hat mich am Bandl“

**Mit Topsy Küppers unterwegs zu sein, ist nicht einfach. Die vielseitige Künstlerin ist nämlich ständig ausgebucht. Für ihr neues Buch „Nix wie Zores“ düst sie in ihrem Auto quer durch Österreich von einem Interview zum nächsten.**

VON DANIELLE SPERA (TEXT) UND  
OURIEL MORGENSZTERN (FOTOS)

Autofahren genießt sie wie das Kochen und überlässt es ungern anderen. Ihr Kofferraum ist immer voll. „Klamotten und vor allem viele Bücher, mit all dem könnte ich nie in einen Flieger steigen“, erklärt sie. Vor zwei Jahren ist Topsy Küppers sogar nonstop von Wien nach Leipzig zur Buchmesse gefahren. Die Automarke will sie nicht verraten. Das wäre ja Werbung.

Trotz ihrer ausgefüllten Tage findet die Sängerin, Schauspielerin und frühere Theaterdirektorin Zeit, ein Buch nach dem anderen zu schreiben. „Das alte Zirkuspferd kann gar nicht anders“, sagt sie über ihren Tatendrang. Zu ihrem 90. Geburtstag, den sie im August feiern wird, hat sie ein Buch über Zores geschrieben. Sie solle Zores (aus dem hebräischen Begriff für Kummer abgeleitet) gleich zu Beginn des Buches erklären, meinte ihre Tochter Sandra Kreisler. Topsy Küppers antwortete in ihrer unnachahmlichen Art: „Zores bedeutet: ‚Je suis in der Rue de la Kack‘.“ Lachen und Humor sind für sie essenziell: Vor allem in Zeiten von Corona solle man noch viel mehr lachen als sonst. *Nix wie Zores* ist ein Buch voller Erinnerungen, Anekdoten, jüdischem Humor und philosophischen Betrachtungen über das Leben. Und ein weiteres in einer Reihe von Büchern und Romanen, die sie während der vergangenen Jahre verfasst

hat. Wir sitzen mit Zweimeter-Corona-Abstand in ihrer beeindruckenden Bibliothek. Lesen war von Kindheit an ihre Leidenschaft. Ihre Mutter realisierte recht bald, dass der Vater, ein Restaurantbesitzer, ein richtiger Schürzenjäger war, Womanizer würde man heute sagen. Die Scheidung erfolgte, als Topsy zwei Jahre alt war. Später mussten sich ihre Mutter, ihre Omi und ihre Tante gemeinsam mit Topsy und dem Hund Muki im benachbarten Waals in Holland in einem Keller vor den Nazis verstecken. Darauf folgte eine Zeit in einem DP (Displaced Persons)-Lager.

## **Kleiner Zappelphilipp**

Bücher waren ihre einzige Abwechslung, Schauspiel, Gesang und Tanzen von jeher ein Traum für das Mädchen aus Aachen, einem geschichtsträchtigen Ort: „Meine Mutter hat mir oft das Haus von Anne Franks Mutter gezeigt.“ Nach Topsis Vater suchte man nicht, das war im Frauenhaushalt tabu. Er war untergetaucht und hatte vermutlich das Schicksal vieler anderer Jüdinnen und Juden

erlitten. Topsy war als Kind nach eigener Aussage ein richtiger Zappelphilipp. Kein Kaffeekränzchen, bei dem sie die Erwachsenen nicht mit kleinen Aufführungen überraschte. Ihr selbst verfasstes Lieblingsgedicht trägt sie bei unserem Treffen lachend vor: „Ich stell mich Ihnen vor/als Tänzerin im Chor/als Sängerin im Stern/ein jeder hat mich gern.“ Knicks. Applaus. „So merkt man sich die Texte.“

Topsis Mutter arbeitete als Buchhalterin, um ihrer Tochter eine perfekte Ausbildung in Schauspiel, Gesang und Ballett zu ermöglichen, obwohl sie selbst absolut keine Leidenschaft für das Theater hatte. Die Erziehung übernimmt die Omi. „Großmütter sind das Beste, es geht nichts über Großmütter. Von meiner Mutter habe ich Pünktlichkeit, Disziplin und Gewissenhaftigkeit mitbekommen, von Omi die Güte und Warmherzigkeit, obwohl ich ein wildes Kind war. Meine Großmutter sagte immer, ich sei dem Döbel – also dem Teufel – aus der Pfann’ gesprungen.“ Der Unterricht bei wichtigen, aber strengen künstlerischen Ausbilderinnen und Lehrern



NU-Herausgeberin zu Gast bei Topsy Küppers: Minutiöse Erinnerungen an die Auftritte.



machte sich bezahlt. Es kamen immer größere Engagements. „Damals musste man alles können. Heute schaut jemand aus wie ein Model und bekommt gleich ein Engagement ans Burgtheater, so bin ich nicht ans Burgtheater gekommen“, sagt sie augenzwinkernd.

### Wiedner Lebenswerk

Bei einem Gastspiel in Wien lernt sie in der „Marietta Bar“ Georg Kreisler kennen. „Er kam mit mir nach München, dann wurden daraus 14 Jahre. Zwölf wunderbare Jahre, zwei wunderbare Kinder und von nun an ging's bergab.“ Kreisler, ein Mann mit zwei Gesichtern, mit dem sie sich über die Urheberschaft des Stückes *Heute Abend Lola Blau* ein viele Jahre dauerndes Gerichtsverfahren liefern musste. „Kreisler hielt es nicht aus, wenn jemand stark war. Daher rührte vermutlich auch seine Feindschaft zu anderen Künstlern. Mit Urheberrechtsfragen hat er sich nicht beschäftigt. Einmal sang ich das Lied *Opernboogie*, danach kam eine Dame auf mich zu und sagte, sie hätte dieses Lied geschrieben. Ich antwortete: Klären sie das

bitte mit dem Autor, ich bin glücklich von ihm geschieden.“ Ihr Lebenswerk wurde die Freie Bühne Wieden: Ein Theater, auf das sie von Bruno Kreisky aufmerksam gemacht wurde und in dem sie vor allem auch die jüdische Kultur in Erinnerung rufen und würdigen wollte. „Heute glaubt jeder, der das Wort ‚nebbich‘ richtig aussprechen kann, jüdische Programme machen zu können. Aber dem ist leider nicht so. Die Sprache ist so wichtig. Wiener sollen Wiener spielen.“

Minutiös erinnert sie sich an all die unzähligen Gastspiele von Ensembles aus vielen Ländern auf ihrer Bühne, vor allem an die israelischen Stars. Dieser Austausch ermöglichte ihr, an Theatern in anderen Ländern aufzutreten. „In Israel bin ich im Beit Ha'am Center aufgetreten. Vor einer Vorstellung sagte mir ein israelischer Kollege: ‚Weißt du, dass hier der Eichmann-Prozess stattgefunden hat?‘ Ich antwortete: ‚Hättest du mir das nicht bitte nach der Vorstellung sagen können?‘“ Das Mobbing, das sie als Deutsche in Wien erlebte, ist ihr lebhaft in Erinnerung geblieben. Geholfen habe

ihr damals „der andere Piefke in Wien, der Schauspieler Heinz Reincke. Ich erinnere mich, als ich das erste Mal in einem Beisl war. Dort stand: ‚Sonntag geschlossen, Montag Ruhetag‘. Ich dachte: Was für eine originelle Stadt! und begann mich in Wien zu verlieben.“ Negative Kritiken brachten sie nie aus der Ruhe: „Ich habe gelernt: Das Wichtigste ist, dass dein Name in der Zeitung steht. Man soll nicht überschätzen, was so geschrieben wird. Die Neidgenossen sitzen überall, damit können wir umgehen.“

### Blühende Energie

Das Judentum wurde in ihrer Familie nicht einmal mit einem Wort angesprochen. „Allerdings hatte ich eigentlich immer einen jüdischen Freundeskreis. Das Schicksal hat mich da am Bandl, ich konnte nicht anders. Ich habe wunderbare Menschen kennengelernt. Jetzt mache ich gerade eine Serie im Hörfunk über Männer, die man nie vergisst. Den Kreisler habe ich sofort vergessen.“ Das Schicksal brachte sie dann mit Karl-Heinz (Carlos) Springer, ihrem Lebensmenschen,

## Von meiner Mutter habe ich Pünktlichkeit, Disziplin und Gewissenhaftigkeit mitbekommen, von Omi die Güte und Warmherzigkeit. Meine Großmutter sagte immer, ich sei dem Dübel – also dem Teufel – aus der Pfann' gesprungen.

zusammen, der vor sieben Jahren starb. Sie denkt gern an die schönen Erlebnisse und Begegnungen zurück, mit ihrem Lebenspartner, aber auch mit ihren langjährigen Freunden wie Peter Matic. „Man hat immer gesagt, da kommen unsere Workaholics. Aber das Gegenteil ist richtig. Ich liebe meinen Beruf. Er hält mich jung. Wichtig ist, normal zu leben und sich nicht gehen zu lassen. Es ist sehr traurig zu sehen, wie wenige Menschen mit dem Alter umgehen können. Viele Damen tragen Miniröckchen, obwohl es mit ihren Beinen gar nicht mehr zusammenpasst.“ Was sie für sich immer

ausgeschlossen hat, sind Schönheitsoperationen. Dazu findet sich in ihrem neuen Buch Folgendes: „Liften hat sechs Buchstaben. Lachen hat sechs Buchstaben! Ein Lift symbolisiert das Liften. Er fährt vorübergehend nach oben, aber er kommt auch runter...“

Wenn man mit Topsy Küppers spricht, denkt man keine Sekunde an ihr Alter. Sie strahlt blühende Energie und Lebenslust aus. Auch dass sie nicht auf den Fototermin vorbereitet war, nimmt sie mit besonders viel Fröhlichkeit. „Ich bin keine, die sich anbietet. Das Wichtigste im Leben ist Gesundheit, ein offenes Herz, ein kla-

rer Kopf und lachen können – über sich selbst.“

Zum Abschied gibt sie mir ein Zitat des von ihr verehrten Freundes Erich Kästner mit auf den Weg. „Die Erinnerung ist eine Macht, sie bildet den Menschen um. Wer das, was schön war, vergisst, wird böse. Wer das, was schlimm war, vergisst, wird dumm!“



Unvergessen: Topsy Küppers' Lebensmensch Karl-Heinz Springer.

# Dossier: Wokeness

## **Wokeness**

**Woke (also wache) Menschen bekämpfen Intoleranz, Rassismus, gesellschaftliche Privilegien und die Diskriminierung von Minderheiten.**

## **Cancel Culture**

**CC beschreibt den Boykott von Personen, Institutionen und Kunstwerken wegen (vermeintlich) rassistischer, anti-semitischer oder diskriminierender Aussagen.**

## **Political Correctness**

**PC legt Wert auf sensible Sprache zur Vermeidung von Ausdrücken und Handlungen, die Menschen anderen Geschlechts, anderer Hautfarbe, Ethnie oder Religion kränken oder beleidigen können.**

# „Ästhetische Wokeness produziert langweilige Kunst“

© CDFN



Geht das rechte Maß verloren, kann aus jeder Tugend ein Laster werden: Konrad Paul Liessmann plädiert dafür, dass die Kunst uns Dinge erlaubt, die wir im wirklichen Leben nicht ertragen würden.

**Konrad Paul Liessmann, prominenter Philosoph und streitbarer Essayist, spricht im Interview über den politisch korrekten „Tatort“, Denkmalstürze und freiwillige Selbstinfantilisierung. Und warum er als Verfechter des generischen Maskulinums keinen Genderstern verwendet.**

VON ANDREA SCHURIAN

**NU: Was bedeutet Cancel Culture für unser kulturelles Selbstverständnis?**

**Konrad Paul Liessmann:** Der Begriff Cancel Culture ist Ausdruck einer unfreiwilligen Ironie: Die „Kultur“ des Streichens, Löschens und Ausladens bezieht sich ja nicht auf die Barbarei, sondern auf Aspekte und Erscheinungsformen der Kultur selbst. Es geht offensichtlich darum, unliebsame Elemente der Kultur zu liquidieren. Bestimmte Formen von künstlerischen Äußerungen zu verbannen bzw. den Blicken oder Rezeptionsmöglichkeiten zu entziehen, hat eine lange Geschichte. Im Zuge der Aufklärung und der damit verbundenen Revolten galt es als Fortschritt, diese Zensurpraktiken zu überwinden. Die Freiheit von

Wissenschaft und Kunst ist mittlerweile in der Verfassung verankert. Umso erstaunlicher ist es, dass es neue Zensurbestrebungen gibt, die nicht von der Herrschaftsbürokratie oder den Behörden ausgehen, sondern aus dem Innersten der Kultur, der Kunst und des Wissenschaftsbetriebes kommen. Es ist paradox, dass diejenigen, deren Geschäftsgrundlage die Freiheit ist, nun Gefallen daran zu haben scheinen, sich dieser Freiheit selbst zu berauben – und zwar nur um des Vorteils willen, glauben zu können, politisch-moralisch auf der richtigen Seite zu stehen. Das heißt: Man opfert die Risikopotenziale, die jede Freiheit beinhaltet, dem vermeintlich guten Gewissen.

**Cancel Culture ist eng mit dem Begriff der kulturellen Aneignung verknüpft, wo es um Essentialisierung und Re-Ethnisierung geht.**

Manche Soziologen sprechen auch von Retribalisierung unserer modernen Gesellschaft: Wir fallen wieder zurück in Stammesordnungen. Alle Stämme haben ihre eigenen Rituale, keiner darf die Mythen und Moden der anderen übernehmen; das Einzige, was die Gesellschaft zusammenhält, ist die Frage, welche dieser Bezugsgruppen wo repräsentativ vertreten sein müssen.

**Für Oscars dürfen nur mehr Filme nominiert werden, deren Crews vor und hinter der Kamera divers sind. Das heißt, es muss ein bestimmter Prozentsatz an sexuellen, religiösen oder ethnischen Minderheiten vertreten sein.**

Identitätspolitik sollte meines Erachtens in der Kunst gar keine Rolle spielen. Filme, deren Besetzung sich nicht den schauspielerischen Fähigkeiten, sondern sich rasch wandelnden Quotierungen verdankt, werden wahrscheinlich nicht in die Filmgeschichte eingehen. Vielleicht sogar aus den lautersten Motiven wird damit die Idee des Schauspielens konterkariert. Denn da geht es ja gerade nicht darum, dass jeder nur denjenigen spielen kann, der er selbst ist. Kunst bedeutet immer die wechselseitige Aneignung von Formen und Motiven, die Inspiration durch alle möglichen Quellen. So finde ich es zumindest seltsam, wenn sich Schauspieler nicht mehr rollengerecht schminken dürfen. Schließlich gehört Schminke zur ursprünglichsten Requisite des Schauspielberufs. Denkt man das weiter, dürfte niemand, der Richard III. spielt, eine Krone aufsetzen oder hinken, weil er ja weder behindert noch adelig ist. Umgelegt auf die Literatur würde es bedeuten, dass es nur mehr autobiografische Romane geben kann. Ein Mann darf nicht mehr über das Seelenleben einer Frau schreiben, ein Europäer sich nicht in einen Afrikaner hineinfühlen, Goethe hätte sich nicht von orientalischer Lyrik inspirieren lassen dürfen, Thomas Mann nicht von der Geschichte des biblischen Joseph. Ein Großteil der Literatur müsste liquidiert werden. Gemäß der antiken Weisheit, dass es immer auf das rechte Maß ankommt, gibt es

im Sprachgebrauch und im Umgang miteinander sehr wohl sinnvolle Formen der Zurückhaltung und Vorsicht. Früher sprach man von Höflichkeit und Taktgefühl. Aber aus jeder Tugend kann, geht das rechte Maß verloren, ein furchtbares Laster werden.

**Im Zusammenhang mit „Black Lives Matter“ und Wokeness wurden Denkmäler gestürzt. Wie kann man als kritischer Mensch mit denkmalgewordener Geschichte umgehen?**

Das ist ein interessantes Problem, das politisch motivierte Denkmal ist ja eine spannungsreiche ästhetische Konfiguration. Bei dramatischen gesellschaftlichen Veränderungen wurden immer Denkmäler gestürzt, erinnern wir uns an 1989, als flächendeckend Lenin- und Stalindenkmäler vom Sockel gestoßen wurden.

**Wird mit dem Sturz des Denkmals Geschichte verdrängt?**

Es ist keiner Stadt verboten, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, mit welchen Standbildern sie ihren öffentlichen Raum schmücken will. In demokratischen Gemeinschaften wird man das aber konsensuell lösen und nicht durch nächtliche Aktionen provozieren. Aber dann gibt es Denkmäler, die kein Ausdruck der aktuellen politischen Auseinandersetzung mehr sind, weil sie selbst zum Teil der Geschichte geworden sind. Die sollen offenbar gestürzt werden, weil man über den Geist, den dieses Denkmal symbolisiert, triumphieren möchte. Die Toten der Vergangenheit noch einmal zu töten ist doch ein ziemlich billiger Heroismus. Fraglich, ob man sich seiner überlegenen Moral auf diese Art und Weise versichern muss – abgesehen davon, dass es auch Denkmäler gibt, deren ästhetische Qualität einen Sturz geradezu verbieten. Andrea del Verrocchios Reiterstandbild des Bartolomeo Colleoni, der ein ziemlicher Widerling gewesen sein muss, war schon bei den Zeitgenossen unbeliebt; und trotzdem gehört es zu den Attraktionen der Serenissima.

**Wie sollte man also mit dem umstrittenen Lueger-Denkmal in Wien umgehen?**

Das Lueger-Denkmal wäre für mich ein Grenzfall. So unstrittig Luegers Antisemitismus ist, so unstrittig sind

seine Leistungen als Kommunalpolitiker. Ohne ihn gäbe es das moderne Wien so nicht. Ich würde dafür plädieren, das Denkmal, das ja selbst schon historisch ist, zwar zu belassen, aber signifikant zu verändern. Die von Klemens Wihlidal schon vor längerer Zeit skizzierte Idee, es schräg zu stellen, finde ich grandios: als Sinnbild, auf welchem schwankendem Boden wir uns mit unserer Geschichte bewegen. Es in ein Museum zu verbannen, wie es ja auch diskutiert wird, fände ich suboptimal. Lueger gehört zur Geschichte Wiens in einer signifikant positiven wie negativen Art und Weise.

Friedrich Nietzsche bemerkt einmal, dass wir, wenn wir etwas bejahen, auch alles akzeptieren müssen, was ursächlich zu dessen Geschichte gehört. Ich kann mich also schwer an einer gewissen Infrastruktur erfreuen, die Wien auszeichnet – von der Wasserleitung bis zum öffentlichen Verkehr – und gleichzeitig sagen, mit Lueger will ich nichts zu tun haben. Denn diese Errungenschaften gehen, bei aller Ambivalenz, auch auf diesen Bürgermeister zurück.

**Und Kolumbus, der ja auch vom Sockel gestoßen wurde?**

Natürlich entdeckte Kolumbus nicht nur unfreiwillig Amerika, sondern öffnete damit auch den Weg für Kolonisation, Ausbeutung, Sklaverei und Völkermord. Auf der anderen Seite gäbe es ohne Kolumbus eines der Mutterländer der modernen Demokratie, nämlich die USA, nicht. Ich kann Geschichte nicht rückgängig machen, ich kann sie nur neu schreiben und bewerten. Insofern finde ich es produktiv, dass man Kolumbus nicht nur als Entdecker und kühnen Seefahrer feiert, sondern auch die negativen Konsequenzen mitbedenkt und erforscht. Aber all das sind für mich keine Gründe, Kolumbus-Denkmäler zu stürzen, zumal wenn diese von Immigrantengruppen aufgestellt wurden, die Amerika als Ort der Freiheit empfanden. Gerade die Präsenz solch eines Denkmals kann Anlass sein, diesen Teil der Weltgeschichte unter neuen Aspekten zu sehen. Wenn Kolumbus verschwindet – zuerst von den Plätzen, dann aus den Geschichtsbüchern –, ist nichts gewonnen.



Utopie der Menschlichkeit: Gert Voss als Othello mit Ignaz Kirchner als Jago in der Inszenierung von George Tabori (1990), Fotoprobe im Akademietheater.

**Voriges Jahr hat das Wiener Unirektorat Richtlinien für gendergerechten Sprachgebrauch herausgegeben: Um Diversität auszudrücken, sollte in wissenschaftlichen Arbeiten der Gender-Stern verwendet werden. Halten Sie sich daran?**

Der tragikomische Kampf gegen das generische Maskulinum ist eine der absurdesten Zeiterscheinungen. Hätte man es zustande gebracht, den Menschen im Deutschunterricht zu erklären, was das generische Maskulinum grammatikalisch korrekt bedeutet und wie es funktioniert, hätte man sich alle Debatten um Binnen-I, Unterstrich oder Genderstern ersparen können. Denn mit dem generischen Maskulinum werden Menschen und Institutionen benannt, die bestimmte Funktionen und Tätigkeiten ausführen, völlig losgelöst vom biologischen Geschlecht oder der sexuellen Orientierung. Im generischen Maskulinum hätte man genau die grammatikalische Funktion, die es erlaubt, alle Menschen – egal welcher biologischen oder sozialen Geschlechtlichkeit – und übrigens auch Dinge unterzubringen. Ich selbst verwende schon aus stilistischen Gründen weder Asteriks noch Binnen-I, sondern das generische Maskulinum, in wissenschaftlichen Arbeiten finde ich den Genderstern störend und vollkommen unnötig.

**Manche ZiB-Moderatoren sehen das völlig anders, sie sprechen den Gender-**

**stern oder Binnen-I mit dem sogenannten stimmlosen glottalen Plosiv.**

Ich werde den Gedanken nicht los, dass es bei diesem doch eher peinlichen Gestammel weniger um die weiblichen oder queeren Adressaten als um moralische Selbstgefälligkeit geht und darum zu zeigen, dass man die politisch korrekte Fassade auch in der ZiB aufrecht hält. Diese Präsentation von moralischer Eitelkeit in öffentlichen Medien empfinde ich auch aus ästhetischen Gründen als sehr unangenehm, anbiedernd, geradezu ekelhaft. Dass wir offenbar jedes Sprachgefühl verlieren sollen, dass uns von oben beigebracht wird, die Differenz zwischen grammatikalischem und biologischem Geschlecht zu vergessen, bedeutet eine Vereinfachung der Sprache und damit des Denkens. Und denjenigen, die das mit vorantreiben, wird man vorwerfen dürfen, dass sie selbst beteiligt sind an jener Primitivisierung des Denkens, die sie ansonsten bei anderen immer kritisieren.

Ein weiteres Beispiel wäre der schamlose Missbrauch des substantivierten Partizip Präsens, also die vielzitierten „Studierenden“. Wir verlieren, was diese Wortbildung leistet: Sie bezeichnet das Subjekt einer Tätigkeit, die im Moment vollzogen wird. Studierende sind Menschen, die gerade studieren, also *jetzt* lernen, in der Bibliothek sitzen oder sich in ihr Fach vertiefen. Wenn sie auf die Straße gehen und demonstrieren, sind sie keine

Studierenden mehr, sondern demonstrierende Studenten. Studenten sind nämlich Personen, die an einer Universität eingeschrieben sind, egal, ob sie gerade lesen oder demonstrieren. Solche Nuancen zu verwischen und damit die Sprache um eines vermeintlich höheren moralischen Zieles willen drastisch zu vereinfachen und zu primitivisieren, tut mir im Herzen weh.

**Kulturelle Aneignung, Wokeness bedeuten auch die Einteilung in richtig/falsch, gut/böse. Will nicht jeder auf der richtigen Seite stehen?**

Bleiben wir im Bereich der Kunst: Solange ich ästhetische Fragen nur als ästhetische Fragen behandle, geht es nicht darum, ob jemand als Mensch moralisch gut oder böse ist, sondern nur darum, ob er ein guter oder schlechter Künstler, ob das Werk gelungen oder weniger gelungen ist. Wenn ich mich nicht mehr frage, ob es jemandem gelingt, Othello überzeugend zu spielen, sondern nur noch überprüfe, ob er womöglich Blackfacing betrieben hat – und wenn ja, fällt das Stück durch –, dann ist nur noch die moralische Positionierung entscheidend. Aber in der Kunst geht es nicht um moralische, sondern um ästhetische Fragen. Und man sage nicht, das lässt sich nicht trennen. Doch, das lässt sich trennen!

**Was bedeutet das?**

Es entsteht ein Druck, ästhetische Möglichkeiten den politisch korrekten Vorschriften zu opfern. Ich habe noch Gert Voss als geschwärzten Othello, der allmählich seine Farbe verliert, in der legendären Inszenierung George Taboris auf der Bühne des Burgtheaters gesehen – eindringlicher waren der Rassismus, dem Shakespeares Mohr ausgesetzt ist, und die Utopie der Menschlichkeit selten zu sehen. Wer heute solches auch nur andenken wollte, wüsste, dass er damit in ein Eck gestellt würde, in dem er gewiss nicht sein möchte; also verbietet er sich diesen Gedanken. Ich verstehe nicht, dass eine Gesellschaft, die so viel Wert auf weiten Horizont, Grenzüberschreitung, Grenzauflösung legt, sich selbst die allerengsten Grenzen auferlegt: nämlich im Denken, in der Phantasie, in der Kreativität. Wahrscheinlich ist dies auch eine Form von Bequemlichkeit,

gerade in strittigen Fragen zu wissen: Man ist auf der sicheren Seite. Man sagt das Richtige. Man tut niemandem weh. Das verschafft ein gutes Gefühl.

**Eine Ausstellung von Philip Guston wurde aus Angst, dass sein Ku-Klux-Klan-Zyklus missverstanden werden könnte, verschoben ...**

... was absurd ist. Es ist eine Entmündigung des Publikums, die ihregleichen sucht. Diese Form einer freiwilligen Selbstinfantilisierung, derer sich Intellektuelle und Journalisten derzeit befleißigen, finde ich erschütternd.

**Was verstehen Sie unter Selbstinfantilisierung?**

Dass erwachsene Menschen sich einreden lassen, sie könnten kein Urteil fällen und man möge ihnen also diese Bilder nicht zeigen. Das Argument der Museumsdirektoren, man müsse sich mit dem Werk erst auseinandersetzen, könnte ja auch so gedeutet werden, dass man es gerade jetzt zeigt! Die öffentliche Auseinandersetzung liegt ja im Wesen der Kunst! Warum dürfen an Kunst Interessierte nicht ihre eigenen Schlussfolgerungen ziehen? Jetzt gibt es einen elitären Klüngel in und um die Museen, der festlegt, was politisch korrekt ist. Und erst, wenn dieser erlauchte Kreis zum Schluss gekommen ist, dass man dem dummen Publikum etwas vorsetzen darf, ohne es auf falsche Gedanken zu bringen, wird die Ausstellung gemacht. Das heißt: Wir werden nicht als

Erwachsene behandelt, sondern wie Kinder, für die andere denken und entscheiden müssen.

**Ein Phänomen, das aber nicht nur in der Kunst und im Museum zu beobachten ist.**

Sogar der *Tatort* ist zu einer volkspädagogischen Erziehungsanstalt geworden, wo immer ganz klar ist, welche Art von Menschen zu Verbrechen fähig sind und welche ganz sicher nie. Das ist unerträglich und aus krimitechnischen Gründen erschütternd langweilig. Ich frage mich schon, warum sich das Erwachsene nicht nur gefallen lassen, sondern diese Form der Teilentmündigung mitunter sogar einfordern. Ich verstehe ja, dass jeder im Leben gefeit sein will vor Überraschungen. Aber deshalb, sagt Nietzsche, haben wir die Kunst ja erfunden: Weil wir uns dort Dinge erlauben können, die wir im wirklichen Leben nicht ertragen würden. Und jetzt nimmt man uns das auch: Die Kunst muss die erwartbare Fortsetzung des überraschungslosen Lebens sein. Ich würde da gar nicht moralisch oder politisch argumentieren. Das Schlimmste, was man über Kunst sagen kann, ist, dass sie langweilig ist. Diese ästhetische Wokeness produziert langweilige Kunst. Und damit hat die Geschichte das Urteil über diese Kunst auch schon gefällt.

**Wie ist unter diesen Aspekten die aktuelle Politik, genauer gesagt: das Politikverständnis, zu beurteilen?**

Interessant ist, dass wir einen Begriff von Politik haben, der möglichst politikbefreit sein soll. Das interimistische Beamtenkabinett war so beliebt, weil viele offenbar glauben, in einer Demokratie habe eine Regierung nichts anderes zu tun als zu verwalten. Sobald eine Regierung regiert, wird darüber debattiert, ob sie nicht einen autoritären Kurs einschlägt. Das ist einigermaßen absurd, wir haben bei jeder Wahl die Möglichkeit der Korrektur. Einer der Nebeneffekte der Coronakrise ist, dass sie gezeigt hat, dass Regierungen tatsächlich regieren müssen, also Entscheidungen treffen müssen – auch im Wissen, dass sie falsch sein können. Bei vielen Eingaben und Beschwerden beim Verfassungsgerichtshof geht es wohl nicht nur um die Besorgnis um die Grundrechte, sondern auch darum, jede Lücke im Gesetz und jeden Interpretationsspielraum für die eigenen Zwecke auszunützen. Da ist der Blick für das rechte Maß womöglich verloren gegangen. Mich beschleicht ein gewisses Unbehagen, wenn keine sinnvollen Maßnahmen mehr getroffen werden können, weil der Gesundheitsminister Angst haben muss, dass alles, was er verordnet, von Juristen wieder ausgehebelt wird. Natürlich muss die Politik dem Recht folgen. Aber wenn das Recht Politik verunmöglicht, dann ist auch etwas schief in dieser für unsere Verfassung so wichtigen Balance zwischen den geteilten Gewalten.



**Alle Lust will Ewigkeit.**

Für sein neues Buch *Alle Lust will Ewigkeit*, das Mitte April bei Zsolnay erscheint, überprüft Konrad Paul Liessmann zwölf Fragen aus Friedrichs Nietzsches *Zarathustra* auf ihre immerwährende Gültigkeit. Nietzsche – und mit ihm Liessmann – be gibt sich innerhalb von zwölf mitternächtlichen Glockenschlägen an die Rand- und Todeszonen menschlicher Abgründe, dort also, wo Schmerz und Lust angesiedelt sind, wo der Tod auf das Leben lauert. Liessmann zeigt auf

ebenso überraschende wie provozierende Weise auf, dass dieser geheimnisvolle Nietzsche-Text immer noch eine zentrale Bedeutung für unser politisches und kulturelles Selbstverständnis hat.

Konrad Paul Liessmann  
*Alle Lust will Ewigkeit*  
*Mitternächtliche Versuchungen*  
 Zsolnay, Wien 2021  
 256 S., EUR 26,-

# Wem die Zwietracht nützt

© WIKI COMMONS



Klassenbewusstsein anno dazumal: Schwanentorbrücke, Duisburg. Links im Hintergrund der ehemalige RWSG-Speicher. Gehen die Linken an sich selbst zugrunde?

## Die Coronakrise wäre eine Chance für die Linken. Doch die verzetteln sich in Identitätsdebatten.

VON BERND STEGEMANN

Der Investmentbanker Warren Buffett hat einst die Lage linker Politik auf den Punkt gebracht: „Es herrscht Klassenkampf, und meine Klasse, die der Superreichen, gewinnt.“ Diese Aussage ist so unverschämt wie wahr. Für linke Politik stellt sich darum die Frage, wieso ein Banker vom Klassenkampf spricht und wieso er berechtigt annimmt, dass seine Klasse ihn gerade gewinnt, während auf linker Seite sowohl das Wort Klassenkampf uncool ist als auch ans Gewinnen schon lange niemand mehr glaubt.

An dieser Stelle wären also die linken Parteien gefragt. So wie sie im alten Kapitalismus mithalfen, ein Klassenbewusstsein zu erzeugen, um die rivalisierenden Interessen der Ausgebeuteten zu bündeln, müssten sie im neuen Kapitalismus auf der Höhe der Konflikte und ihrer Komplexität agieren. Und damit ist man im Zentrum der Krise linker Politik angelangt. Warren Buffett kann seinen Sieg so selbstsicher herausposaunen, weil seine Klasse die älteste aller Kriegsli-

sten angewendet hat: „Säe Zwietracht unter deine Feinde.“

Die gemeinsame Macht der Linken ist zerbrochen, und der Zankapfel trägt einen sperrigen Namen: „Identitätspolitik“. Gemeint ist damit eine Politik, die aus der ersten Person Singular oder Plural entsteht. „Ich als ...“ oder „Wir als ...“ wird zum Ausgangspunkt des Handelns. Die Stärkung der partikularen Interessen ist Kernaufgabe linker Politik, doch zugleich führen die Sonderinteressen zu immer neuen Frontstellungen innerhalb der linken Klasse. Und als wäre das nicht schlimm genug, hilft die Zersplitterung vor allem der Kapitaleseite, da sie die Bruchlinien strategisch für ihre Interessen nutzt. Globaler Kapitalismus bedeutet: Amazon, Google und Co. sind gegen Diskriminierung, bekämpfen aber Gewerkschaften und vermeiden Steuerzahlungen.

Der linke Ausweg aus diesem Patt besteht bisher darin, alle Interessen als gleichberechtigt anzuerkennen. Was abstrakt sinnvoll klingt, erweist sich

als politische Sackgasse. Denn erstens sind nicht alle Interessen gleichzeitig durchzusetzen, und zweitens werden sie von der Öffentlichkeit unterschiedlich unterstützt.

### Gewerkschaften sind uncool

Nachdem im Bundestag das Gesetz zur „Ehe für alle“ beschlossen worden war, knallten die Sektorkorken bei Abgeordneten und Journalisten. Kein Kampf für die Erhöhung der Renten oder Hartz-IV-Bezüge hat vergleichbare emotionale Reaktionen hervorgerufen. Es gibt offensichtlich die coolen und die uncoolen Interessen. Gewerkschaftsarbeit führt die uncoole Liste an; alles, was mit sexueller oder migrantischer Identität zu tun hat, findet vielfältige Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Hier kommt wieder die Klasse von Buffett ins Spiel: Warum wird über manche Identitätsforderungen empathisch berichtet, und warum werden andere Forderungen als graue Mühen abgetan? Die linke, weil materialistische Antwort lautet: Die Befriedigung anerkennungspolitischer Interessen kostet nicht nur kein Geld, sondern poliert auch das Image des Kapitalismus auf.

Einst wollte linke Politik die Lasten und Pflichten in der Gesellschaft solidarisch verteilen, heute wird jeder Einzelne danach beurteilt, ob er der herrschenden Moral genügt. Dass die herrschende Moral die Moral der Herrschenden ist, ist dabei links der Mitte vergessen worden. Klimawandel ist kein Thema nur für wohlhabende Grünen-Wähler. Doch wenn der Klimawandel vor allem dafür herhalten muss, die Preise zu erhöhen und den Lebenswandel der ländlichen Bevölkerung als rückständig zu diffamieren, wird das Thema dazu gemacht.

Chancengleichheit ist kein Thema allein für akademische Debatten, doch

wenn sie vor allem in sprachlichen Regulierungen erfolgt, die im Seminar erfunden wurden, wird sie dazu gemacht. Linke Politik ist der Kampf gegen die Interessen des Kapitals. Doch wenn die Mittel, mit denen er geführt wird, dem Kapital nutzen, so breitet sich Frust aus. Dass dieser sich nicht immer auf der Höhe der Sprachsensibilität formuliert, vertieft die Gräben zwischen den Menschen, deren Herz links schlägt, und den linken Parteien, die diese Menschen als unanständiges Volk zurückweisen.

Das tonangebende Milieu, das sich selbst für links hält, ist heute weiter von einem Klassenbewusstsein entfernt, als es die Industriearbeiter des 19. Jahrhunderts je waren. Heute herrscht Verwirrung über die Werte einer gerechten Gesellschaft. So übte emanzipatorische Politik schon immer Religionskritik. Heute gilt alles, was mit dem Islam zu tun hat, für nicht wenige Linke als Tabu. Früher waren Kunst- und Meinungsfreiheit erklärte Ziele einer progressiven Politik. Heute wünschen sich viele Linke eine Einschränkung der Freiheiten, wenn dort Meinungen kundgetan werden, die sie ablehnen. Das erfolgreichste Motto der SPD war „Mehr Demokratie wagen“, heute haben vor allem die linken Parteien Angst vor dem Wähler. Vielen Linken scheint es nicht mehr um die Befreiung der Menschen aus bedrückenden Verhältnissen zu gehen, sondern um die Erziehung ihrer Mitbürger.

### Keine politische Ansprache

Sie ziehen ständig neue rote Linien des Sagbaren und alarmieren über jede Grenzverletzung mit Geschrei. Ihre Erregungswellen sorgen dafür, dass sich die unteren Klassen ständig streiten, anstatt ihre gemeinsamen Interessen zu vertreten. Die „woken“ Linken sind die Kettenhunde des Kapitals, denn

sie halten sein Image sauber, indem sie schmutzige Worte anprangern und diese Reinheit als zivilisatorischen Gewinn verkaufen. Die Ausbeutung der Welt steigert sich, aber wir versehen die Ausgebeuteten heute mit einem Gendersternchen.

Die bittere Bestandsaufnahme lautet: Das Klassenbewusstsein der Reichen hat eine Strategie erdacht, um die Linken an sich selbst zugrunde gehen zu lassen. Aber ich bin noch immer überzeugt, dass die Mehrheit der Europäer ein Volk von heimatlosen Sozialdemokraten ist. Es fehlt ihnen nicht an Gerechtigkeitssinn oder Solidarität, aber es fehlt an einer politischen Ansprache, die ihren Wunsch nach fairem Miteinander in reale Politik ummünzt. Die Bevölkerung ist viel sozialer gesinnt, als es die schwindende Zustimmung für die verbliebenen beiden linken Parteien SPD und Linke vermuten lässt.

Dieser Artikel erschien in der Berliner Wochenzeitung „Der Freitag“ (45/2020). Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors.



Bernd Stegemann  
**Die Öffentlichkeit  
und ihre Feinde**  
Klett-Cotta,  
Stuttgart 2021  
384 S., EUR 22,70,-

Die Ausbeutung der Welt steigert sich, aber wir versehen die Ausgebeuteten heute mit einem Gendersternchen.

## Familie Boris (David) Kandow

wünscht allen Glaubensgenossen,  
Verwandten und Freunden  
ein schönes Pessach-Fest

חג שמח

## Prof. (FH) Mag. Julius Dem, MBA

Allg. beeideter und gerichtlich  
zertifizierter Dolmetscher  
für Hebräisch  
wünscht allen Verwandten,  
Freunden und Kunden  
ein fröhliches Pessach-Fest

חג שמח



## Boris Kandow

Honorarkonsul der Republik Usbekistan in Österreich

1010 Wien, Stephansplatz, Goldschmiedgasse 2/2  
+43 1 535 55 92 0, honorarkonsulat.wien@usbekistan.at

wünscht allen Glaubensgenossen,  
Verwandten und Freunden  
ein schönes Pessach-Fest

חג שמח



Familien Richard und Martin  
LANCZMANN sowie Firma E.T.C.

wünschen allen Freunden,  
Verwandten und Bekannten ein  
fröhliches Pessach-Fest

Lansky, Ganzger + Partner  
Rechtsanwälte GmbH

wünscht allen Klienten, Freunden  
und Bekannten ein frohes  
Pessach Fest!  
Chag Pesach Sameach!

Die MitarbeiterInnen des  
**JÜDISCHEN MUSEUM WIEN**  
wünschen allen Freunden  
und Bekannten ein schönes  
Pessach-Fest

חג שמח

## Dr.<sup>in</sup> Pamela Rendi-Wagner

und der gesamte SPÖ-Parlamentsklub  
wünscht allen Jüdinnen und Juden ein  
schönes Pessach-Fest

חג שמח

חג שמח

Ein schönes Pessachfest  
wünscht allen Patienten und Freunden

**Mag. Dr. med. univ. Alexander Tuschel**  
Oberarzt am Wirbelsäulenzentrum Wien-Speising

[www.tuschel.at](http://www.tuschel.at)

Die Israelitische  
Kultusgemeinde wünscht  
allen Gemeindemitgliedern  
und Freunden ein  
fröhliches Pessach Fest!

חג שמח

ISRAELITISCHE KULTUSGEMEINDE WIEN



**Ambulatorium Helia Betriebs-GmbH**  
**Dr. Hava Bugajer-Gleitman**

wünscht allen PatientInnen und FreundInnen ein schönes Pessach-Fest

**חג שמח**

Allen Geschäftspartnern und Freunden ein schönes Pessach-Fest!



**Mag. Elena Rosberg**  
 Elena.Rosberg@engelvoelkers.com  
 Tel.: +43 660/343 55 52  
 www.engelvoelkers.com/wien

ENGEL & VÖLKERS



**Ich wünsche Ihnen allen ein schönes Pessach-Fest!**

**Alexander Nikolai**  
 Bezirksvorsteher der Leopoldstadt

2., Karmelitergasse 9  
 post@bv02.wien.gv.at  
 Tel.: 01 4000 02111

bezahlte Anzeige

Zu den Feiertagen die besten Wünsche allen Verwandten und Freunden im In- und Ausland

**חג שמח**

**Pierre Lopper und Familie**  
 Wagramerstraße 23/1/B1.3, 1220 Wien  
 Tel. 01/ 367 93 00  
 E-Mail: plopper@chello.at

**Die NU-Redaktion** wünscht allen Leserinnen und Lesern ein glückliches und schönes Pessach-Fest!

**חג שמח**

Pessach sameach wünschen

**Marika Lichter und Paul Lichter**

Agentur GlanzLichter  
 Trattnerhof 2, 1010 Wien



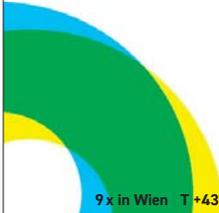
**Familien Dani und Ricky STEIN**

wünscht allen Verwandten und Freunden ein schönes Pessach-Fest

**חג שמח**

LABORS.AT 

Partner | **Prim. em. Dr. Peter M. Winter** wünscht ein schönes Pessachfest



9x in Wien T +43 1 260 53-0 | www.labors.at

**Alira - Koschere Weine Familie Hauptmann**

**ALIRA TRIBES**

wünscht allen Konsumenten und Weinliebhabern ein fröhliches Pessach-Fest

**Judith, Mia-Jael, Valentin Weber-Wille Susanne u. Frank Michael Weber-Lazar**

wünschen allen Verwandten und Freunden ein schönes Pessach-Fest

**חג שמח**

bmeia.gv.at

**Fröhliches Pessach!**

Pessach sameach!



**Bundesministerium**  
 Europäische und internationale Angelegenheiten

Wir wünschen allen Mitgliedern jüdischer Gemeinden in Österreich und allen Jüdinnen und Juden in der Welt ein frohes Pessach-Fest. **Pessach sameach!**

© VEREINIGTE EINSCHÜTTUNG

# Für mehr Achtsamkeit

**Die überhitzte Debatte über Wokeness und Cancel Culture erlaubt kaum noch einen neutralen Blick auf viele der ihr zugrunde liegenden Ursachen. Und sie wird dann gefährlich, wenn über sogenannte Sonderrechte für Minderheiten geklagt wird.**

VON MICHAEL PEKLER

„Wovon man nicht sprechen kann, darüber muss man schweigen.“ Früher diskutierte man in philosophischen Runden darüber, wovon man eigentlich sprechen könne – und mit Wittgenstein war dann, ganz im Sinne des Genies, der Schlusspunkt der Debatte erreicht. Dabei ging es natürlich um die Wichtigkeit – und also Bedeutung – der Sprache für das Dasein des Menschen. Klingt komplizierter, als es ist: Im Prinzip könnte man sich, salopp formuliert, das ganze metaphysische Gequatsche auch sparen, weil – wie schon der eigenwilligste Grundschullehrer Österreichs wusste – es einfach galt, „nichts zu sagen, als was sich sagen lässt.“

Die aktuelle Debatte über sogenannte Cancel Culture könnte so beschrieben werden: Was man nicht mehr sagen darf, darüber muss man reden. Sprechen können ist nämlich keine Kunst, schließlich hat jeder eine Meinung. Zu allem und vor allem in sozialen Netzwerken. Sag mir deine Meinung, und ich bestimme dir deine Identität beziehungsweise – wenn schon nicht, wer du bist – zumindest wo du hingehörst. Jedenfalls nicht zu mir.

Doch es ist eine Diskussion, die sich immer weiter von ihrer eigentlichen Ursache entfernt. Das merkt man daran, dass sich ein „Beispiel“ an das nächste reiht, ohne dass die entsprechenden Hintergründe beleuchtet werden. Wobei es vor allem den Kritikern der Cancel Culture offensichtlich

ein Anliegen ist, die Begriffe willentlich zu vermischen. Auch mit dem inflationären Einsatz der Zuschreibungen Wokeness und Political Correctness hat man der Debatte bislang keinen guten Dienst erwiesen. Denn ähnlich wie mit den Zuschreibungen Populismus und Neoliberalismus wird auch hier allzu oft bewusst ideologisches Kleingeld gewechselt.

Für Ausgewogenheit und Abwägung ist kein Platz, ein Für und Wider ist selten gefragt. Hier die prinzipielle Ablehnung von allem, dem scheinbar der Geruch von vorauseilender Selbstzensur oder gar indirekter Zensur anhaftet; auf der anderen Seite oft ein wenig ausgeprägtes Verständnis dafür, dass sich Menschen schnell gemaßregelt sehen, wenn sich soziale Verhaltensweisen und Perspektiven ändern und zu ungeschriebenen Vorschriften werden, die eben nicht im Gesetzbuch stehen. Wobei schon gesagt werden muss: Von Begriffen wie Zensur und Diktatur (aktuell: „Corona-Diktatur“) für einen geänderten Sprachduktus und für neue soziale Verhaltensregeln sollte jeder Abstand nehmen, der derartigen Herrschaftsformen und -instrumentarien noch nicht unterworfen war.

## Was man noch sagen darf

Gemeinsam ist Gegnern und Befürwortern – aber wovon eigentlich konkret? – allenfalls eine selten zu beobachtende Emotionalisierung. In den sozialen Medien wird befeuert, im internationalen Feuilleton wiederum liest man, wie Gastautoren die Debatte stimmungstechnisch aufheizen, Gegenkommentare verfasst werden, Anlässe als Präzedenzfälle betrachtet und dazwischen kleine nationale Strohfeuer abgefackelt werden – und seien es solche rund um eine österreichische Kabarettistin, die sich mit antisemitischen Witzen hervortut. Und damit eine deutliche Steigerung der Verkaufszahlen ihres aktuellen Buchs vorweisen kann. Unter dem Strich steht dann meist die Frage, ob man denn eigentlich etwas Bestimmtes noch sagen oder tun darf, worauf

die einen mit ja antworten („Das wird man wohl noch sagen dürfen“ oder „Das hab ich schon immer gesagt, aber nie so gemeint“) und die anderen mit nein („Du weißt aber schon, dass sich das nicht mehr gehört“). In Wahrheit ist es so, dass man, so man sich in einer liberalen Demokratie bewegt, nach wie vor alles sagen kann, was keine strafrechtlichen Konsequenzen nach sich zieht. Man muss nur gegebenenfalls mit Widerspruch rechnen. Tatsächlich jedoch ist die ganze Aufregung – und das ist nicht ganz unwichtig – den an der Debatte Unbeteiligten, also den meisten anderen Leuten, egal. Das ist gesellschaftspolitisch prekär, weil als Anstifter der Diskussion eine sogenannte liberale Elite ausgemacht wird, mit der man nichts zu tun habe. Doch dazu später.

Das größte Problem der Wokeness- und Political-Correctness-Kritik, die dann meist flott in den Vorwurf des Canceling mündet, besteht darin, dass von ihren Vertretern zunächst geglaubt wird, was in die eigene Erwartungshaltung passt. Das ist weder neu noch spezifisch. Konkret auffällig ist jedenfalls, dass vor allem europäische Kritiker mit Blick auf die USA, wo man die Wurzel des Übels zu erkennen glaubt, gerne die Dinge nach der eigenen Außenperspektive beurteilen. Etwa wenn das Klischee vom politisch korrekten US-Campus so lange strapaziert wird, bis es sich in der allgemeinen Vorstellung festgesetzt hat – ohne zu berücksichtigen, dass dieses Vorurteil faktisch nicht bestätigt werden kann. Dennoch diskutiert man lieber darüber, dass angeblich an einer Eliteuni ein Professor nicht mehr allein mit einer Studentin denselben Lift benützen darf, selbst wenn von tausenden vergleichbaren Institutionen keinerlei derartige Beobachtungen gemacht werden können. Nicht so schlimm, könnte man nun behaupten, doch gefährlich wird es, wenn man Betroffene (hier: Frauen) mit dem Argument in Misskredit bringt, es ginge nur um private Begehrlichkeiten. Genau das ist aber jene zentrale Perspektive, die in der Diskussion längst unterge-



Dauerbeleidigte Minderheit? Protestversammlung von Black Lives Matter am 14. August 2014 in Ferguson.

gangen ist – so sie überhaupt je eine Rolle gespielt hat. Denn tatsächlich geht es fast immer um etwas anderes: um sogenannte Identitätspolitik.

### Gründe und Grundrechte

Nicht zufällig sprechen Kritiker der sich angeblich epidemisch verbreitenden Cancel Culture deshalb oft von zunehmend bizarren Sonderrechten und skurrilen Privilegien, die im Zuge von Wokeness eingefordert werden würden. Die Nutznießer wären jene „dauerbeleidigten Minderheiten“ – zu denen bizarrerweise oft Frauen gerechnet werden –, die der Mehrheit ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen aufoktroierten und sich als Opfer darstellten, obwohl ausgerechnet sie mit ihrer Intoleranz gegenüber der Mehrheit längst zu Tätern geworden seien.

Dass die Kritik an diesen Bewegungen, die – wenig erstaunlich – hauptsächlich aus dem konservativen Lager kommt, sich vornehmlich auf „Auswüchse“ konzentriert – hier eine Absage einer Kulturveranstaltung, da eine Ausladung von einer Lesung, dort eine fragwürdige Hollywood-Beset-

zung –, ist dem Umstand geschuldet, dass man eben lieber auf medienwirksame Einzelfälle blickt, über die man sich sehr praktisch aufregen kann. Das nennt man Durchlauferhitzer. Doch das hat Folgen. Denn es sollte nicht bewusst missachtet werden, worum es bei Wokeness eigentlich geht: nicht um die Gurtspflicht beim Autofahren oder rauchfreie Lokale – dagegen kann man ja mehrheitlich, sieht man sich in seiner persönlichen Freiheit von einer Minderheit eingeschränkt, ein Volksbegehren einbringen. Sondern ganz pragmatisch zunächst einmal um das Einfordern von Grundrechten.

Betrachtet man etwa die beiden wesentlichen, von den USA ausgehenden gesellschaftspolitischen Bewegungen der jüngsten Zeit, die mit der Debatte unmittelbar in Zusammenhang stehen, nämlich Black Lives Matter und MeToo, geht es hier jedoch keineswegs um irgendwelche absurden identitätspolitischen Begehrlichkeiten, sondern zuvorderst um das legitime Einfordern und die Aufrechterhaltung eben dieser Grundrechte. In der Diskussion rund um Identitätspolitik bleibt das jedoch fast immer ausgespart. Dass

man nicht von der Polizei erschossen oder erstickt werden darf, weil man als Schwarzer zufällig am falschen Ort ist; dass man als Frau nicht von Männern belästigt oder gar vergewaltigt werden darf, wird dabei selbstverständlich nicht in Abrede gestellt, aber in den Hintergrund gerückt – so lange und wissentlich, bis „Wokeismus“ mittlerweile aufgrund einer ihm zugeschriebenen „ideologischen Reinheit“ vereinzelt gar mit Islamismus verglichen wird.

### Das antiliberaler Spiel

„Wir müssen uns vor einer Gesellschaft furchtsamer Menschen fürchten“, so der politische Theoretiker Jan-Werner Müller, Autor des Buchs *Furcht und Freiheit* (siehe S. 46). „Wenn Mehrheiten vermittelt wird, dass sie eigentlich so etwas wie gefährdete Minderheiten seien, dass sie sich zur Wehr setzen müssen gegen die Minderheiten, die wirklich verwundbar sind, dann kommt die Grausamkeit ins Spiel.“ Soll heißen: Wer ständig gesagt bekommt, dass er mittlerweile eine gefährdete Minderheit sei – als Weißer in den USA, als nationalbe-wusster



Diversität als Marketing? Sklavenhandel und Kolonialismus sind in der erfolgreichen Netflix-Serie „Bridgerton“ eher kein Thema, auch nicht für die schwarze Queen Charlotte (Golda Rosheuvel).

Österreicher in Europa, als Wiener in Favoriten – wird Unterdrückung, Diskriminierung und Grausamkeit gegenüber tatsächlich Schwachen eher tolerieren. Wenn diejenigen, die hier für entsprechende Wachsamkeit plädieren, überdies als Vertreter einer liberalen Elite gebrandmarkt werden – man erinnere sich an die beiden vergangenen US-Wahlkämpfe mit entsprechenden Aussagen Donald Trumps und jene zahlreicher europäischer Rechtspopulisten –, der nicht am Wohl des „wahren Volkes“ gelegen sei, das eigentlich die Mehrheit bildet, aber diesem vorschreibe, was es zu sagen habe oder nicht mehr sagen dürfe, dann spielt man bewusst die antiliberale Karte.

### Keine Besserwisserei

Wenn etwa die Plattform *cancelculture.de* ein Register gecancelter Personen und Institutionen erstellt, das von ACU-Austria (Außerparlamentarischer Corona Untersuchungsausschuss Austria) über das rechtsextreme, antisemitische Videospiel *Heimat Defender* bis zum offen rassistischen und homophoben Sänger Xavier Naidoo reicht, ergibt sich folgende Frage: Geht es hier tatsächlich noch um „Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt“, wie die Betreiber behaupten? „Jeder, der frei und vollständig sagt, was er denkt, leistet dem Ganzen einen Dienst. Wir sollten ihm dafür danken, dass er

schonungslos unsere liebsten Meinungen angreift“, zitiert die Plattform als Motto ausgerechnet John Stuart Mill. Das spiegelt ein grundlegendes Problem der Debatte wider: die unterschiedliche Auffassung dessen, was „das Ganze“ eigentlich sein soll bzw. die Vereinnahmung des „Ganzen“, zu dem manche nicht dazugehören (sollen). Mill („experiments in living“), Utilitarist und Ökonom, hatte als liberaler Vordenker des 19. Jahrhunderts keine Scheu vor Nationalismus und Kolonialismus. Das „Ganze“, dem man dieser Interpretation zufolge einen Dienst leiste, indem rücksichtslos alles gesagt und getan werden kann, meinte Mill mit Sicherheit aber nicht.

Rassistische Ausdrücke zu kommentieren (oder Literatur, Bücher und Denkmäler zu „kontextualisieren“) ist also keine Besserwisserei der Spätgeborenen, sondern demokratiepolitischer Fortschritt. Sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen bedeutet weder sie umzuschreiben noch sie ins museale Eck des Vergessens zu räumen. Dass man etwa auf einer Kinoleinwand kein Blackfacing mehr ertragen muss, bei dem sich Weiße schwarze Schuhcreme ins Gesicht schmieren, und weiße Hollywoodstars nicht mehr mit Federschmuck um ein Lagerfeuer tanzen, hat nichts mit politischer Korrektheit oder Cancel Culture zu tun, sondern mit der Überwindung von Rassismus, Menschenver-

achtung und Diskriminierung – und sollte als Schritt in die richtige Richtung gesehen werden.

### Positiver Rassismus

Natürlich kann man international agierenden Konzernen, vorwiegend mit US-amerikanischem Firmensitz, vorwerfen, mit vorgetäuschter Wokeness in Wahrheit nur die Marketingkarte zu spielen. (Der Streaminganbieter Netflix hat etwa kulturelle Diversität in seiner Programmgestaltung perfektioniert und kann sich gar den Vorwurf eines „positiven Rassismus“ gefallen lassen).

Es kann einem auch widerstreben, dass altehrwürdige Institutionen wie die für die Oscarverleihung zuständige Academy oder das Nobelkomitee der Schwedischen Akademie sich dem identitätspolitischen Druck „gebeugt“ haben und eine Änderung von Besetzung und Statuten zugelassen haben. Doch auch hier gilt: Benachteiligt waren bislang einzig jene, die keine Stimme hatten und diskriminiert wurden – und nicht jene, die nun meinen, ihre Stimme zu verlieren, weil sie ihnen genommen oder gar verboten werden würde.

# Unter dem Damoklesschwert

**Was geschieht, wenn man einen strukturell rassistischen Klassiker erklärend kommentiert? Warum soll Wokeness ein neues Lebensgefühl vermitteln? Und welche Probleme ergeben sich durch eine als Kategorie verstandene Identität? Drei Anmerkungen zum Thema.**



Braves schwarzes Hauspersonal: Nach der Ankündigung von HBO, den Südstaatenklassiker „Gone With the Wind“ mit Kommentar zu versehen, schnellten die DVD-Verkaufszahlen in die Höhe.

## Vorsicht, Glatteis!

VON MICHAEL J. REINPRECHT

Vom Winde verweht: Vor einem halben Jahr hat der zur Warner-Gruppe gehörige Streamingdienst HBO Max das oscargekrönte Südstaatenepos *Gone with the Wind* aus dem Programm gestrichen. Und auch vieles, was einst geschrieben und aus eigener Kindheit erinnert, wird vom Wind der Zeit zum Südseekönig ins Taka-Tukaland verweht.

Ist die Freiheit der Kunst und der Rede selbst Opfer geworden im Kampf gegen Rassismus – ein Kampf, der

heute wichtiger ist denn je, weil die menschenverachtende Ablehnung des Anderen und Antisemitismus eine Renaissance erleben? Hierzulande wurde die Freiheit der Kunst bereits 1867 im Staatsgrundgesetz fest verankert und die Freiheit der Meinungsäußerung ist unverrückbarer Bestandteil des westlichen Wertekanons. Sie steht allerdings im Gegensatz zum Diskriminierungsverbot. Doch wer entscheidet, wer bestimmt, was gesagt werden darf? Wer ist hier die Autorität? Es scheint, diese ist diffus in der Gesellschaft verankert. Steht das nicht im Widerspruch zur Rechtsgemeinschaft, die wir als liberal-demokratischer Rechtsstaat

sind? Wie aus einer Kehle hatte im Jänner 2015 Frankreich „Je suis Charlie“ gerufen, und vor der französischen Botschaft am Wiener Schwarzenbergplatz brannten hunderte Kerzen vor entsprechenden Plakaten. Doch heute sieht sich das französische Selbstverständnis der *laïcité* und der Freiheit des Ausdrucks in der Defensive. „Von den amerikanischen Ideen droht Gefahr“ titelte die *New York Times* dazu Mitte Februar und zitierte Präsident Emmanuel Macron, der „das intellektuelle und kulturelle Erbe Frankreichs durch einige US-sozialwissenschaftliche Theorien bedroht“ sieht. Und diese heißen: Wokeness und Cancel Culture.

„Redeverbote an der Universität sind ein Anschlag gegen den Hort des ewigen Gedankenstreits. Aus Intoleranz kann am Ende sogar Unterdrückung werden“, schrieb *Zeit*-Mitherausgeber Josef Joffe im Herbst 2019. Schulen, aber vor allem Universitäten müssen Raum für Streit und Debatte bieten. Der Zweifel an Gesagtem ist Bedingung für Diskussion. Deshalb sind Ausladungen von Vorträgen und Diskussionen, aber auch die Zerstörung von Denkmälern mit der Gedankenfreiheit, einem Grundpfeiler unserer Kultur, unvereinbar.

Cancel Culture schwebt wie ein Damoklesschwert über der zarten Pflanze Freiheit. Die Gefahr ist, dass nicht mehr das Argument des oder der Einzelnen zählt, sondern die Einordnung zur Gruppe, der man zugeschlagen wird. Hat man dann als weißer, heterosexueller Mann jedes Recht verloren, sich glaubwürdig am Kampf gegen Rassismus und gegen Antisemitismus zu beteiligen? Wokeness und Cancel Culture sind kein guter Dienst an der Freiheit des Wortes, an der Freiheit der Kunst.

### Lachskandal von heute, heilsame Lehre von morgen

VON GABRIELE FLOSSMANN

Ausländische Zeitungen zum Frühstück können gefährlich sein. Wer sich dieser Bedrohung aussetzt, dem fällt womöglich ein Interview unter die von FFP2 noch ungeschützte Nase, in dem sich John Cleese über Cancel Culture, Wokeness und Political Correctness beschwert. Die mit diesen Begriffen bezeichneten „neuen Moden des zwischenmenschlichen Umgangs“, so meint der britische Komiker, wären der Langeweile-Tod jedweden Humors.

Hätten diese „Moden“ schon in den 1970ern die öffentliche Meinung beherrscht, wären die Monty Pythons nie zu einem Kult, nie zur Legende geworden. Ein Leben ohne Monty Pythons? Ohne *Life of Brian*? Für Menschen wie mich, die an trüben Tagen aus dem dahingesummten Ohrwurm *Always Look on the Bright Side of Life* den Mut für einen neuen Alltag beziehen, ein erschreckender Gedanke.

Und ein Anlass zur Selbstanalyse. Wer in der Früh seinen ersten Kaffee durch eine Aluminiumkapsel presst, wird vielleicht wach – aber sicher nicht woke. Wer ein E-Auto fährt, schon eher. Man braucht ja nicht zu wissen, ob der Strom, den man lädt, aus einem Atomkraftwerk der Nachbarländer zugekauft wird. Und auch nicht, wie und wo die voluminöse Batterie des E-Mobils erzeugt und schon gar nicht wie und wo sie entsorgt wird. Hauptsache, man ist wach, richtet über andere und fühlt sich gut dabei. Dieses neue (?) Lebensgefühl sollen offenbar neue Begrifflichkeiten wie Wokeness und/oder Cancel Culture vermitteln. Nach dem Motto: Moralisch zu leben war gestern. Heute gilt es, moralisch zu reden – was so viel heißt wie: sich politisch korrekt auszudrücken.

Die aus den USA importierten Ausdrücke beschreiben das vermeintlich neue Phänomen, dass prominente Personen oder deren persönliche Äußerungen im Internet von einer weiteren Person oder Gruppe „gecancelt“, also im übertragenen Sinne „entfernt“ werden. Und dass andere möglichst „wach“ darauf achten, dass dieses „Canceling“ mit einer bisweilen ziemlich brutalen Konsequenz passiert. Die Heftigkeit der Reaktionen auf ungeliebte Äußerungen des jeweils anderen politischen Lagers steigt schon seit Längerem deutlich an. Nicht nur in den USA. Sind Meinungs- und Kunstfreiheit der demokratischen Welt bedroht? Gibt es Sprechverbote?

In der Diskussion stehen sich zwei Lager unversöhnlich gegenüber. Weltuntergangspropheten befeuern Kulturpessimisten und umgekehrt. Beide Seiten begreifen Kritik als Angriff auf ihre Identität. Kreuz- und/oder Querdenker reißen Proteste – egal wofür oder wogegen – an sich, anstatt in eine inhaltliche Diskussion einzusteigen und sich mit beiden Seiten der Debatte auseinanderzusetzen. Richtig ist: In den letzten Monaten und Jahren werden viele überfällige Debatten in einer größeren Öffentlichkeit verhandelt. Nur dass sie ihren Ursprung auf einer neuen Plattform, nämlich den sozialen Medien, haben – und damit auch eine viel größere, internationale Reichweite. Mit politischen Modewörtern und neuen Plattformen wird jedenfalls versucht, etwas zu einem aktuel-

len Phänomen hochzustilisieren, was in Wahrheit gar nicht neu ist. Ist die tolerante Haltung Andersdenkenden gegenüber also ein frommer Wunsch? Ein untrügliches Zeichen dafür ist, dass den Menschen mehr und mehr das Lachen vergeht. Nicht nur wegen der Corona-Pandemie.

Es entsteht eine Art von Anti-Komik, wie in der Gesellschaft insgesamt geht auch in der Humorproduktion die Schere immer weiter auseinander – um dann umso unvermittelter zuzuschneiden. Eine Lachkultur, die alle Gesellschaftsschichten vereint, scheint es nicht mehr zu geben. Das ist nicht nur bedauerlich, sondern kann auch gefährlich werden. Denn wer nicht mit mir lachen kann, gerät in den Verdacht, mich auszulachen. Und bei der Schadenfreude liegt die Betonung immer auf dem Schaden – für alle Beteiligten.

Alle Theorien und praktischen Anwendungen des Komischen gehen von einer bestimmten Funktion des menschlichen Zwerchfells aus. Es geht um „Entladung von Spannungen“, um konstruktive Kritik, um lustvolle Verzweiflung, um erlaubte Tabuverletzungen, um Triebsublimierung und dergleichen. Der Lachskandal von heute könnte die heilsame Lehre von morgen sein. Weshalb man sich den bürgerlichen wie den zivilisatorischen Fortschritt kaum ohne Humor, ohne das Lachen vorstellen kann. Im Zuge von Globalisierung, weltanschaulichen Kulturkämpfen und gewinnorientierten Marketingstrategien erleben Begriffe wie Macht, Würde, Ehre, Respekt derzeit zwar eine Renaissance, aber vor allem eine verbale.

Ob man nun eine historisch umstrittene Statue gleich umwerfen sollte oder besser eine Plakette anbringt, die den Hintergrund dazu kritisch einordnet, oder ob man veraltete, heute als rassistisch oder sexistisch geltende Begriffe aus Romanen und Kinderbüchern eliminieren oder besser mit erklärenden Fußnoten versehen soll, das sind Fragen, die nicht nur die Kulturszene noch lange begleiten werden. Wer nicht „woke“ darauf achtet, ob das, was er sagt, politisch korrekt ist, fällt bis auf Weiteres einem „Canceling“ zum Opfer. Ob damit auf Dauer „Culture“, also Kultur zu machen ist, braucht man eigentlich gar nicht mehr abzuwarten.

## Identitätspolitik: Eine fadenscheinige Debatte

VON MARK E. NAPADENSKI

Seit einiger Zeit scheinen sich zwei Positionen zum Thema der Identitätspolitik zu bilden. Die einen befürworten sie, die anderen lehnen sie ab. Doch die Debatte wird mitunter fadenscheinig geführt, vor allem von jenen, die aus einem gewissen Schuldgefühl heraus, „weiß und privilegiert“ zu sein – und als Akt der Solidarität – all jene unterstützen möchten, die aufgrund von Herkunft, Aussehen, sexueller Orientierung etc. strukturell diskriminiert werden.

Dabei werden offensichtliche Merkmale wie Hautfarbe und solche, die nicht offensichtlich sind, wie Religion und Sexualität, vermischt. Unterstützer\*innen der marginalisierten Gruppen erachten es als Pflicht der Gesellschaft, diesen Sichtbarkeit zu verschaffen, sie also im öffent-

lichen Diskurs zu ermächtigen. Die kritischen Stimmen sehen darin eine moralische Zwickmühle. Nicht, weil sie das Problem der Diskriminierung verkennen, sondern weil sie befürchten, dass das Ergebnis dieser Entwicklung nicht mit den Werten einer freien und offenen, im Idealfall einer nicht-diskriminierenden Gesellschaft vereinbar ist. Identität gewinnt jedenfalls immer mehr an Bedeutung. Man selbst beginnt, die eigene Identität zuzuordnen, zu kategorisieren.

Das Resultat daraus ist, dass wir wieder am Anfang stehen: Es ist nicht mehr wichtig, welche Meinung vertreten wird, sondern in welchen Kategorien eine Person sich selbst einordnen möchte. Das Problem liegt nun darin, diese Kategorien (früher wurden sie Schubladen genannt) derart zu etablieren, dass Personen sich nur noch durch ihre vermeintliche „Identität“ selbst definieren oder definiert werden. Dabei ist allerdings vieles nicht offensichtlich. Viele wollen ihre „Iden-

tität“ auch nicht vor einer Gruppe, in der Öffentlichkeit, preisgeben müssen. Zudem sind Menschen, die diskriminiert werden, oft intersektional: Das heißt, sie werden aus mehreren, einander überschneidenden Gründen diskriminiert, weil sie z. B. weiblich, jüdisch und homosexuell zugleich sind. Dies führt besonders bei jenen Menschen, die sich selbst nicht als Opfer von Diskriminierung wahrnehmen, zu einem inneren Konflikt.

Anscheinend scheiden sich die Wege daher bei den moralischen Ansprüchen, die an eine Gesellschaft gestellt werden. Möchte man durch seine Meinung oder durch seine Identität Teil einer Debatte sein? Das lässt sich so einfach nicht voneinander trennen. Doch wie so oft gilt, dass der respektvolle Umgang miteinander sowie die Offenheit gegenüber anderen Meinungen immer wichtiger werden, um voreilige Schlüsse zu vermeiden. Das alles natürlich politisch korrekt und ohne Angst „gecancelt“ zu werden!

### Sie haben Fragen an das Bundeskanzleramt?

📧 [service@bka.gv.at](mailto:service@bka.gv.at)

☎ 0800 222 666  
Mo bis Fr: 8–16 Uhr  
(gebührenfrei aus ganz Österreich)

📞 +43 1 531 15-204274

✉ Bundeskanzleramt  
Ballhausplatz 1  
1010 Wien

 Bundeskanzleramt

Das Bürgerinnen- und Bürgerservice des Bundeskanzleramts  
freut sich auf Ihre Fragen und Anliegen!  
[bundeskanzleramt.gv.at](http://bundeskanzleramt.gv.at)

ENTGELTICHE EINSCHALTUNG

**Dass dem vormaligen US-Präsidenten Donald Trump sein liebster Messengerdienst gesperrt wurde, sorgte nicht nur beim republikanischen Wahlverlierer für Empörung. Das sei politische Zensur, sagen die einen. Das Recht auf Meinungsfreiheit sei dadurch keineswegs in Gefahr, entgegnen die anderen. Passen sich Twitter & Co. damit der Abkanzelungskultur an?**



## Pro: Kein Recht auf veröffentlichte Wut

KOMMENTAR VON ANDREA SCHURIAN

Was heute die Echo-Blase ist, war früher einmal das Extrazimmer im Wirtshaus. Heute trifft man sich auf Twitter, früher am Stammtisch. Da ging es auch ziemlich deftig und verbalradikal zu, doch man kannte einander, trank ein Versöhnungsseidl, konnte notfalls einen Bogen um die jeweilige Gasthausblase machen – oder fasste Lokalverbot aus. In diesem Wirtshaus konnte man dann seine Meinung nicht mehr kundtun.

Heute wütet man mit einer 280-Zeichen-Stummelsprache auf Twitter. Doch in der Kürze liegt eine ungesunde Würze, spätestens seit Donald Trump hat sich die Twittererei als ein die Psychohygiene gefährdender Sprechdurchfall entpuppt. Auch unser heimisches Politikpersonal, egal welcher Couleur, laboriert an akuter Logorrhoe. Und seriöse Journalistinnen und Journalisten konterkarieren ihre gute Arbeit emsig mit sozialmedialer Schwatzsucht. Verbindliche Regeln für die Twutterei von Zeitungsredakteuren oder TV-Moderatoren gibt es in Österreich nicht.

Die *New York Times* hat bereits seit 2017 strenge Verhaltensregeln zu Social-Media-Aktivitäten der Mitarbeiter aufgestellt, 2020 wurden sie nochmal kräftig angezogen: Newsroom-Mitarbeiter müssen alle Äußerungen vermeiden, die das Neutralitäts- und Fairnessgebot der Zeitung beschädigen könnten. Lauren Wolfe hielt sich nicht daran, sondern twitterte glück-

lich, sie habe bei der Ankunft Bidens in Washington „chills“ gehabt, also Gänsehaut. Der Vertrag der freien Mitarbeiterin wurde aufgelöst. Ende der Meinungsfreiheit?

Der täglich munter und recht aufwiegelnd in die Welt zwitschernde Donald Trump musste nicht nur eine bittere Wahlniederlage schlucken; Twitter hatte rund zwei Wochen vor Ablauf seiner Amtszeit seinen Account mit mehr als 80 Millionen Abonnenten gesperrt, weil Trump stur darauf beharrte, um den Wahlsieg betrogen worden zu sein. Und er äußerte Sympathien für die Kapitol-Stürmer, ja, befeuerte diesen Sturm mit seinen Tweets. Wie es aussieht, gibt es für den Ex-Präsidenten keinen Weg zurück: „Unsere Regeln sollen dafür sorgen, dass niemand zur Gewalt anstiftet. Wenn jemand das tut, entfernen wir ihn von der Plattform – und unsere Regeln erlauben es Leuten nicht zurückzukommen“, sagte Finanzchef Ned Segal Mitte Februar in einem Interview mit dem TV-Sender CNBC.

Auch Facebook hat Trump blockiert, lässt dies aber von einem unabhängigen Gremium prüfen. Youtube wiederum löschte eine mit Falschaussagen garnierte, Anti-Corona-Brandrede von Herbert Kickl. Huch. Aufregung im weltweiten Vogelgezwitscher. Das sei Zensur, die freie Meinungsäußerung in Gefahr, warnen nun selbst Menschen, die üblicherweise nicht zum Verteidigungsheer von Trump und Kickl zählen. Sogar Deutschlands Bundeskanz-

lerin Angela Merkel bekundete, dass sie die dauerhafte Suspendierung von Trumps Account für problematisch halte: Soziale Netzwerke seien zwar verantwortlich dafür, dass auf ihren Plattformen kein Hass oder Anstiftungen zur Gewalt gepostet werden. Aber die Meinungsfreiheit Einzelner dürfe nicht von privaten Unternehmen eingeschränkt werden.

Echt? Meinungsfreiheit ist eine der Säulen der Demokratie; ein hohes Gut, das in Österreich im Artikel 13 der Verfassung verankert ist: Dieses Recht, „durch Wort, Schrift, Druck oder durch bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern“, ist allerdings weder durch die Sperrung eines Twitter-Accounts noch die Löschung eines Youtube-Videos in Gefahr. Denn Youtube, Twitter, Facebook, Google sind, ähnlich wie Zeitungsverlage, private Medienunternehmen.

Wer die Flut an eingehender Post in den Tageszeitungen kennt, weiß, dass nur ein Bruchteil der Leserzuschriften nach bestimmten Auswahlkriterien publiziert wird. Auch ihre Online-Plattformen reinigen Medien von den allerübelsten Wutpostern. Gilt diese Selektion dann auch als Einschränkung der freien Meinungsäußerung?

Tatsache ist, dass manch eine/r sich schneller in Rage schreibt, als er oder sie denken kann. Trump gehörte ganz offensichtlich zu dieser Spezies. Er darf ja eh auch alles sagen, was er möchte. Aber muss das auch veröffentlicht werden?



## Kontra: Zensur auf sozialen Medien

KOMMENTAR VON MARTIN ENGELBERG

**E**s war eine verwunderliche Reaktion: Als Facebook, Twitter sowie andere soziale Medien die Accounts von Donald Trump sperrten, jubelten viele Menschen – in den USA ebenso wie in Europa. Aber geht es hier nicht um die Rede- und Meinungsfreiheit, eines der höchsten Güter eines liberalen Rechtsstaates?

Oft heißt es, soziale Medien seien Privatunternehmen und dürften daher ihre eigenen Regeln aufstellen. Oder man zitiert die Aussage des US-Verfassungsrichters Oliver Wendell Holmes, wonach niemand, fälschlich „Feuer!“ in einem vollbesetzten Theater schreien dürfe.

Damit stellen sich zwei Fragen. Erstens: Darf jede/r sagen, was er/sie will? Und zweitens: Sind soziale Medien Privatbereiche, wo der Hausherr die Regeln bestimmen kann?

Die erste Frage ist schnell beantwortet: Selbstverständlich erlaubt z.B. die Europäische Menschenrechtskonvention Einschränkungen der Redefreiheit, und zwar jene, „die notwendig sind für die nationale ... oder die öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral, zum Schutz des guten Rufes oder der Rechte anderer ...“. Darüber, welche Einschränkungen der Redefreiheit tatsächlich zulässig sind, entscheiden unabhängige Richter bzw. Gerichte, das garantiert auch das österreichische Bundesverfassungs-

gesetz. Kommen wir zu Frage zwei: Sind soziale Medien nichtöffentliche Bereiche wie eine Wohnung, ein Theater oder ein Unternehmen? Das würde bedeuten, dass es jedem offenstünde, Twitter & Co. nicht zu benutzen, wenn einem die dort geltenden Regeln nicht passen. Dem ist aber – bislang – nicht so! Deren Betreiber haben bisher darauf gepocht, ihren Nutzern lediglich neutrale Plattformen zur Verfügung zu stellen. Sie haben ihre Medien damit selber zu einem öffentlichen Raum gemacht. Erst in den letzten Jahren, als in den USA der Druck auf Unternehmen stärker wurde (siehe auch: Political Correctness), verschreiben sich Firmenbosse immer öfter dem politischen Trend konformen Zielen.

**N**icht anders ist es zu verstehen, dass die sozialen Medien gerade jetzt Donald Trump gesperrt haben. Nicht in all den Jahren zuvor, in denen es genug Anlässe gegeben hätte. Nicht gesperrt wurde bis dato z.B. der iranische Revolutionsführer Ayatollah Khamenei, der auf Twitter zur Auslöschung Israels aufruft. Gelöscht wurde auch nicht ein bestimmter Tweet von Trump, sondern sein Zugang insgesamt – und zwar in einer konzertierten Aktion der wichtigsten Plattformen wie Twitter, Facebook und Youtube. Das hat mit Zivilcourage oder gesellschaftlicher Verantwortung reichlich wenig zu tun. Vielmehr haben die Tech-Firmen jahrelang von Trumps Agieren auf ihren Plattformen mehr als gerne profitiert, weil er ihnen einen enormen Zulauf bescherte. Wie

aber umgehen mit Rowdys in sozialen Netzwerken? Besonders in Europa wird schnell nach dem Staat gerufen. Die EU arbeitet bereits an einer eigenen Gesetzgebung, dem „Digital Services Act“ (DSA). Als überzeugter Liberaler bin ich mehr als skeptisch gegenüber allzu schnellen Eingriffen durch den Staat und insbesondere die EU. Die Vorstellung, es würden künftig Behörden darüber entscheiden, was auf Twitter & Co. gesagt werden darf und was nicht und welche Politiker zu entfernen sind, ist ein Gräuel.

Nein, die Verantwortung ist jetzt, den Tech-Unternehmen zu übertragen. Sie sind längst keine neutralen Plattformen mehr. Sie müssen ihre eigenen Überwachungskapazitäten mit qualifizierten Personen weiter ausbauen. Ihre Regeln müssen transparent und nachvollziehbar sein. Schwierige Fälle müssen durch unabhängige Richtergremien abgehandelt werden – schnell, transparent und mit Berufungsmöglichkeiten. Nach den bestehenden Gesetzen des jeweiligen Landes, bzw. falls diese keine Rechtsstaaten sind, durchaus nach den überaus elaborierten Standards für Redefreiheit in den Vereinigten Staaten. Die Chefs von Twitter & Co. dürfen jedenfalls nicht zu obersten Richtern werden.

Wir müssen den neuen Herausforderungen der Meinungsfreiheit in den sozialen Medien durch kluge und überlegte Maßnahmen begegnen, nicht durch Zensur – weder durch Behörden und schon gar nicht durch ein Oligopol von Firmenbossen.

# Schlagfertige Moralkеulen

**In den vergangenen Jahrzehnten ist einer wachsenden Gruppe die Fähigkeit abhandengekommen, andere Meinungen zu ertragen und Menschen mit anderer Meinung mit Respekt zu begegnen.**

VON HEIKO HEINISCH

Wann haben Sie sich das letzte Mal ernsthaft mit den Argumenten eines Menschen auseinandergesetzt, der eine grundsätzlich andere Meinung vertritt als Sie? Wer durch alte Aufnahmen des legendären *Club 2* im ORF aus den 1980er Jahren stöbert, wird überrascht sein, denn die Frage „Mit Rechten reden?“ war damals offensichtlich noch kein Thema. Da diskutiert die SPÖ-Politikerin Ingrid Smejkal mit bekannten rechtsradikalen Skinheads oder die Ikonen der 68er, Rudi Dutschke und Daniel Cohn-Bendit, mit dem rechtskonservativen Journalisten Matthias Walden. Es ging oft hart zur Sache und Eklats waren keine Seltenheit, aber das allgemeine Klima war von der Bereitschaft geprägt, sich im öffentlichen Streit mit Argumenten zu schlagen. Anders als heute waren sich die Beteiligten offenbar noch bewusst, dass das politische Spektrum von rechts bis links – hier sind nicht die extremistischen Ränder gemeint – reicht und man auch und gerade in einer Demokratie auf einer Bühne nicht nur mit dem Kontrahenten, sondern vor allem für das Publikum diskutiert. Dieses gedachte man noch nicht mit Moralismus und Empörung, sondern mit Argumenten zu überzeugen.

In den vergangenen Jahrzehnten ist einer wachsenden Gruppe die Fähigkeit abhandengekommen, andere Meinungen zu ertragen und in Anders-Meinenden Menschen zu sehen, die als solche Respekt verdienen. Von allzu vielen werden andere Meinungen und die für sie vorgebrachten Argumente nicht mehr als Herausforderung oder

auch als Verpflichtung betrachtet, die eigenen Argumente zu schärfen, vielleicht auch einmal in Frage zu stellen, sondern als Zumutung. Menschen, die andere Meinungen vertreten, werden schnell zum Feind, mit Verachtung gestraft, abgewertet und diffamiert. Wer die Corona-Maßnahmen auch nur kritisch betrachtet, läuft Gefahr, als „Covidiot“ bezeichnet zu werden, der Menschenleben gefährdet; wer gegen den UN-Migrationspakt argumentiert – und sei es auch mit klassisch linken Argumenten –, ist ein „Nazi“; wer nicht in den Chor einstimmt, der Lisa Eckhart und Dieter Nuhr rechter Gesinnung bezichtigt, dem wird eine solche Unterstellung. Kurz gesagt sind es heute immer weniger die Argumente, die den öffentlichen Diskurs bestimmen, als Moralkеulen.

Wer eine andere und damit „falsche“ Meinung vertritt, kann folgerichtig – so der Tenor – auch keine richtigen Argumente haben. Ein einfältiger oder besser gesagt bequemer Zirkelschluss, der Denken und Argumentieren durch Gefolgschaftstreue ersetzt. Dieser Trend wird auch durch die sozialen Medien ausgelöst und verstärkt, wo missliebige Meinungen und Personen durch wenige Klicks im wahrsten Sinne des Wortes ausgeblendet werden können. In den dort entstehenden Meinungsblasen kursieren in weiterer Folge Listen mit Namen von Personen, die Personen folgen, die „falsche“ Meinungen vertreten – ganz nach dem Motto „Sage mir, wem du auf Twitter folgst, und ich sage dir, wer du bist“.

In diesen Meinungsblasen richten sich immer mehr Menschen gemütlich ein und kommunizieren ausschließlich mit jenen, die ohnehin der gleichen Meinung sind, vornehmlich über jene, die anderer Meinung sind. Nichts gegen Wohlfühllosen, wenn es denn welche wären und nicht vielmehr totalitäre Räume, in denen einige wenige die „richtige“ Meinung zu aktuellen Themen vorgeben. Widerspruch wird nicht geduldet. Wer dazu gehören will, muss zustimmen, sonst drohen Liebesentzug oder Verbannung.

Die Meinungsblasen erzeugen Konformität nach innen und treten nach außen geschlossen auf. Wen die Meinungsführer zum Abschluss freigeben, den trifft der Shitstorm der Follower. In linken Blasen wird mittlerweile nahezu jede abweichende Meinung als rechts bezeichnet, und unter rechts versteht man dort in der Regel rechtsextrem. Ende der Diskussion. – Und vice versa in den rechten Blasen.

Die Demokratie basiert darauf, dass sie von einer qualifizierten Mehrheit getragen wird, die akzeptiert, dass zu jedem Thema ein Spektrum an Meinungen existiert und dass Entscheidungen sich aus dem Streit der Meinungen und anschließenden Kompromissen entwickeln. Mit dem Verlust der Fähigkeit, die Argumente politischer Gegner auch nur anzuhören und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, wird ihr nach und nach die Grundlage entzogen. Wer nicht mehr miteinander redet, wird im Extremfall aufeinander schießen.



Und geraucht werden durfte auch noch! Legendäre „Club 2“-Sitzungen im ORF.

# Von Aneignungs- und Abkanzelungskultur



© 2020 WBEE - WONDER WOMAN TM & © DC.

Gal Gadot, hier in „Wonder Woman 1984“ aktiv, soll die ägyptische Herrscherin Kleopatra spielen. Doch ist der israelische Hollywoodstar dafür zu „farblos“?

**Freiheit der Kunst – guter wie schlechter – war einmal ein hohes Gut, für das Kunstschaffende und Intellektuelle auf die Barrikaden stiegen. Jetzt steigt man auf die virtuellen Barrikaden, um zu verbieten, was nicht den eigenen moralischen Ansprüchen genügt.**

VON ANDREA SCHURIAN

Eine Israelin als Kleopatra? Als Paramount bekanntgab, das *Wonder Woman*-Dream-Team, die Regisseurin Patty Jenkins und die Schauspielerin Gal Gadot, für den Historienschinken *Cleopatra* neuerlich zusammenzuspannen, brach Wirbel los. Von White-washing und kultureller Aneignung war die Rede, eine Rassismusdebatte brandete auf. Die Filmjournalistin Hanna Flint wettete im britischen *Guardian* von „Rückschritt“ und einer „vergebenen Chance“: Gadot sei zwar eine „nicht ganz so westliche Wahl“ wie ihre Vorgängerinnen Vivien Leigh oder Elizabeth Taylor, aber mit ihr werde der „weiße Standard“ fortgesetzt.

Auch durch die sozialen Medien fegte der bei solchen Angelegenheiten

sowieso unvermeidliche Shitstorm. Eine in New Jersey beheimatete Ex-Miss witterte vielleicht ihre Chance auf überregionalen Ruhm, als sie tweetete: „Welcher Hollywood-Trottel hält es für eine gute Idee, eine israelische Schauspielerin (die noch dazu sehr farblos aussieht) als Kleopatra zu verpflichten anstatt einer umwerfenden arabischen Schauspielerin wie Nadine Ndschaim? Und Gal Gadot, schäm' dich! Dein Land stiehlt arabisches Land und du stiehlt ihnen die Filmrollen.“ Die schwarze US-Schriftstellerin Morgan Jenkins formulierte deutlich versöhnlicher: „Ich bin mir sicher, Gal Gadot wird einen wunderbaren Job als Kleopatra machen. Aber ich persönlich würde eine Kleopatra lieben, die dunkler ist als eine braune

Papiertüte, weil das historisch genauer wirken würde.“

Andererseits hat Gadot angeblich griechische Wurzeln, was sie mit Kleopatra gemein hätte, denn auch deren Vater war griechisch-mazedonischer Herkunft. „Insofern“, schlussfolgerte der *Bayerische Rundfunk*, „wäre Gadot unabhängig von ihrem schauspielerischen Können sogar eine überraschend stimmige Kandidatin für die Titelrolle – ganz abgesehen davon, dass Kenner der nahöstlichen Geschichte nicht müde werden, auf die kulturelle Vielfalt im Römischen Reich hinzuweisen, die nationale Abgrenzungen, wie sie heute von einigen angestrebt werden, rückblickend völlig anachronistisch erscheinen lässt.“ Und in der Welt schrieb Alan Posener: „Galten die Juden den rechten Antisemiten als ‚Orientalen‘, die gefälligst nach Palästina zu verschwinden hatten, gelten sie heute linken Antisemiten als ‚Weiße‘, die gefälligst aus Palästina zu verschwinden haben – und aus Filmen, in denen sie ‚people of colour‘ darstellen. Es ist hochgradig dégoûtant.“

Besonders empört waren freilich Ägyptens Intellektuelle – nicht zuletzt, weil Gal Gadot, die überhaupt erst die Idee zur *Cleopatra*-Verfilmung aufbrachte, in der israelischen Armee gedient hat – weshalb in Tunesien, Katar und Libanon *Wonder Woman* verboten wurde (im deutschsprachigen Raum ist der eher mäßig kritisierte Film *Wonder Woman 1984* seit Mitte Februar auf der Streamingplattform Sky abrufbar).

Von der Hoch- über die Pop- bis zur Alltagskultur: Längst schwappt die Diskussion über Cultural Appropriation, kulturelle Aneignung, in sämtliche Bereiche. Ist es kulturelle Aneignung, wenn europäische Fashion-Designer afrikanische Stoffmuster verwenden, nicht-schwarze Musiker Blues, Jazz und Hip-Hop machen, Angehörige der sogenannten weißen „dominierenden“ Kultur mit Rastazöpfchen, Bindis, Saris und Kimonos herumlaufen?

Der US-Schriftstellerin Jeanine Cummins (übrigens Enkelin einer Puerto Ricanerin) wurde kulturelle Aneignung vorgeworfen, weil sie eine vor dem Drogenkartell flüchtende Mexikanerin zur Hauptfigur ihres Romans *American Dirt* machte. Diese Thema-

tik sei mexikanischen Autorinnen und Autoren vorbehalten, so der Protest. Diese Ethnisierung, warnt denn auch Zeit-Feuilletonist Thomas Assheuer, spiele allerdings eher den Rechten in die Hände, die Gesellschaft wäre dann nur noch eine Ansammlung aus isolierten Identitätsbesitzern, die in ihren Gated Communities und in spektakulärer Sprachlosigkeit aneinander vorbeilebten: „Ein jeder wäre der Eingeborene einer Gefühlskultur, die in Erwartung ihrer jederzeitigen Kränkbarkeit eifersüchtig bewacht und unter Naturschutz gestellt wird. Es ist nicht leicht, dieses Denken vom Essentialismus rechter Ideologen zu unterscheiden.“

Die an der Uni Klagenfurt lehrende Schweizer Philosophin Ursula Renz hält die Idee des „kulturellen Eigentums“ eher für problematisch. Kultur sei immer auch Kulturtransfer, Elemente anderer Kulturen zu übernehmen stelle an sich keine moralische Verfehlung dar. Kulturen, so Renz weiter, seien nie unveränderlich, sie ließen sich nicht auf feststehende Eigenschaften reduzieren: „Das Aneignen selber ist Kultur. Das finden wir in der ganzen Kulturgeschichte immer wieder: in der Literatur, in der Musik, in der Philosophie.“

### Verbale Neophyten

Cancel Culture, Wokeness, Political Correctness, Critical Whiteness Movement, Safe Spaces oder Cultural

Appropriation: Verbale Neophyten verdrängen das Widerständige, Tabulose in der Kultur. Meist kommt der Protest von rechts, neuerdings kommt der Kunst- und Bildersturm aber oft von der eher links verorteten Wokeness-Bewegung, also von jenen woken (= wachen) Menschen, die Diskriminierung von Minderheiten, Intoleranz, Rassismus bekämpfen. Wer oder was einem nicht passt, soll von der Bildfläche verschwinden, presto und rückstandsfrei. Tatsächlich können manche gar nicht so schnell schauen, wie sie kulturell abgekanzelt und gecancelt werden.

*Harry Potter*-Erfinderin Joanne K. Rowling beispielsweise wurde buchstäblich unter einem Shitstorm begraben, ihre Todesanzeige wurde fleißig in der weiten Twitterwelt verteilt. Grund für die Empörung: Der Serienkiller in ihrem (unter dem Pseudonym Robert Galbraith veröffentlichten) Krimi *Trouble Blood* verkleidet sich als Frau, ehe er ans Mordhandwerk geht, die Unterwäsche der Opfer dient seiner sexuellen Befriedigung. Das sei transphob, lautet das twitteröse Todesurteil über die Autorin und deren Plot (der an Brian De Palmas Psychothriller *Dressed to Kill* aus den 1980ern erinnert, in dem Michael Caine als psychopathischer Therapeut mit blonder Perücke und in Damenkleidern sein mörderisches Unwesen treibt). Man empfahl, ihre Bücher sofort zu ver-



Musiker Doc Shirley (Mahershala Ali) und sein Chauffeur Tony Lip (Viggo Mortensen) 1962 in „Green Book“ unterwegs durchs amerikanische Hinterland. Das im Film verwendete „N-Wort“ kam 2018 trotz Oscar nicht mehr so gut an.

kaufen und den Erlös an Transgender-Organisationen zu spenden. Immerhin ein gütigerer Vorschlag als der zur Bücherverbrennung. Gab's nämlich auch; und das müffelt, auch wenn es von links kommt, ziemlich braun.

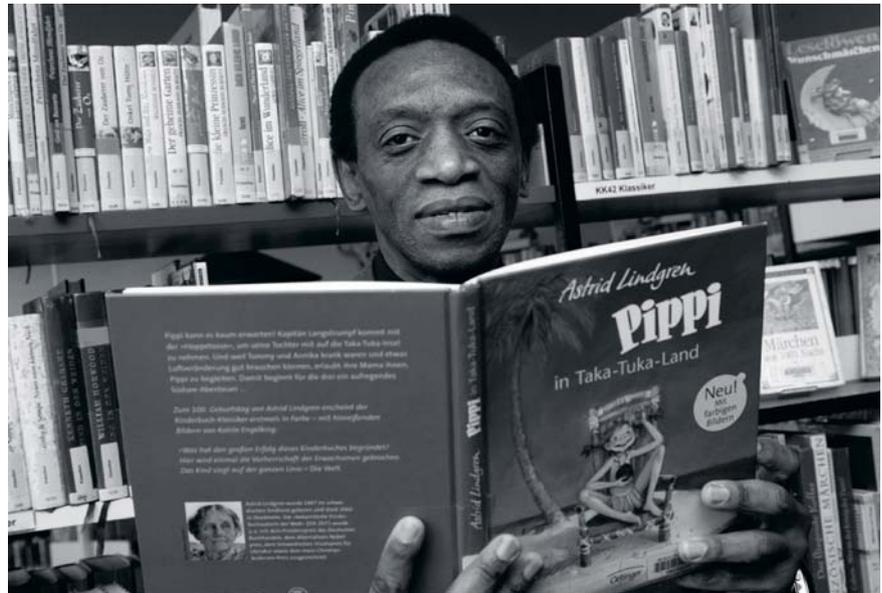
### N-Wort

Hollywoodstar Viggo Mortensen wurde einmal in einem *Kurier*-Interview gefragt, was er Kritikern entgegen, weil er in einer Filmszene das „N-Wort“ in den Mund genommen habe. Freilich ist das N-Wort zu Recht verpönt, weil es diskriminierend und herabwürdigend ist. Aber in einer Filmszene! Der Film, um den es ging, war *Green Book – Eine besondere Freundschaft*, ein mit drei Oscars prämiertes Roadmovie durch den Rassismus im Amerika der 1960er Jahre mit hollywoodeskem Happy End.

Und, ja, ganz gewiss war das N-Wort damals gebräuchlich. Bekanntlich sprach auch Martin Luther King 1963 in seiner berühmten Rede „I have a dream“ noch von „negroes“. Ein Jahr später wurde in den USA die Rassentrennung in allen zivilen Bereichen durch den Civil Rights Act abgeschafft, nicht aber das N-Wort. 1984 thematisierte der Duden endlich dessen abwertende Bedeutung, aber erst zwanzig Jahre später, nämlich 2004, empfahl er in einem Newsletter die endgültige Eliminierung aus dem öffentlichen Sprachgebrauch. Nur tief im Ewiggestrigen steckengebliebene Menschen empfinden es auch noch im 21. Jahrhundert als „ganz normales deutsches Wort“ (© Andreas Mölzer).

Doch abgesehen von solch doch einigermaßen irritierender Unbelehrbarkeit und auch abgesehen von dem Hollywood-Roadmovie *Green Book*: Muss zeitgeschichtliche Authentizität künftig politisch korrekter Nachbearbeitung geopfert werden? Wie kann künstlerische oder wissenschaftliche Auseinandersetzung mit damaligem (und teils noch heutigem) Rassismus überhaupt aussehen, wenn man die inkriminierten Wörter verschweigt, als ob sie nie existiert, nie verletzt, nie diskriminiert hätten?

Gibt es dann an Universitäten, so wie es angeblich in den USA bereits der Fall ist, Safe Spaces und Trigger Warnings, damit Studenten nicht mit



© BARBARA FROMMANN/DPA/PICTUREDESK.COM

Pippis Papa wurde, wie vom deutschen Journalisten Kaisa Ilunga gefordert, vom „Neger-“ zum „Südseekönig“. Das sei notwendig, weil das Wort nicht mehr im historischen Kontext gesehen werden kann, sondern nur noch als Schimpfwort, so der Oetinger Verlag.

harten Tatsachen der Geschichte, der Literatur, der Kunst konfrontiert werden? Darf ohne Triggerwarnung im Unterricht nicht mehr über Sklaverei, Rassismus, Holocaust, Kolonialismus, Unterdrückung gesprochen werden?

Von Rubens über Schiele bis zum Wiener Aktionismus müssten allerhand Akte und verstörende Werke aus der Kunstgeschichte gestrichen werden. In der *Zeit* schrieb ein Professor einer amerikanischen Uni, Studentinnen und Studenten der Columbia University verlangten, dass sie vor dem traumatisierenden Inhalt von Ovids *Metamorphosen* gewarnt werden müssten. Wird dann auch Philip Roths Roman *Der menschliche Makel* mit dem „weißen Neger“ Coleman Silk als Protagonisten vom Literaturlehrplan gestrichen oder wenigstens umgeschrieben – so wie schon Astrid Lindgrens *Neger – zum Südseekönig* mutierte?

### Diverse Oscars

Wie dem auch sei, zumindest die Oscars sollen ab 2024 diverser werden – und zwar vor und hinter der Kamera: mehr Frauen, mehr Menschen mit Behinderungen, mehr Angehörige von Minderheiten und der LGBTQI-Bewegung. Wahlweise muss sich der Film um Frauen, LGBTQ-Menschen, eine unterrepräsentierte Gruppe oder Menschen mit Behinderung drehen; oder einer der Hauptdarsteller muss

einer ethnischen Minderheit angehören, also beispielsweise eine dunkle Hautfarbe haben; oder mindestens 30 Prozent der Darsteller gehören zu einer der aufgezählten Minderheiten. Zumindst bei der sexuellen Orientierung klingt das äußerst problematisch: Muss man das, was gemeinhin unter „Privatangelegenheit“ firmiert, künftig öffentlich machen?

Gal Gadot hat übrigens schon das nächste Projekt in Planung. Und das klingt ganz so, als würde es wieder einigen Staub aufwirbeln: Sie möchte Dorit Rabinjans Roman *Gader Chaija (Wir sehen uns am Meer)* verfilmen. Anhand der Liebesgeschichte zwischen der israelischen Studentin Liat und dem palästinensischen Maler Chilmi verhandelt Rabinjan politische, ethnische und religiöse Konflikte.

Das Buch wurde übrigens vom israelischen Bildungsministerium als Schullektüre verboten, weil es die „getrennten Identitäten von Juden und Nichtjuden“ gefährde. Ja, auch das ist Cancel Culture – von oberster Instanz. Früher nannte man es Zensur.

# Leben ohne Furcht

**Warum steht der Liberalismus zunehmend unter Druck, die liberale Demokratie scheinbar aber nach wie vor hoch im Kurs? Der Politologe Jan-Werner Müller tritt in seinem Essayband „Furcht und Freiheit“ für einen „Liberalismus der Rechte“ ein.**

VON MICHAEL PEKLER

Auf die Frage, wo in einer Demokratie die individuelle Freiheit endet, sind in den vergangenen Wochen höchst unterschiedliche Antworten gegeben worden. Man dürfe sich nicht zu Tode fürchten, behaupten die einen und protestieren gegen Verordnungen, die von einer demokratisch – und möglicherweise sogar von ihnen selbst – gewählten Regierung erlassen wurden. Die Furcht vor dem Verlust dieser als persönlich definierten Freiheit ist ein schlechter Ratgeber in Zeiten wie diesen, meinen die anderen, weil sie das Gemeinwohl gefährde. Da müsse man die wohlgerne vorübergehende Einschränkung gewisser Rechte in Kauf nehmen.

Immer mit dabei im Spiel: der Liberalismus. Die einen reklamieren ihn für sich und meinen damit oft einen Individualismus, der es ihnen erlaubt, unliebsame rechtliche Verordnungen zu missachten. Österreich sei, so das Argument, nämlich auf dem besten Weg zur „illiberalen Demokratie“, wie man sie in Ungarn, Polen und der Türkei vorgeführt bekomme. Die anderen hingegen meinen mit Liberalismus – im Sinne von Thomas Hobbes – einen liberalen Gesellschaftsvertrag: die Sicherung des Einzelnen durch den Staat als Souverän, aber eben unter der Berücksichtigung der Interessen und Lebensentwürfe aller.

Betrachtet man diese politische Diskussion – oder besser: Diskussion über Politik –, könnte man ins Staunen kommen. Nun mag es in einer sich

erst entwickelnden Debatte notwendig sein, die Definitionen zunächst neu zu bestimmen. Doch spätestens, wenn Beschreibungen zu sogenannten „Kampfbegriffen“ werden, ergibt sich ein Problem. Denn man müsste sich fragen: Wovon sprechen wir eigentlich? Was ist das für eine „Freiheit“, die wir meinen? Und was ist das für ein „elitärer“ Liberalismus, der uns mit Wokeness, übertriebener Political Correctness und Cancel Culture angeblich auf die Nerven geht?

Der deutsche Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller, der in Princeton Politische Theorie lehrt, hat *Furcht und Freiheit* bereits kurz vor Ausbruch der Corona-Pandemie geschrieben. Und es ist vielleicht gerade deshalb ein Buch der Stunde, weil Müller auf viele dadurch aufgeworfene Fragen – nach Freiheit, Demokratie und Grundrechten – nicht im Nachhinein journalistisch reagiert, sondern sie ideengeschichtlich in neuem Kontext betrachtet.

Seine Referenz ist die jüdisch-amerikanische Politologin und Harvard-Professorin Judith Shklar (1928–1992). Aus Riga mit den Eltern 1939 in die USA geflohen, wurde Shklar angesichts der politischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts mit ihrer Idee eines „Liberalismus der Furcht“ zur vielleicht wichtigsten Theoretikerin des Liberalismus (siehe auch S. 47). Dieser zielt auf existenzielle Sicherheit ab, auf ein Leben ohne Furcht vor Grausamkeiten, das Freiheit überhaupt erst ermögliche: „Furcht kann, ja muss zum Gegenstand politischer Urteilskraft werden.“ Das hat nichts mit Vernunft zu tun und noch weniger mit Moral – ohnehin keine politischen Kategorien –, sondern mit einem sich daraus ergebenden „Liberalismus der Rechte“.

Deshalb müsste sich am Anfang, so Müller, die These aufgreifend und weiterdenkend, durchaus im Sinne Goethes („Die wahre Liberalität ist Anerkennung“) ein Bewusstsein für die Unterschiede finden und die damit einhergehende Anerkennung von Rechten. Und zwar nicht gönnerhaft durch die Mehrheit, sondern, im Sinne

eines humanistischen Liberalismus, als Schutz gegenüber den Mächtigen.

Müller analysiert präzise die verschiedenen Formen von Kritik am Liberalismus: Jene populistische an den „liberalen Eliten“ sowie eine grundsätzlichere, die Neoliberalismus und Liberalismus nicht unterscheiden will. Er zeigt auf, wie der ‚Konflikt zwischen ‚Volk‘ und ‚liberalen kosmopolitischen Eliten‘ als Zeitdiagnose“ jenen rechtsnationalen Populisten zupass kommt, die damit (auch) ein antisemitisches Narrativ tradieren und meinen, im Sinne des „wahren Volks“ zu agieren. Und wie dieser auf identitätspolitischer Ebene ausgetragen wird. Müllers Plädoyer für eine „Entkulturalisierung“ der politischen Auseinandersetzung ist stimmig: „Grundrechte für Minderheiten, die bisher in Furcht leben mussten“, seien eben keine kulturelle Frage, sondern eine der Gleichbehandlung.

Müllers essayistischer Stil entspricht dem gewählten Zugang. Kein historischer Abriss von den Gründervätern des Liberalismus der Selbstentfaltung bis zum „progressiven Neoliberalismus“ (Nancy Fraser) dieser Tage bildet den theoretischen Erzählbogen, sondern eine ständige Verknüpfung gegenwärtiger Bilder von Liberalismus mit dessen verzweigter Ideengeschichte. Dabei ist Müller kein Dogmatiker mit fertiger „Lektion“ für das 21. Jahrhundert, sondern ein Befürworter der Skepsis. Oder, um es mit Blick auf Isaiah Berlin zu sagen: Nicht Selbstsicherheit bleibt die stärkste Waffe, sondern Selbstzweifel.



Jan-Werner Müller  
**Furcht und Freiheit.**  
**Für einen anderen**  
**Liberalismus**  
Suhrkamp, Frankfurt  
2019  
171 S., EUR 16,50

# Die Feinde des Liberalismus



© BETTEPAID.ORG

Amerikanische Armut: Millionen leiden an versagenden Schulen, löchriger Gesundheitsversorgung, zerfallenden Familien, Drogen und verschwindenden Industriejobs.

**Im Kulturkrieg ist die Gedankenfreiheit das erste Opfer. Liberale Denker ahnten früh, dass die Tyrannei des Gleichdenk in der Demokratie auch ohne Geheimpolizei siegt. Das Übel kommt aus der Gesellschaft.**

VON JOSEF JOFFE

Harvard, April 1969: Die Studentenrevolte hatte den akademischen Olymp erreicht. Jenseits der Vier-Meter-Mauer um den Harvard Yard marschierten die Pigs in Kampfmontur auf; drinnen lärmten die Studenten gegen Vietnam und Rassismus. Wir waren die Helden hinterm Schutzwall, die Bullen die Knüppelbrigade der Reaktion.

Fünzig Jahre später läuft das Remake landesweit ab. Genauso unvergessen wie der Campuskrieg 69 ist Judith Shklar, Professorin für Politische Philosophie in Harvard, deren Werk nun auch im deutschen Sprachraum gefeiert wird. An jenem Frühlingstag quälte sie uns im Seminar mit den Feinheiten des Liberalismus. Von draußen drang das Getöse der Revolution herein. Sie befahl, die Fenster zu verrammeln. „Professor Shklar“, monierte ich unterwürfig, „diesen skandierenden Studenten geht es doch um

unser Thema: Freiheit, Rechte, Grenzen der Staatsmacht.“

„Nein, nein!“, schoss sie zurück. „Philosophische Fragen werden nie durch Gebrüll gelöst, nur im bedachten Disput. Zu mit den Fenstern!“ Shklar kannte sich aus. 1928 in Riga geboren, war das jüdische Mädchen nur knapp der Ausrottung entronnen. Der Familie gelang die Flucht nach Kanada. „Dita“ (nie „Judith“) lehrte bis zu ihrem frühen Tod 1992 in Harvard und wuchs zur Ikone der politischen Theorie heran. (Anm.: Auf die Thesen Judiths Shklars bezieht sich auch Jan-Werner Müller in seinem Essayband „Furcht und Freiheit“, siehe Besprechung S. 46).

Was 1969 mit 2020 zu tun hat? Der Fluch des Totalitären ließ Shklar wie auch Hannah Arendt nie los. „Dita“ war weder links noch rechts, sondern eine klassische Liberale mit einem pessimistischen Weltbild. Utopien und



Eine der wichtigsten Theoretikerinnen des Liberalismus des 20. Jahrhunderts: Judith Shklar (1928-1992) ließ der Fluch des Totalitären nie los.

Heilsversprechen waren in Europa zur Knechtschaft verkommen, daher ihr Buch *After Utopia*. Shklar ist hochaktuell in einer Zeit, da links wie rechts der eifernde Populismus grassiert, der Feind der liberalen Demokratie mit ihren geheiligten Prozeduren und austarierten Machtverhältnissen. Liberalismus in einem Satz? Er schützt Einzelne vor Willkür und sichert Meinungs- und Gewissensfreiheit.

Für Liberale seit John Locke war die ungezügelterte Staatsmacht das größte Übel. Olle Kamellen, nicht wahr? Der liberale Staat ist doch seit Adolf Nazi die Norm im Westen. Shklar ahnte, dass es auch ohne Metternichs Geheimpolizei, NKWD und Gestapo geht. Auch freie Bürger können dem Gleichdenk verfallen, wo, wie heute, das falsche Wort Karrieren vernichtet, Widerspruch in die Verbannung führt und allein der Verdacht zum Schuldspruch gerät.

In einem zentralen Essay, *The Liberalism of Fear* (dt. *Der Liberalismus der Furcht*, 2013), dachte Shklar schon 1989 über den Zwangsstaat hinaus. Liberale müssten immer und überall die „kriegführenden Lager [sowie] Fanatismus und Dogmatismus bezähmen“. Freiheit sei die „Freiheit von Machtmissbrauch und Einschüchterung“, ob durch Staat oder Gesellschaft. Das Summum Malum, das größte Übel, sei die Grausamkeit in physischer wie moralischer Gestalt, dozierte sie in *Ordinary Vices* (dt. *Ganz normale Laster*, 2014).

„Physische Grausamkeit“ – Tortur und Terror – darf man den Killer-

Polizisten von Minneapolis (und quer durchs Land) anlasten, aber auch den zivilen Heilsbringern, die im Namen der höheren Gerechtigkeit Geschäfte abfackeln und plündern. „Moralische Grausamkeit“ ist nicht nackte Gewalt, aber ebenfalls ein Summum Malum: die „vorsätzliche und systematische Erniedrigung“.

Den Opfern blüht die moralische Vernichtung wegen Falschdenk. Oder der Zwang zur Selbstbezeichnung. Das Opfer muss sich selbst an den Pranger ketten. Früher war die Todsünde der Verrat am „wahren Sozialismus“ oder am „deutschen Volk“. Heute begeht Frevel, wer wider die Wokeness, etwa: Wach- oder Bewusstheit, im Rassen- und Kulturkampf verstößt. „Black lives matter“ ist korrekt, „All lives matter“ gilt als kaschierter Rassismus.

„White male privilege“ ist der Inbegriff des Bösen, „Rassist“ die Verdammnis, die keinen Beleg erfordert. „Critical Whiteness“ ist eine akademische Disziplin, die sich kaum von Indoktrination trennen lässt. Ein Weißer sei lebenslang gebrandmarkt – wie einst der Sklave im Baumwollfeld. Erlösung gibt es nicht. Schwarze sind auf ewig Opfer, Weiße auf ewig schuldig. Ein Guru der Bewegung, Noel Ignatiev, fordert deshalb die „Abschaffung der weißen Rasse, somit der Privilegien der weißen Haut“.

### „Wokeness“ signalisiert Kollektivschuld ohne Ausweg

Meine Identität gegen deine, und keine Brücke dazwischen. Dieser Kul-

turkampf ist wie immer ein Machtkampf um Deutungshoheit, aber auch um Vorherrschaft und materiellen Vorteil. Heute fällt es leicht, die Sechziger zu sentimentalisieren, obwohl damals Bürgerkrieg drohte. Schwarz und Weiß fochten damals gemeinsam gegen Entrechtung. Dieses Miteinander ist perdu.

Wie können alle *We Shall Overcome* – die Hymne der Bürgerrechtsbewegung – singen, wenn die einen ihre weiße Haut ebenso wenig abstreifen können wie die anderen ihre schwarze? Farbe ist Schicksal, Weiße dürfen mitlaufen, aber im Büberhemd. Was zurückführt zur Unterscheidung zwischen körperlicher und moralischer Qual. Blake Smith von der Universität Chicago spricht vom „Theater moralischer Grausamkeit“. Die Beispiele sind Legion. Überall in Amerikas Hochschulen, Kulturinstitutionen und Konzernen werden „Weiße aufgefordert, ihre Schuld zu bekennen“. Oder sie knien freiwillig in der Black-Lives-Matter-Demo, um sich „selbst zu erniedrigen und die anderen zu besänftigen“. Unterwerfung ist nicht Solidarität.

Der Gestus ist zugleich moralisch fragwürdig. Er ist meilenweit entfernt von den Protesten der Sechziger, als Schwarz und Weiß Arm in Arm gegen knochenbrechende Polizisten marschierten. Der Kniende von heute trägt keine Schuld an der Sklaverei, die der Kongress 1865 per Verfassungszusatz ächtete. Der Preis der Emanzipation waren 600.000 gefallene Amerikaner,

mehr als in allen Kriegen danach.

Wie kann der Bußfertige nach 150 Jahren den historischen Horror sühnen? In der Morallehre ist Schuld immer persönlich, deshalb wurden Nazi-Verbrecher einzeln in ordentlichen Verfahren verurteilt. Wokeness aber signalisiert Kollektivschuld ohne Ausweg. Wenn Rassismus „systemisch“ ist, hilft keine Reform, sondern nur die Revolution, die seit 1789 in neuer Unterwerfung mündet.

Den Vorgeschmack liefern existenzielle Strafen – Rufmord und Rauswurf. In Amerika vergeht kein Tag, an dem nicht jemand wegen Gedankenverbrechen aus der Universität, der Redaktion oder dem Unternehmen fliegt. Nicht das Tun – Herab- oder Zurücksetzung – ist die Sünde, sondern das Wort.

### Moralische Grausamkeit

Bei der *New York Times* traf es jüngst die Nummer eins und zwei der op-ed-Seite, weil sie den Beitrag eines Senators abgedruckt hatten, der Bundestruppen zur Unterstützung der Polizei im Städteaufbruch gefordert hatte. Das ist in der US-Geschichte zwanzigmal geschehen und gesetzlich abgesichert. Doch war die Kolumne eine Todsünde. Bei Adidas USA musste die Personalchefin wegen eines einzigen Wortes gehen: Der Rassismus-Diskurs sei bloßer „Lärm“. Selbst ein korrekt Denkender, der sich mit Black Lives Matter solidarisiert hatte, wurde auf Facebook ausgepeitscht: „Als Weißer hast du nicht das Recht, zuzustimmen oder abzulehnen, was ein Schwarzer sagt. Beipflichten ist genauso arrogant wie Widerrede!“

Moralische Grausamkeit ist nichts

Neues unter der Sonne. Während der chinesischen Kulturrevolution mussten sich die Bezichtigten der „Selbstkritik“ beugen, öffentlich abschwören. Wer Glück hatte, kam mit dem Umerziehungslager davon. In den Schaulagerprozessen der Totalitären wurden die Opfer erst moralisch vernichtet, dann physisch.

Das ist doch ein schiefer Vergleich? Nein, leider sind Demokratien nicht gefeit gegen moralische Grausamkeit. Alexis de Tocqueville (1805–1859) war ein großer Bewunderer der USA, nachzulesen in seinem Meisterwerk *De la démocratie en Amérique* (dt. *Über die Demokratie in Amerika*) von 1835. Er pries die grenzenlosen Freiheiten sowie die Checks and Balances als bestes Bollwerk gegen Despoten. Umso mehr bedrückte ihn die Allmacht der Gesellschaft. Denn sie ziehe eine „formidable Mauer um das Denken“. Drinnen herrsche ein „kommoder Spielraum“, aber „wehe dem, der sie durchbricht“. Dann werde er der „alltäglichen Verfolgung ausgesetzt“; die politische Karriere dürfe er ebenso vergessen wie die Hoffnung auf Verbündete. Seine Feinde „sprechen offen“, seine Freunde „verstummen und distanzieren sich“.

Solche „Allmacht“ fand Tocqueville „übel und gefährlich“; dabei kannte er weder Facebook noch Twitter oder „canceling“, das digitale Autodafé von Menschen, die wegen ihrer falschen Meinung oder Sprache verfeimt werden. „Was mich am meisten stört“, grollte Tocqueville, „sind die bröcklichen Wälle gegen die [nichtstaatliche] Tyrannei.“ Wer sich auflehne, müsse „sich beugen oder fliehen“.

Nur in Amerika? Was dort angeführt wird, kommt etwas abgekühlt

auf den europäischen Tisch. In Europa herrschten einst „Henker und Ketten“, aber solche „kruden Methoden“ seien passé, schrieb der Franzose. In der Demokratie finde die „Unterdrückung in den Köpfen“ statt. Deshalb gelte es, die „Übermacht der Gesellschaft einzuzäunen“. Nicht Stalin oder Xi sind das Problem. Es ist die Intoleranz im Namen des Guten und Gerechten.

Wir wissen, wie die alten Despoten die Tyrannei perfektionierten. Aber wie identifiziert man „gesellschaftliche Allmacht“ (Tocqueville), die im Gewande der unanfechtbaren Moral daherkommt? Wenn Widerspruch widerlich ist? Hier wartet eine Überraschung auf den großen Alexis, der so leidenschaftlich die „Tyrannei der Mehrheit“ geißelte. Denn im heutigen Amerika ist nicht die Mehrheit der Feind.

Eine Meinungsstudie des Thinktanks More in Common von 2018 zeigt, dass die große Mehrheit aller Amerikaner (82 Prozent) – auch der Schwarzen – glaubt, Political Correctness sei „zu weit gegangen“. Die Ausnahme sind die „progressiven Aktivisten“, die nur acht Prozent der Bevölkerung stellen. Eher weiß, gebildet und wohlhabend, fechten sie für Diversität und Sprachkontrolle. Der Rassismus trage die Hauptschuld am Schicksal der Minderheiten.

### Elite-Phänomen

Ironischerweise teilen Schwarze und Braune dieses Weltbild nicht. Nehmen wir den aktuellen Schlachtruf „Defund the police!“, „Kein Geld für die Polizei!“. Nachdem 2014 ein weißer Polizist in Ferguson einen Schwarzen erschossen hatte, meldete Gallup:

Wie schafft eine Ideologie der Intoleranz die alltägliche Benachteiligung ab, die People of Color nach wie vor erleben? Kulturkampf ist Symbolpolitik, die den Klassenkampf ignoriert. Kratzt man die Farbe ab, ist der so real wie die Kluft zwischen Ghetto und umgrünem Vorort.

Doppelt so viele Schwarze wie Weiße wünschten sich eine „größere Polizeipräsenz“ in ihrer Nachbarschaft. 2019 gab eine Mehrheit von Schwarzen und Hispanics (59 Prozent) Gleiches zu Protokoll. Mithin: Das Korrekte ist ein Elite-Phänomen. Weder 1969 noch 2020 brannten die Villenviertel. Heute müsste Tocqueville die Kapitel über die „Tyrannei der Mehrheit“ umschreiben und eine privilegierte Minderheit ins Visier nehmen.

Amerika, die westliche Postmoderne überhaupt, hat ein zweifaches Problem. Das philosophische, das Shklar und Tocqueville erahnten, ist wieder einmal die Krise des Liberalismus unter der Fuchtel des Jakobinismus, hart rechts oder hart links. Verfas-

sungsfundamente wie die Rede- und Meinungsfreiheit oder „Unschuld bis zum Beweis des Gegenteils“ bröckeln im Angriff des Gutdenk. Das liberale Prinzip des Reformismus muss der Umerziehung weichen, damit der Neue Mensch entstehe – eine grausame Utopie, wie die Geschichte zeigt.

Das zweite Problem ist die praktische Gerechtigkeit. Wie schafft eine Ideologie der Intoleranz die alltägliche Benachteiligung ab, die People of Color nach wie vor erleben? Kulturkampf ist Symbolpolitik, die den Klassenkampf ignoriert. Kratzt man die Farbe ab, ist der so real wie die Kluft zwischen Ghetto und umgrünem Vorort. Afroamerikaner sind statistisch eher arm und häufiger krank; ihre Kinder sind

gefangen in kaputten Schulen, welche die „progressiven Aktivisten“ für ihre Kinder meiden wie den Beelzebub. Folglich fehlt die Ausbildung, die in der postindustriellen Wirtschaft Aufstieg verheißt. Nur trifft das auch auf die weißen „deplorables“ – die „Bedauernswerten“ – zu, die Hillary Clinton 2016 den Wahlsieg gekostet haben.

Diese Millionen leiden an ähnlichen Defiziten: versagende Schulen, löchrige Gesundheitsversorgung, zerfallende Familien, Drogen, verschwindende Industriebjobs, die einst auch Ungelernten den Weg in die Mittelschicht öffneten – weißen wie schwarzen. Der Klassenkampf war kein unabänderliches Schicksal. Eine Sozialreform nach der anderen hat die Kluft zwischen Arm und Reich, Oben und Unten geschmälert.

### Geschäft voller Rückschläge

White male privilege und Critical Whiteness sind dagegen reine Symbolpolitik, Waffen der acht Prozent, welche die „Kommandohöhen“ (Lenin) der Wissensökonomie erklommen haben. Die Kinder der Harvard-Revolutionäre müssen erklären, wie Wokeness und Bildersturm Ghettos schleifen, Bildung und Gesundheit verbreitern. Wie die Entmachtung der Polizei jenen hilft, die in prekären Vierteln leben. Also: Wie kann man die „Bedauernswerten“ wieder einfangen, die Trump zugelaufen sind?

Wokeness ist nicht Reform- und Sozialarbeit, ein zähes Geschäft voller Rückschläge. Wer den dunkelhäutigen Benachteiligten hilft, sollte die weißen Verlierer nicht rechts liegen lassen. Die haben 2016 gegen „die da oben“, die acht Prozent, gestimmt. Trump oder ein Epigone könnte abermals auf dem Ressentiment ins Weiße Haus reiten. Spaltung, Dünkel und Identitätspolitik summieren sich zu einer Strategie, die beide Seiten beherrschen – die „woke“ wie die „deplorables“. Ihre Stimmen wiegen alle gleich viel.

Erschienen in „Die Zeit“ (31/2020).  
Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.



Alexis de Tocqueville, ein großer Bewunderer der USA, kannte weder Facebook noch Twitter. Er pries die grenzenlosen Freiheiten als bestes Bollwerk gegen Despoten, die Allmacht der Gesellschaft bedrückte ihn.

# Wenn die Schande bleibt



© CREATIVE COMMONS

Was vom Entdecker übrigbleibt: Die Statue von Christoph Kolumbus in Chicago wurde nach Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei entfernt.

**Die eigentliche Errungenschaft der Debatte um gestürzte Denkmäler ist die Tatsache, dass sie überhaupt geführt werden kann.**

VON MARK ELIAS NAPADENSKI

Im vergangenen Sommer hatte die Welt andere Sorgen als politischen Ikonoklasmus. Die Berichterstattung wurde immerhin von einer Pandemie dominiert. Dennoch waren im Zuge der Black-Lives-Matter-Bewegung auch Bilder von scheinbaren Nebenschauplätzen zu sehen: von Menschen, die im Begriff waren, Denkmäler zu stürzen.

So schien es zumindest im Mai 2020, als Demonstrant\*innen Statuen von Sklavenhändlern, Kolonialisten, Massenmördern – alles weiße Män-

ner – niederrissen. Dekolonialisierung als Begriff ist längst im Mainstream angekommen. Doch was ist, wenn lediglich Schande bleibt? So wie im Fall der Karl-Lueger-Statue auf der Wiener Ringstraße. Wenn als einzige Reminiszenz des Aufbegehrens ein Graffiti auf der Statue bleibt? Wenn die Forderungen, weil populär, zu einem rasch erstellten Instagram-Post werden?

Der Sturz – und der Wiederaufbau – von Herrschaftssymbolen, Statuen und Denkmälern wird gefordert, seit es solche gibt. Veränderungen im öffentlichen Raum, den Denkmäler einnehmen, rufen Stimmen hervor, die auf Mitgestaltung drängen, und werfen zusätzlich Fragen auf: Was soll sichtbar sein und was nicht? Ab wann muss eine Statue den Platz räumen oder einer anderen weichen, und wie sollte ein differenzierter Diskurs über das historische Stadtbild aussehen? Natürlich wird es auf diese Fragen keine eindeutigen Antworten geben,

weder im Feuilleton noch in wissenschaftlichen Debatten, und schon gar nicht – oder eben dort – im Wohnzimmer und auf der Straße. Hier geht es nämlich nicht um Fakten. Es geht um Deutungshoheiten, um Repräsentation und den Kampf gegen die Unterdrückung.

In den ehemaligen Südstaaten der USA wurden im vergangenen Jahr die Statuen von Sklavenhändlern und Dixie-Generälen, die für den Erhalt der Sklaverei kämpften, abgerissen. Diese Denkmäler wurden teilweise bis in die 1960er Jahre aufgestellt, also hundert Jahre nach dem offiziellen Ende der Sklaverei und in einer Zeit, als in den USA noch eine aktive Rassentrennung herrschte. Bis heute sterben vor allem in den ehemaligen Südstaaten täglich Schwarze, weil sie strukturellem Rassismus ausgesetzt sind. Dieser ist Teil der Debatte um den Denkmalsturz und lässt eine historische Kontinuität zu den gesellschaftlichen Problemen der

Gegenwart erkennen. Das Stürzen von Kolumbus-Statuen in den USA wirkt im Gegensatz dazu eher anachronistisch. Ein ähnliches Bild lässt sich in Großbritannien betrachten: In Bristol wurde die Statue des Sklavenhändlers Edward Colston vom Sockel gekippt und im Hafen von Bristol versenkt.

### Ausgeblendet und beleuchtet

Zeitgleich wurde in Deutschland der Abriss mehrerer Bismarck-Statuen gefordert, während im Zuge des Umbaus des Humboldt-Forums darüber diskutiert wurde, welche Ausstellungsstücke aus der Kolonialzeit stammen und unrechtmäßig aus ehemaligen deutschen Kolonien entwendet wurden. In Österreich wird die Debatte um Karl Lueger aufgewärmt, während in Russland Lenin-Statuen sukzessive russisch-orthodoxen Kirchen weichen müssen. In der Sowjetära hingegen war die Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale von Stalin abgerissen worden, um einer monumentalen Statue Lenins Platz zu machen, die jedoch nicht fertiggestellt wurde – und in 1990er Jahren wieder der rekonstruierten Kathedrale weichen musste. Seit dem Byzantinischen Reich mag er als politische Tradition gelten: der Ikonoklasmus. Ständig werden Denkmäler gestürzt und wieder errichtet, umdefiniert, neu gedeutet, ausgeblendet und beleuchtet. Geschichte wird

konstant neu verhandelt. Dass dies nun auch auf anderer Ebene, in sozialen Medien von einer sehr jungen Generation, aufgegriffen wird, ist eine dem Diskurs dienliche Tatsache.

Das Problem liegt in der Langlebigkeit des eigenen Interesses: Die einen können sich daran erinnern, dass politischer Ikonoklasmus auf unterschiedlichen Ebenen zu unterschiedlichen Zeiten existiert, während die anderen ihrer Forderung nach Gleichberechtigung und Sichtbarkeit mit einem „Like“ Ausdruck verleihen. Andere wiederum möchten sich durch das neue Interesse an alten Debatten bloß profilieren.

Ob die Statuen im Endeffekt stehen bleiben oder nicht, ist nebensächlich. Es geht darum, die Perspektive auf unsere Geschichte immer wieder neu auszuloten. Außerdem lassen sich viele dieser Beispiele eigentlich nur schwer vergleichen. Gemeinsam ist ihnen die Funktion als ideologisches Reißbrett, anhand dessen sich identitätsstiftende Positionen beziehen lassen.

### Artefakte aus düsteren Zeiten

Wie bei einem Seismografen, der die Erschütterungen der Gesellschaft anzeigt, können die Verhandlungen beobachtet werden: Die Linien, an welchen diskutiert wird, geben Auskunft über Funktionalität der Kommunika-

tion der verschiedenen Interessengruppen. Die wahre Errungenschaft ist, dass diese Debatte überhaupt geführt werden kann; und um diese Möglichkeit gilt es zu kämpfen, wenn es neben den Diktaturen dieser Welt eng wird. Nicht umsonst werden wohl am öftesten Statuen besiegter Diktatoren vom Podest gekippt: Stalin, Franco, Saddam Hussein oder Enver Hoxha. Die übriggebliebenen Artefakte aus düsteren Zeiten sind es, die einem diese Tatsache vor Augen führen.

All dem haftet, betrachtet man die Szenerie des vergangenen Jahres, ein Schein des Episodischen an. Dabei ist es nachvollziehbar, dass in einem solchen Jahr die Wogen hochgehen und sich lange geführte Debatten zuspitzen. Aber was geschieht, wenn tatsächlich nur die Schande bleibt? Wie soll damit umgegangen werden, wenn die Statuen von Antisemit\*innen und Massenmörder\*innen stehen bleiben?

Die Aneignung des öffentlichen Raums steht uns frei. Die Etablierung eines neuen Ortes durch seine Funktionalität lässt sich ohne materiellen Eingriff durchführen, aber möglicherweise geht es vielen gar nicht um die echte Auseinandersetzung mit der Geschichte. Vielleicht geht es doch eher um Geschichtsbeschönigung, um die plastischen Eingriffe einer Gesellschaft an ihren Denkmälern in einer sehr belastenden Gegenwart.



## PESSACH SAMEACH!

Ihre Partner für Berufsbildung und Arbeitsmarktintegration wünschen Ihnen allen ein koscheres, süßes und fröhliches Pessachfest!

**Bewerbung für LEHRE schon JETZT möglich**

Lehre zum/zur **Bürokaufmann/-frau**  
Lehre zum/zur **E-Commerce-Kaufmann/-frau**  
Lehre zum/zur **IT-Systemtechniker/in**

Anmeldung & Information **01/33 106-500 | [boi@jbbz.at](mailto:boi@jbbz.at)**

# Sind Juden weiß?

© NIENKE FONK



Amsterdam, 2020: Demonstration am Dam-Platz im Zuge von Black Lives Matter.

## Eine Ausstellung in Amsterdam beschäftigt sich mit der Frage, wo im Spektrum der Identitäts- und Repräsentationspolitik sich jüdische Menschen einordnen – und wo sie eingeordnet werden.

VON EMILE SCHRIJVER

Am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden Jüdische Museen häufig aus dem Bedürfnis des jüdischen Bürgertums, ihr religiöses Kulturerbe zu zeigen und zudem für die Nachwelt vor dem Vergessen zu retten. Diese Rolle als Bewahrerin bedrohten jüdischen Kulturerbes bekam durch die Ermordung von sechs Millionen europäischer Juden während des Zweiten Weltkriegs zusätzliche Bedeutung und Aufladung. Viel „verwaistes“ jüdisches Kulturerbe landete in den Jahrzehnten nach dem Krieg in Jüdischen Museen, die oft mit minimalen Mitteln und Personal die Verantwortung für diese Objekte auf sich nahmen. In den 1970er und 1980er Jahren fanden die Jüdischen Museen

eine neue Rolle. Eine immer größere Anzahl an Ausstellungen entstand, um jüdische Kultur, Kunst und Geschichte zu feiern. Immer mehr jüdische und vor allem nichtjüdische Besucher fanden den Weg in diese Museen, die bedeutsame kulturelle Institutionen wurden.

Zur gleichen Zeit entstanden auch viele Holocaust-Museen. Jüdische Museen fanden ihre eigenen Wege, mit dem Holocaust umzugehen. Diese reichten von einem Minimum an Aufmerksamkeit innerhalb einer Dauerausstellung bis hin zur buchstäblichen Allgegenwärtigkeit. In unserem Jahrhundert wurde schließlich die Rolle externer Faktoren immer wichtiger: die israelische Politik, der Einfluss jüdischer Gemeinden auf jüdische Museen und der wachsende Antisemitismus.

### Erhöhter Druck

Diese Themen können je nach Land von unterschiedlicher Bedeutung sein. Das Jüdische Museum in Berlin bekam wegen einer kritischen Ausstellung über Jerusalem einen Rüffel von Benjamin Netanjahu, der Angela Merkel ein Papier mit der Forderung übergab, das Museum nicht länger zu unterstützen. Als der Druck um den

politischen Kurs des Museums zu groß wurde, musste der Direktor seinen Hut nehmen. Auch im Warschauer POLIN Museum wurde der Direktor entlassen, weil der zuständige polnische Minister sich wegen einer kritischen Äußerung weigerte, dessen neuerliche Ernennung zu bestätigen. Zuletzt geriet in Polen auch die wissenschaftliche Freiheit beim Thema Holocaust unter politischen Druck, nachdem zwei Historiker angeklagt wurden, weil sie gewagt hatten, die polnische Kollaboration beim Holocaust zu thematisieren.

Zu all dem kommt vor allem seit letztem Jahr die Black-Lives-Matter-Bewegung. Viele Jüdische Museen fühlten sich berufen, ihre Solidarität zu bezeugen. Auch in Amsterdam taten wir dies, interessanterweise teilweise auf Initiative unserer jüngsten Mitarbeiter. Unter anderem schrieben wir: „Das Joods Cultureel Kwartier bezieht deutlich Stellung gegen jede Art von Rassismus, Ausgrenzung oder ungleiche Behandlung von Bevölkerungsgruppen. Wir schließen uns dem weithin getragenen Protest gegen Rassismus gegenüber Mitgliedern der schwarzen Gemeinschaft an, der seit dem gewaltsamen Tod George Floyds in Minneapolis weltweit zum Ausdruck gebracht wird.“

Weiters teilen wir die große Besorgnis bezüglich aller anderen Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung, in den Niederlanden wie außerhalb ... Museen spielen in der gesellschaftlichen Debatte über Rassismus eine wichtige Rolle. Durch Akzentuierung ihres Programms und Museumspädagogik können sie zu wachsendem Bewusstsein über rassistische und diskriminierende Tendenzen beitragen. Gemeinsam mit unseren Besuchern können wir unsere Stimmen erheben gegen alle Formen von Rassismus, ob institutionell oder privat.“

### Ein neuer Weg

Schon viel länger hatte ich darüber nachgedacht, wie in unserem musealen Kontext mit wachsendem Antisemitismus umzugehen sei. Zu Recht erwartet man von uns, dass wir uns

zur spezifischen Situation von Juden in aktuellen gesellschaftlichen und politischen Debatten äußern. Tun wir dies nicht, sind wir meiner Meinung nach innerhalb von zehn Jahren vollkommen irrelevant.

In Amsterdam werden wir irgendwann zweifellos eine große Retrospektive über die Geschichte des Antisemitismus machen (was ich vor fünf Jahren übrigens noch nicht mit Sicherheit zu behaupten gewagt hätte). Eine solch große Ausstellung aber erfordert eine lange Vorbereitung, doch gerade derzeit ist eine schnelle museale Einmischung gefragt. Angeregt durch einen Artikel des Publizisten Gideon Querido van Frank, der im Sommer 2019 in der niederländischen Wochenzeitung *Vrij Nederland* erschien, und der auf die Frage einging, wie und weshalb die Linke im Streit gegen „white privilege“ ein ums andere Mal auch die Juden zu treffen scheint, beschlossen wir, diesmal einen anderen Weg einzuschlagen.

Drei Gastkuratoren, Gideon Querido van Frank, Lievnath Faber und Anousha Nzume, die jeweils aus ihrer jüdischen Identität heraus auf die eine oder andere Art mit der Emanzipation von Minderheiten zu tun haben, bekamen von uns den Raum, um unter dem Titel *Sind Juden weiß?* ein kleines Ausstellungsprojekt mit großen Ambitionen und einem besonderen Veranstaltungsprogramm zu organi-

sieren. Natürlich geht es in *Sind Juden weiß?* nicht um die Hautfarbe von Juden, sondern um die Frage, wo sie sich im Spektrum der Identitäts- und Repräsentationspolitik befinden.

Sind sie bevor- oder benachteiligt? Opfer oder Täter? Wie erleben sie das selbst? Und wie werden sie von anderen gesehen? Verschiedene Emanzipationsbewegungen stehen zunehmend füreinander ein, ausgehend von dem Gedanken, dass Unterdrückungssysteme einander überlappen und sich ein Problem nicht ohne das andere lösen lässt. Oft jedoch ist es bitter zu sehen, wie deutlich das Thema Antisemitismus in dieser Solidarität unter verschiedenen verfolgten Gruppen fehlt. Mehr noch: Immer häufiger wird von der „jüdisch-christlichen Kultur“ gesprochen, sodass Juden als Teil der etablierten Ordnung erscheinen.

Unsere Gastkuratoren sprachen vor der Kamera mit sehr unterschiedlichen Menschen. Jüdische, nichtjüdische, eher links oder eher rechts orientierte Personen, farbige, weiße, „White Passing“ oder Mitglieder der LGBTQI+-Bewegung äußern sich zur Frage, wie sie sich selbst und andere sehen. Teile dieser Interviews bilden als Videoinstallation das Herz dieser Ausstellung.

Die Veranstaltungen, die wir mit externen Parteien organisieren, haben anregende Titel wie *Seltsame Bettgenossen* (zur zentralen Frage, warum Antisemitismus keine Priorität heu-

tiger Emanzipationsbewegungen ist) und *Jews of Colour* (wobei Gastkuratorin Anousha Nzume mit anderen „Jews of Colour“ diskutiert).

Später im Jahr 2021 organisieren wir eine große Veranstaltung, mit der wir auf *Sind Juden weiß?* zurückblicken, aber auch einen Ausblick auf unser zukünftiges Programm rund um dieses heikle Thema geben.

Ich glaube noch immer an das traditionelle Jüdische Museum. Noch immer komme ich gerne in ein Museum, um mich überraschen zu lassen, neue Dinge zu erfahren, Schönheit zu erleben und oft nicht mehr bestehenden jüdischen Lebens zu gedenken. Aber Museen sind auch hervorragende „safe spaces for unsafe ideas“. Gerade in unsicher scheinenden Zeiten ist die Art verlässlicher, wohlüberlegter, anregender und inspirierender Einmischung, die Museen bieten können, von großer Bedeutung. Darum haben wir *Sind Juden weiß?* gemacht.

Emile Schrijver ist seit 2015 Generaldirektor des Joods Historisch Museum und Joods Cultureel Kwartier (JCK) in Amsterdam. Die Ausstellung „Sind Juden weiß?“ ist bis 1. August 2021 ebendort zu sehen. [www.jck.nl](http://www.jck.nl)

Übersetzung aus dem Niederländischen: Tobias Müller



**mibag** wieder gut.

**www.mibag.at**  
**24h Notruf 0800 500 808**  
**Mibag Wien 01 6157159**

**SANIERUNG von BRAND- und WASSERSCHÄDEN**  
 Ob großer Industrieschaden oder kleiner Privatschaden - mibag als Marktführer in Österreich mit qualifizierten Teams, umfangreichem technischen Know-how und hoher Flexibilität kann jedem Schaden gegenüberreten.

Wir wünschen allen Verwandten und Freunden ein fröhliches Pessach-Fest

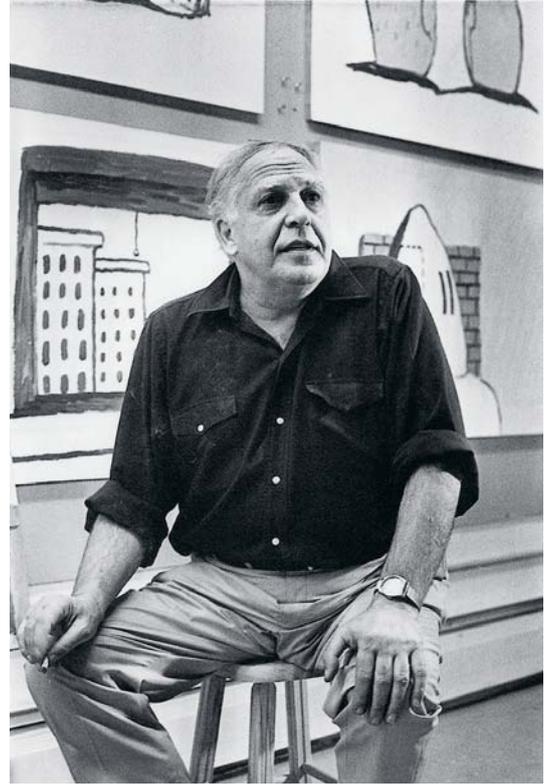
**חג שמח**

**Danielle und Martin Engelberg**  
**Sammy, Rachel, Debbie**

**Oberrabbiner**  
**Chaim**  
**Eisenberg**

wünscht allen Verwandten und Freunden ein fröhliches Pessach-Fest

**חג שמח**



Frühestens in einem Jahr im Museum zu sehen: Philip Gustons „Courtroom“ (1970).

# Ein gequälter Talmudist

**Zuerst wurde die Ausstellung des jüdischen, linken und antirassistischen Künstlers Philip Guston (1913–1980) wegen Corona um ein Jahr in den Juni 2021 verlegt. Doch dann verschoben vier internationale Museen die lange geplante Retrospektive neuerlich: Sein Ku-Klux-Klan-Zyklus könnte das Publikum verstören. Chronik eines Kunstkandals.**

VON ANDREA SCHURIAN

*Philip Guston Now* hätte die Ausstellung heißen sollen, fünf Jahre arbeitete Kurator Mark Godfrey an der großen Retrospektive über einen der wichtigsten Künstler des 20. Jahrhunderts. Doch „Now“ ist jetzt einmal gar

nichts. Feigheit und Bigotterie lassen sich dieser Tage mitunter recht trefflich als Political Correctness schönschminken. So haben die Direktoren der National Gallery in Washington, des Bostoner Museum of Fine Arts und der namensgleichen Institution in Houston sowie der Tate Modern in London (zwei Frauen, zwei Männer zwischen Mitte fünfzig und siebzig, weiße Upperclass) im Herbst eine seit fünf Jahren in Vorbereitung befindliche Retrospektive von Philip Guston vorsorglich gecancelt. Und, mit ängstlichem Blick auf Black Lives Matter, zunächst auf frühestens 2024 verschoben.

Der Kurator der Tate, Mark Godfrey, der diese Ausstellung vorbereitet hatte und nun dagegen proestiierte, weil diese Verschiebung „extrem bevormundend gegenüber Betrachtern“ sei, „denen unterstellt wird, sie seien nicht in der Lage, die Nuancen und den politischen Gehalt von Gustons Werk zu würdigen“, wurde gefeuert. Die vier Museumsdirektoren indes schwafelten in ihrem Gemeinschaftsblabla, in ein paar Jahren könne „die machtvolle Bot-

schaft sozialer und Rassengerechtigkeit, die im Kern seines Werke steckt, deutlicher interpretiert werden.“ Ernsthaft? Philip Guston ist seit nunmehr 41 Jahren tot, er starb am 7. Juni 1980 in Woodstock. Sein Œuvre ist bestens bekannt.

Keine kruden Überraschungen wurden posthum im Atelier entdeckt. Es wäre also auch schon bisher ausreichend Zeit gewesen, ihn und sein Werk gründlich zu erforschen, statt mit vagen Rassismusvermutungen schwerst zu beschädigen. Es handle sich dabei um eine beschämende Form vorauseilender Selbstzensur, diagnostizierte Jörg Heiser, Kunsthistoriker und Co-Chefredakteur der internationalen Kunstzeitschrift *frieze*, in einem Interview mit dem *Deutschlandfunk*: „Cancel Culture ist in erster Linie ein konservativer Impuls, Dinge zu verhindern, statt sie kritisch zur Diskussion zu stellen.“

## Feigheit der Museen

Heiser ist einer jener internationalen Kunstschaffenden, Kuratoren

und Kritiker, die in einem Protestbrief die Vorgangsweise der vier Museumschefs scharf kritisierten (nur Österreichs Szene blieb unbehaglich still, vermutlich will man es sich nicht mit den Chefs der großen Häuser verscherzen). Auch der Kunstkritiker und Guston-Biograf Robert Storr geißelte die „Feigheit der Museen. (...) Gerade jetzt, wo die wiederauflebenden Kräfte des Nativismus und der Bigotterie unmittelbar das Gewebe der amerikanischen Gesellschaft bedrohen, ist der richtige Moment, um Gustons Werk neu zu betrachten.“

Dass Guston, unbeirrt von herablassenden Urteilen zeitgenössischer Kritikerpápste, mit aller Wucht und subversiver Ironie gegen Rassismus und Antisemitismus anmalte, wird aber sowieso jedem sofort sonnenklar, der sich auch nur peripher mit Gustons Kunst und Leben beschäftigt.

### Bad Paintings

Geboren wurde der herausragende Maler der US-amerikanischen Moderne als Philip Goldstein 1913 als jüngstes von sieben Kindern russisch-jüdischer Flüchtlinge. 1919 übersiedelte die Familie nach Los Angeles, wo sich der Vater wenige Jahre später erhängte. Der damals erst zehnjährige Philip fand die Leiche. Leid, Rassismus, Antisemitismus waren Gustons Begleiter von Kindesbeinen an, hautnah erlebte er Übergriffe, ja, Lynchmorde, die der Ku-Klux-Klan an Juden und Schwarzen verübte. Diese Erfahrungen und Erlebnisse prägten sein linksliberales

Engagement und seine – zunächst abstrakt expressionistische – Kunst. Der Autodidakt etablierte sich, neben Jackson Pollock, Willem de Kooning und Mark Rothko, in der New Yorker Kunstszene als einer der wichtigsten Vertreter des Abstrakten Expressionismus.

Doch er brach mit dem Reinheitsgebot der abstrakten Kunst, sie schien ihm angesichts der Studentenproteste, des Vietnamkriegs und der Rassenunruhen unzulänglich. Stattdessen malte er nun figurativ, wild, anarchistisch, seine in Pink, Rot, Schwarz und kräftigem Blau gemalten, cartoonesken Figuren mit ihren grobschlächtigen Köpfen und Gliedmaßen rauchten und sofften. Seine *Bad Paintings* gelten als Vorreiter der postmodernen Malerei. In mehreren Zyklen beschäftigte sich Guston mit dem Ku-Klux-Klan, auch sich selbst malte er als Kapuzenmann: „Ich versuchte mir vorzustellen, wie es wohl wäre, wenn ich mit dem Klan leben würde“, erklärte er: „Wie wäre es wohl, böse zu sein?“ Just sein KKK-Zyklus war nun Grund für die Verschiebung: Es bestünde die Gefahr, dass er falsch interpretiert werde und diese Fehlinterpretation die Gesamtheit des Werks überschatten könne. Außerdem wolle man eventuelle „schmerzhafte Erfahrungen“ des Publikums vermeiden.

### Kein Safe Space

Ist die Wahrheit dem Menschen echt nicht mehr zumutbar? Selbstständiges Denken unerwünscht? Ein Museum ist kein Safe Space, sondern ein Ort emo-

tionaler Erschütterungen, schöner wie verstörender Erfahrungen. Noch ein paar Jahre falsch verstandener Political Correctness, und das Publikum ist vollentmündigt. Triggerwarnungen an US-Unis (fallweise auch hierorts) vor eventuell unbehaglichen Inhalten weisen die Richtung in eine politisch korrekt gereinigte, schöne neue Kunstwelt, wo es schließlich nur mehr das Reine und Wahre gibt? Cancel Culture, schrieb Marcus Woeller im Feuilleton der Zeitung *Die Welt* anlässlich der Guston-Verschiebung, sei die Kultur, oder besser: die Unkultur der Absage, des Sockelsturzes, der sozialmedialen Diffamierung aus Gründen der – vermeintlichen – politischen Korrektheit.

### Laborwissenschaftler

2020 war nicht nur, aber auch für Museen ein Albtraumjahr: „Wir sind an einem Punkt angelangt“, schrieb Kurator Mark Godfrey in den sozialen Medien, „an dem große Institutionen Angst haben, Arbeiten wie geplant zu zeigen oder neu zu kontextualisieren. Was sollen Museen in diesen turbulenten Zeiten tun?“ Die vier Museen haben – wohl auch aufgrund des internationalen Aufschreis in der Kunstszene – den geplanten Start der Guston-Ausstellung neuerlich verlegt, diesmal allerdings zeitlich nach vor statt nach hinten: Sie soll jetzt 2022 in der National Gallery of Art in Washington gezeigt werden, ehe sie ihre Tour durch die drei anderen Häuser antritt. Ob dann auch alle Leihgeber bei diesem Verschiebeparkplatz für Gustons Kunst wieder mit dabei sind? Musa Mayer, die Tochter des Künstlers und eine der wichtigsten Leihgeberinnen, ist sich da nicht so sicher. Ihr Vater, ließ sie die zögernden Damen und Herren Museumschefs zutiefst verletzt und empört wissen, habe schon vor fünfzig Jahren dem weißen Amerika einen Spiegel vorgehalten und systemischen Rassismus entlarvt.

Philip Guston selbst bestand übrigens gegen Ende seines Lebens darauf, dass das, was er mache, keine Kunst sei. Er nannte sich lieber einen Laborwissenschaftler („laboratory scientist“), einen Feuer- und Schwefel-Prediger („fire-and-brimstone preacher“) oder, am liebsten, einen gequälten Talmudisten („a tortured Talmudist“).



Ein Stein des Anstoßes: Gustons paffende Kapuzenmänner in „Riding Around“ (1969).

# Ein endlos geflochtenes Band

© APPLE TV+



Verstörendes Spiel: Lihi Koronowski als Femme fatale in „Losing Alice“.

## Der internationale Erfolg israelischer Fernsehserien reißt nicht ab: „Losing Alice“ von Sigal Avin ist ein verstörend-faszinierender Neo-Noir-Albtraum.

VON MICHAEL PEKLER

„Es ist schwer, bei etwas so Verrücktem so genau zu sein.“ Das Drehbuch, das die Regisseurin Alice (Ayelet Zurer) in Händen hält, hat es in sich. Die Szenen sind offenbar überwältigend, zugleich bedrohlich und explizit.

Alice hat das Skript in ihrem Postfach zwei Wochen lang nicht beachtet, bis sie auf der Heimfahrt im Zug – war es tatsächlich ein Zufall? – die Autorin kennengelernt hat. Die junge Sophie (Lihi Koronowski) hat sich als Bewunderin ihrer Arbeit geoutet, war angeblich sogar in einem von Alice' früheren Schreibkursen. Nun soll *Room 209*, so der Titel, sogar verfilmt werden. Zuhause angekommen, erzählt Alice ihrem Mann David (Gal Toren), einem populären Schauspieler, von der merkwürdigen Begegnung. Er kennt das Buch, denn er ist bereits als männlicher Hauptdarsteller engagiert. „Ziemlich pervers“, meint er.

Es sei die Geschichte einer jungen Frau, die mit dem Vater ihrer besten

Freundin ein SM-Verhältnis beginnt – mit fatalen Folgen.

Alice liest *Room 209* in derselben Nacht zu Ende. Kann man sich so etwas ausdenken? Alice ist Mitte vierzig, hat zwei Kinder und ein wunderschönes Haus. Merkwürdig allerdings sind die riesigen, einsehbaren Fenster. Oder auch, dass die Schwiegermutter ständig zu Besuch ist und wenig subtil Besitzansprüche auf ihren Sohn anmeldet. Einmal trägt sie das seidene Nachthemd der Schwiegertochter. Alice durchlebt eine Schaffenskrise, dreht Fernsehwerbespots, kann nicht mehr schreiben.

Sie weiß, dass *Room 209* sie als Regisseurin retten würde. Was sie nicht weiß: Sophie hat sie längst dafür ausgesucht. Ist plötzlich immer da, erscheint zum Kindergeburtstag und malt der kleinen Tochter tiefrote Lippen. Trifft die für die Hauptrolle vorgesehene Schauspielerin am Vorabend des Castings, worauf diese völlig verstört in Tränen ausbricht. Bringt sich selbst für die Rolle in Position und hat – wie die junge Frau in ihrem Buch – einen älteren Freund. Und wie in *Room 209* geht es von Beginn an auch in *Losing Alice* um Verlangen. Um Obsession. Um das Spiel mit der Macht, die man über andere Menschen besitzt. Oder über die Freundin, wenn diese sich nicht mehr zu helfen weiß und – wie in den ersten Minuten der Serie zu sehen – in einem Hotelzim-

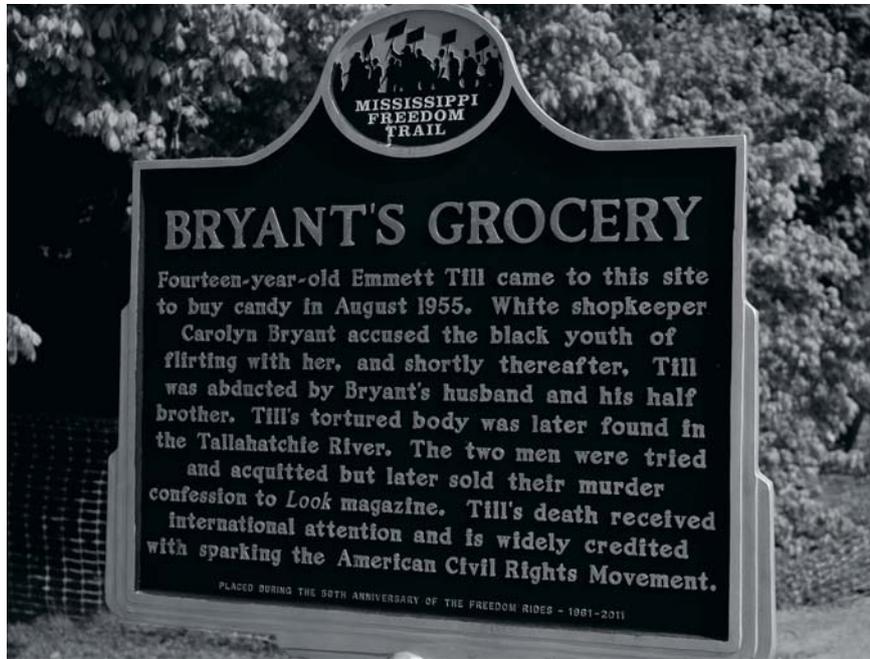
mer nach Erlösung sucht. *Losing Alice* ist eine der ungewöhnlichsten Fernsehserien dieser Tage und stammt – einmal mehr – aus Israel. Im vergangenen Sommer im israelischen Fernsehen und nun von Apple TV international veröffentlicht, stammt der achttellige Thriller, anders als viele Mainstreamproduktionen von Netflix und Co. nämlich aus einer Hand – und erinnert damit mehr an klassisches Autorenkino als an konventionelles Serienfernsehen. Sigal Avin, in Florida geboren und im Alter von zehn Jahren mit den Eltern nach Israel emigriert, hat als Drehbuchautorin und Regisseurin in Personalunion ein Szenario entworfen, in dem Psychohorror, Neo-Noir-Albträume und Gesellschaftsstudie ineinander übergehen.

Vieles wirkt vertraut oder zumindest so vertraut wie die Filme von Hitchcock, De Palma und Lynch, die *Losing Alice* teilweise sogar direkt zitiert. Doch die zahlreichen Verweise und Anspielungen braucht man nicht zu kennen, um sich auf dem doppelten Boden, auf den man hier geführt wird, ziemlich unwohl zu fühlen: Ist das die wie üblich als Realität getarnte Fiktion einer unüblichen Fernsehserie? Sind die Vor- und Rückblenden, die einen hier wiederholt überrumpeln, Erinnerungsfetzen aus Alice' Vergangenheit oder schaurige Zukunftsvisionen? Oder sind es bereits Aufnahmen aus *Room 209*, als Film im Film, wie Alice sich diesen vorstellt?

Die erstaunliche Kunstfertigkeit von *Losing Alice* liegt darin, wie Sigal Avin ihre Heldin offenen Auges in ihr offensichtliches Verderben laufen lässt: Wie ein endlos geflochtenes Band verwickeln sich die Halluzinationen und Fantasien von Alice und David mit der Geschichte von Sophie, die als Femme fatale mit Pagenkopf eine Falle nach der anderen aufstellt. Jedenfalls glaubt man das. Bis man erkennt, beim Zuschauen selbst in einer solchen gelandet zu sein.

„Losing Alice“ (Israel 2020, 0mU, 8 Episoden) ist auf Apple TV+ zu sehen.

# Die Gegenwart steht auf dem Spiel



Gedenktafel für Emmett Till als Wegweiser in Money, Mississippi. Der Freispruch für seine Mörder löste große Proteste unter der schwarzen Bevölkerung der Südstaaten aus.

**Mit „Von den Deutschen lernen“, ihrem historisch-politischen Roadmovie-Roman durch den Süden der USA, beschreibt Susan Neiman die unterschiedlichen Ansätze zur Aufarbeitung der deutschen NS-Vergangenheit. Und macht ersichtlich, wie Gesellschaften mit dem Bösen in der eigenen Geschichte umgehen.**

VON MICHAEL J. REINPRECHT

Der Titel dieses Buches überrascht – und verstört zugleich. Vor allem aus hiesiger Sicht, hat doch Österreich seine eigene Schuld am NS-Verbrechen viel zu lange mit der flaumigen Kuschedecke des Opfermythos zugedeckt und erst sehr spät seine Mittäterschaft anerkannt. Allerdings hält Susan Neiman der heimischen Leser-

schaft nolens volens den Spiegel vor, wenn sie sagt, sie glaube fest daran, „dass wir nicht wissen, wohin wir gehen, wenn wir nicht die Vergangenheit erinnern“.

„Vergangenheitsaufarbeitung“ war das erste Wort, das die jüdische US-Amerikanerin aus Georgia bewusst aufnahm, als sie nach sechsjährigem Philosophiestudium in Harvard 1982 zu einem Post-Doc-Aufenthalt nach Berlin zog. „Warum machen wir das nicht in den USA?“, fragte Neiman sich. Warum sind Hiroshima, der Vietnamkrieg, ja vor allem der amerikanische Bürgerkrieg kein Thema einer solchen Aufarbeitung?

Das Massaker an schwarzen Teilnehmern einer Bibelrunde in Charleston, South Carolina, im Juni 2015 war für sie dann Anlass, dieses Buch vergleichender Geschichtsbetrachtungen zu schreiben. Jahrelang hatte sie zuvor verfolgt, wie die Deutschen gelernt hatten, „mit dem Bösen in ihrer Geschichte umzugehen“. Denn: „Ich bin nach Berlin gekommen, weil ich mehr über die Nazis erfahren wollte.“ Neiman beobachtete mit dem Senso-

rium der Außenstehenden, wie unterschiedlich die Aufarbeitung der Geschichte in der DDR und der BRD ablief. Mit ihrem Buch will sie auch „gegen die Stimmen anschreiben, die mit Hinweisen auf den Aufstieg der extremen Rechten auf parlamentarischer Ebene (AfD) bzw. dem rechten Terror den Erfolg der Aufarbeitung der Verbrechen der Nazi-Diktatur relativieren“, so die Autorin vergangenen Sommer bei einer Diskussion mit dem deutschen Schriftsteller Ingo Schulze an der Volksbühne Berlin.

Für den im Dunstkreis der österreichischen Debatte großgewordenen Leser ist der Beitrag des Buches zu „gleichwertiger Behandlung“ der Vergangenheitsbewältigung beider deutscher Staaten vor 1990 spannend. In einer Reihe von Gesprächen mit Intellektuellen, Politikern und Künstlern diskutiert Neiman die Frage, ob der „verordnete Antifaschismus“ in der DDR sinnvoll war. Sie untersucht Ursache und Wirkung der erst zögerlichen, dann aber umso engagierteren Aufarbeitung der Bonner Republik bis hin zu den wesentlichen Schritten kol-

# Die Denkmäler der Konföderierten stehen immer noch. Doch sie sind in jüngster Zeit – sowohl im Gefolge der Black-Lives-Matter-Bewegung als auch angesichts des Erstarkens der White-Supremacy-Ideologie – in die Schusslinie der Kritik geraten.

lektiver Erinnerung im wiedervereinigten Deutschland.

Die Debatte rund um das Entstehen des Holocaust-Mahnmals am Berliner Brandenburger Tor ist ein gutes Beispiel. Nicht nur für die deutsche Erinnerungsarbeit selbst, auch die rechtsradikale Kritik an ihr: „Wir Deutschen sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat“, lässt Neiman den Neofaschisten und AfD-Politiker Bernd Höcke zu Wort kommen. Um im gleichen Atemzug befreiend zu bemerken, wie undenkbar die Vorstellung eines Deutschland sei, „das voller Denkmäler für Menschen wäre, die für die Nazis gekämpft haben“.

## Sichtbar gemachte Werte

Denn in den Südstaaten der USA ist das nicht so. Neiman, geboren 1955 in Atlanta, führt den Leser ganz direkt in den Diskurs über die Aufarbeitung des Amerikanischen Bürgerkriegs vor 150 Jahren und der darauf folgenden, jedoch sehr langsamen „Normalisierung“ des Verhältnisses zwischen Schwarz und Weiß. Die Autorin lässt uns teilhaben an der jüngsten Geschichte des „tiefen Südens“ und an verwurzelten Narrativen (vor allem des „Lost Cause“), die dem europäischen Leser zumeist nur peripher bekannt sind.

Aus der jüngeren Geschichte kommen als Fallbeispiele der grässliche Lynchmord an dem 14-jährigen Emmett Till 1955 in Mississippi, dessen weiße Mörder freigesprochen wurden und anschließend die Story ihrer abscheulichen Tat gegen gutes Honorar einer Illustrierten verkauft. Oder die Geschichte der schwarzen Amerikanerin Rosa Parks, die – während der Prozess gegen die Mörder Tills verhandelt wurde – ins Gefängnis wan-

derte, weil sie sich geweigert hatte, ihren Sitzplatz im städtischen Bus von Montgomery, Alabama einem weißen Fahrgast freizumachen. Beide Fälle standen am Beginn der wirkmächtigen Bürgerrechtsbewegung, die 1964 mit dem Civil Rights Act von Erfolg gekrönt wurde. Knapp hundert Jahre nach Ende der Abschaffung der Sklaverei im Süden der USA.

Und die Denkmäler der Konföderierten stehen immer noch. Doch sie sind in jüngster Zeit – sowohl im Gefolge der Black-Lives-Matter-Bewegung als auch angesichts des Erstarkens der White-Supremacy-Ideologie – zunehmend in die Schusslinie der Kritik geraten. Neiman thematisiert dies, ohne die Frage nach Cancel Culture direkt beim Namen zu nennen.

Die meisten Statuen zum Gedenken an die Südstaaten-Föderation waren 50 Jahre nach dem Bürgerkrieg mit dem Ziel aufgestellt worden, „den Mythos des Lost Cause zu erschaffen“, schreibt Neiman. Denn bei Denkmälern ginge es nicht um Geschichte, „es sind sichtbar gemachte Werte“. Sie sind wichtiges Werkzeug zur Schaffung und zum Erhalt der Narrative: „Nicht die Vergangenheit steht dabei auf dem Spiel, sondern die Gegenwart und die Zukunft.“

## Das Seelenleben einer Nation

Letztlich stellt Neiman den Deutschen kein schlechtes Zeugnis aus: Wenn sie etwa das Holocaust-Museum an der Washington Mall erwähnt, zugleich aber ein Denkmal, das an die amerikanische Sklaverei und den Völkermord an den Native Americans erinnern würde, vermisst. „Würden wir Einwände erheben gegen Deutsche, die zwar einräumten, dass der Holocaust schrecklich war – dann aber im Zentrum Berlins nur ein Denkmal zur Erinnerung an die amerikanische

Sklaverei errichten?“ Der Hamburger Literaturwissenschaftler und Kunstmäzen Philipp Jan Reemtsma brachte es in einem Gespräch mit der Autorin vergangenen November auf den Punkt: „Es ist von entscheidender Bedeutung für das Seelenleben bzw. das politische Leben einer Nation, sich der eigenen Vergangenheit – vor allem wenn diese Vergangenheit eine verbrecherische gewesen ist – zu stellen.“

Susan Neiman leistet mit ihrem Buch einen spannenden Beitrag zur Frage eines von Achtsamkeit und Ehrlichkeit geprägten Umganges mit der eigenen Geschichte. Denn selbst wenn Wokeness und Political Correctness im gesellschaftlich-politischen Diskurs zu den Werten von Gedankenfreiheit und der Freiheit der Rede in Widerspruch stehen können – in der Frage der Bewältigung und Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit haben sie unwidersprochen ihren Platz.



Susan Neiman  
Von den Deutschen lernen  
Wie Gesellschaften mit dem Bösen in ihrer Geschichte umgehen können  
Aus dem Englischen von Christiana Goldmann  
Hanser, München 2020  
576 S., EUR 28,80

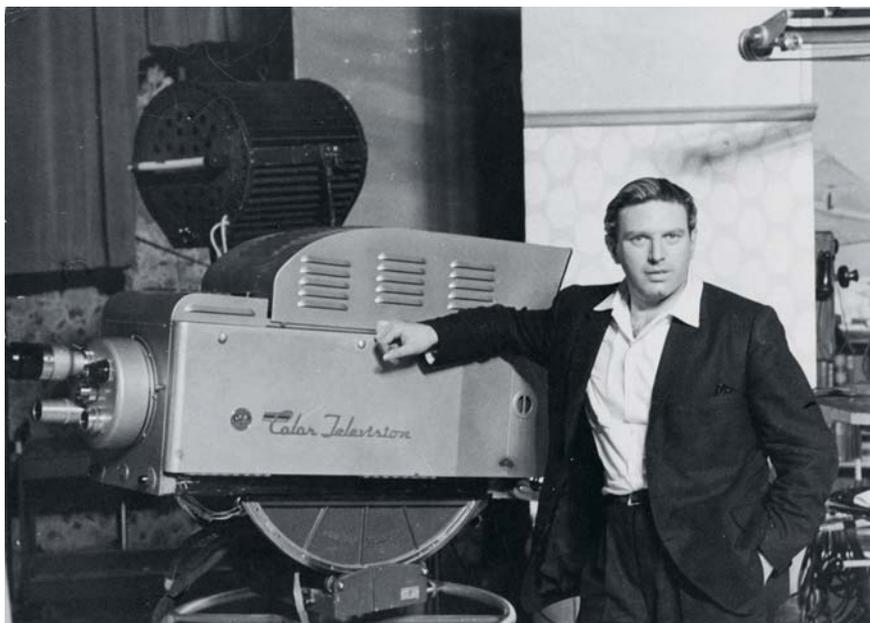


Bild Links:  
Machte in Musicals ebenso gute Figur wie in Hollywooddramen: Theo Bikel vor der Kamera.

Bild rechts:  
Lieber Sänger als Schauspieler: Theo Bikel, Mitbegründer des Newport Folk Festivals.

# Hollywoods Mann für alle Fälle

**Theodore Bikel gelang als Teenager die Flucht vor den Nazis. In Hollywood arbeitete der gebürtige Wiener mit Filmgrößen, in Österreich geriet er weitgehend in Vergessenheit. Zu hoffen ist, dass das von seiner Witwe posthum herausgegebene Kinderbuch „The City of Light“ über Wien einen deutschsprachigen Verlag findet.**

VON GABRIELE FLOSSMANN

„Nichts würde ich lieber tun, als heute an deiner Stelle den 90. Geburtstag zu feiern, denn dann wüsste ich, dass ich noch einige schöne Jahre vor mir habe.“ Vor knapp sieben Jahren beneidete der damals 97-jährige Hollywoodveteran Kirk Douglas einen Schauspielerkollegen um dessen „jugendliche“ neun Dezennien an Lebensalter. Es war Theodore Bikel, der Anfang Mai 2014 in Los Angeles inmitten zahlreicher illustrierter Gäste aus Poli-

tik und Showbusiness seinen Neunziger feierte. Darunter Steven Spielberg, der Bikel als „Mentor und Mensch“ würdigte. Die tiefe Freundschaft der beiden betagten Herren Kirk und Theo, wie ihn Freunde nannten, basierte – wie beide stets betonten – auf ihren jüdischen Wurzeln. Im Laufe der gemeinsamen, nicht immer leichten Jahrzehnte in Hollywood war die Verbundenheit stetig gewachsen. Nicht sieben, sondern sechs gute Jahre sollten es für Kirk Douglas noch werden. Theo Bikel hingegen war nach seinem eigenen großen Geburtstagsfest nur mehr ein Jahr vergönnt: Er starb am 21. Juli 2015 in Los Angeles.

Warum – so wird man sich nun fragen – beginnt die Vorstellung eines neuen Kinderbuchs ausgerechnet mit dem 90. Geburtstag und dem ein Jahr darauf folgenden Ableben des Autors? Weil dabei alles mit (fast) allem zu tun hat. Theodore Bikel hatte kurz vor seinem Neunziger eine neue Frau „erobert“ und die Journalistin und Israel-Korrespondentin Aimee Ginsburg geheiratet. Und sie war es auch, die in Bikels Nachlass ein Kinderbuch gefunden hat, das er selbst nicht zu publizieren wagte. Aimee Ginsburg-Bikel unternahm dieses Wagnis posthum. Versehen mit ihrem Vorwort und

Zeichnungen von Noah Philipps ist nun *The City of Light* erschienen: Die Geschichte der glücklichen Kindheit eines Bubens in Wien. In einem Wien als Stadt des Lichts. Einer Stadt, in der alles in Ordnung war. Verheißungsvoll und voller Wärme: „The boy was thirteen. The city he lived in was all light – a city of waltzes, of sweet confections.“ So lauten die ersten Zeilen des Buches, das leider – noch – nicht in deutscher Sprache erschienen ist.

## Vom Broadway nach Los Angeles

Unter der Oberfläche, so erzählt das Buch weiter, führten allerdings Hass, Bigotterie und Antisemitismus zu schrecklichen Ereignissen. Als knapp 14-Jähriger wurde der Bub zum Flüchtling. Und zum Asylsuchenden in Israel. Die letzten Zeilen sind versöhnlich und lauten: „Maybe we cannot fix everything that has been broken, but with our song and with our love, we can always find our way back to the life.“ Als Leser dieses kleinen Buches sollen wir also lernen, dass wir die einstige Stadt des Lichts wieder zum Leuchten bringen können – und Güte und Gerechtigkeit. Das Buch, das auch erwachsenen Lesern empfohlen werden kann, enthält im Anhang ein jiddisches Glossar für Kinder, ein



Rezept für Honigkuchen und ein altnes Chanukka-Lied.

Unschwer lässt sich erkennen, dass dieses (Kinder-)Buch auf Theo Bikels eigener Biografie basiert. Der am 2. Mai 1924 geborene Theodor – benannt nach Theodor Herzl, dem Idol seiner Eltern – musste 1938 aus seiner Heimatstadt fliehen. Gemeinsam mit seinem Vater Joseph und seiner Mutter Miriam landete er in Palästina. Seinen künstlerischen Durchbruch hatte er wenige Jahre später in den USA. Seine Filmkarriere begann mit einer kleinen Rolle an der Seite Humphrey Bogarts in *African Queen* von John Huston. Trotz der vielen eindrucksvollen Rollen, die er in zahlreichen Filmen und am Broadway spielte, und trotz der vielen Preise, die er als Schauspieler erhalten hatte, sah sich Bikel, der 1959 das Newport Folk Festival mitbegründete, lieber als Folksänger. Sein Repertoire umfasste vor allem Songs aus Russland, Osteuropa und Israel. Die Mitglieder der in den 1960er Jahren höchst erfolgreichen Folk-Gruppe Peter, Paul and Mary bezeichneten Theodore Bikel als ihr großes Vorbild.

Und Bob Dylan hätte möglicherweise ohne Theo Bikel keine so große Karriere gemacht. Tatsächlich war es Bikel, der Dylan 1964 zur Teilnahme am Newport Folk Festival überredet hatte. Erst dort nahm Bob Dylans legendäre Karriere ihren Anfang. Wofür Bob „seinem Theo“ für immer in Dank verbunden war. Bikel hat maßgeb-

lich zur Wiedergeburt des jiddischen Liedes nach dem Krieg beigetragen und wurde so zum weltweiten Vorbild zahlreicher Klezmer-Gruppen. In Österreich beriefen sich unter anderem Geduldig und Thiemann auf ihn. Beispielhaft war er auch als Tewje in der Broadway-Version von *Fiddler on the Roof*, er spielte diese Bühnenfigur mehr als 2000 Mal. Am Broadway verkörperte er auch die Rolle des Barons von Trapp in *The Sound of Music*. Angeblich haben Oscar Hammerstein und Richard Rodgers den Ohrwurm *Edelweiss* speziell für ihn geschrieben.

### Mit King nach Washington

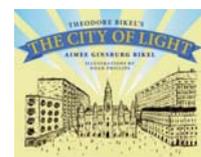
In Hollywood galt Bikel, der u.a. gemeinsam mit Audrey Hepburn im Filmmusical *My Fair Lady* spielte, als Mann für alle Fälle: einer, der gleichermaßen als Pole, Russe, Armenier, Italiener oder Ungar besetzt werden konnte. Selten, aber doch spielte er auch einen Deutschen, und manchmal – wie Bikel selbst bisweilen schmunzelnd feststellte – sogar einen Amerikaner. Wie etwa den mit Südstaatenakzent sprechenden, sympathischen Sheriff im Rassismus-Drama *The Defiant Ones* mit Sidney Poitier und Tony Curtis. Eine Rolle, die Bikel eine Oscar-Nominierung eintrug. Bikel besaß die Weltläufigkeit eines Mannes, der viel herumgekommen war und verschiedene Kulturen in sich trug. Er erachtete es als seine Aufgabe, die amerikanischen Kinoszuschauer mit

dem Fremden vertraut zu machen. Neben seiner künstlerischen Tätigkeit war Bikel nicht nur jahrelang Delegierter der Demokratischen Partei, sondern auch Präsident der Schauspieler-Gewerkschaft, Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses und Vorstandsmitglied von Amnesty International. Außerdem vertrat er stets die Meinung, dass Menschen nur fähig sind, Zukunft zu gestalten, wenn sie um ihre Wurzeln und ihre Vergangenheit Bescheid wissen. Sein politisches Gewissen sah er als Konsequenz seiner Erfahrungen als Verfolgter der NS-Herrschaft und seines persönlichen Umgangs mit Geschichte.

Seite an Seite mit seinem Freund Martin Luther King nahm er am legendären „Marsch auf Washington“ teil, der bis heute als Höhepunkt der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung gilt. Rund 250.000 Menschen versammelten sich am 28. August 1963 vor dem Lincoln Memorial. Die meisten von ihnen waren Afroamerikaner, die für Gleichberechtigung und für ein Ende des Rassismus demonstrierten. Beistand erhielten sie an diesem brütend heißen Tag von 50.000 Menschen weißer Hautfarbe, darunter an vorderster Front: Theodore Bikel.

Erst 1993 kehrte Bikel erstmals nach Wien zurück. Der damalige Viennale-Direktor Alexander Horwath hatte ihn eingeladen, an einer Konferenz österreichischer Emigranten im internationalen Film teilzunehmen. Ebenfalls bei dieser Konferenz zu Gast war einer seiner Freunde aus Hollywood, der spätere Viennale-Präsident und einstige Präsident der United Artists und Orion Pictures, Eric Pleskow.

Trotz seiner zahlreichen internationalen Erfolge ist Theodore Bikel heute in Österreich nur wenigen Leuten ein Begriff. Es bleibt zu hoffen, dass *The City of Light* auch auf Deutsch erscheint und damit diesen großen Österreicher wieder in Erinnerung ruft.



Aimee Ginsburg Bikel  
Theodore Bikel's  
*The City of Light*  
Mandel Vilar Press  
Simsbury 2019

# „Morgen muss ich wieder fünfzig Polen erschießen“

**In seinem neuen Buch „Die Rattenlinie – Ein Nazi auf der Flucht“ porträtiert der britische Autor Philippe Sands den österreichischen SS-Offizier Otto Wächter. Der glühende Nationalsozialist wollte nach dem Krieg über die sogenannte „Rattenlinie“ nach Übersee gelangen.**

VON DANIELLE SPERA

Dass die USA und der Vatikan nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs führenden Vertretern des NS-Regimes zur Flucht verhelfen, ist ein mittlerweile weithin erforschtes Phänomen. Die Fluchtroute über Italien, auf der unter anderem Adolf Eichmann, der Lagerarzt von Auschwitz, Josef Mengele, SS-Hauptsturmführer Erich Priebke oder der „Schlächter von Lyon“, Klaus Barbie, aus Europa nach Südamerika geschleust wurden, hieß im Geheimdienstjargon „Ratline“, also „Rattenli-

nie“. So heißt auch das Buch des britischen Juristen und Autors Philippe Sands über einen österreichischen Kriegsverbrecher.

Achteinhalb Jahre lang erforschte Sands die Geschichte des SS-Offiziers Otto Wächter, auf dessen Spuren ihn die Arbeit an einem anderen Buch gebracht hatte: *In Rückkehr nach Lemberg* (2019) erzählt Sands nicht nur die Geschichte seines Großvaters und der Auslöschung von Teilen seiner Familie durch die Nazis, sondern auch jene des NS-Gouverneurs von Polen, Hans Frank. Dessen Sohn Niklas Frank, einen deutschen Journalisten und Buchautor, lernte Sands während der Recherchen kennen – und über ihn wiederum Horst Wächter, den Sohn Otto Wächters, der seit den 1970er Jahren in Schloss Hagenberg im Weinviertel lebt, wo die künstlerische Avantgarde, Friedensreich Hundertwasser, die Schriftsteller der Wiener Gruppe, aber auch Udo Proksch aus- und eingingen.

Und dies ist nur eine von zahlreichen überraschenden Verästelungen in *Rattenlinien. Ein Nazi auf der Flucht*. Wächter, der auf seiner Homepage um Spenden für die Renovierung des Schlosses bittet, leugnet im Gegensatz zu Niklas Frank bis heute die Taten seines Vaters.

Dennoch ermöglichte er Philippe Sands bei seinen Besuchen auf Schloss Hagenberg Zugang zum Familienarchiv: zu Fotos, den Tagebüchern seiner Mutter Charlotte Bleckmann-Wächter und den Briefen, die sich seine Eltern von ihrem Kennenlernen 1929 bis zum Tod Otto Wächters 1949 schrieben. Briefe, die erschreckend zwei Realitäten zeigen: die kultivierte Sprache, in der plötzlich Sätze wie „Morgen muss ich wieder öffentlich fünfzig Polen erschießen“ zu lesen sind.

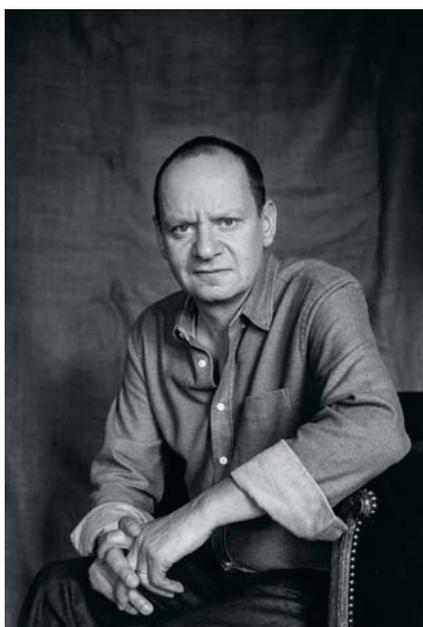
Sands erkennt in dem Archiv, das Horst Wächter mittlerweile dem Washingtoner Holocaust Memorial Museum übergeben hat, wo es digital zugänglich gemacht wurde, eine ein-

zigartige Quelle über das Leben einer glühenden österreichischen Nazi-Familie. Sands komponiert die Begegnungen mit Horst Wächter und Details aus dem Archiv zu einer spannenden Reportage über Otto Wächters Fluchtversuch über die Berge nach Italien.

Damit konnte er sich zwar der Gerichtsbarkeit entziehen. Doch ehe er die Weiterreise nach Argentinien antreten konnte, starb er in einem vaticanischen Spital in Rom. Den Verdacht Horst Wächters, dass sein Vater womöglich von einem jüdischen Rachekommando vergiftet worden sei, konnte Sands entkräften. Sands erzählt auch über Horst Wächters Tochter Magdalena, die auf Friedensreich Hundertwassers berühmtem Schiff „Regentag“ das Licht der Welt erblickt hatte. Wächter arbeitete für Hundertwasser, weil er „einem Juden dienen wollte“.

Mit all diesen Verzweigungen zeichnet *Die Rattenlinie* eine bestürzende und gleichzeitig komplexe Abbildung einer Familie, ihrer engen Verflechtung mit dem Nationalsozialismus, der späteren Schuldabwehr und der Traumatisierung der aktuellen Generation.

© ANTONIO ZAZUETA OLMOS



**Philippe Sands**  
**Die Rattenlinie – ein Nazi auf der Flucht: Lügen, Liebe und die Suche nach der Wahrheit**  
 S. Fischer,  
 Frankfurt/Main 2020  
 544 S., EUR 25,70

# Schiedsrichter gesucht



Der politisch korrekte Salomon soll nicht entscheiden.

## Ist der Klimawandel eine „g’sunde Watschn“? Braucht Donald Trump die Hilfe von Bill Gates? Und ist Political Correctness nur ein Gedankenspiel von Ronni Sinai und Nathan Spasić, das bei Bedarf gecancelt werden kann?

**Ronni:** Nathan, mir is fad!

**Nathan:** Oje, das fängt ja gut an.

**Ronni:** Lust auf ein Spiel?

**Nathan:** Hast du zu viel Geld?

**Ronni:** Nein, ich meine, spielen wir Folgendes: Ich sage etwas politisch Unkorrektes, und du verwandelst es in eine vertretbare Aussage, wie sie in einer seriösen Zeitung stehen könnte. Bei Gelingen kriegst du einen Punkt. Dann tauschen wir die Seite, einverstanden?

**Nathan:** Bin dabei. Aber es spielt keine Rolle, ob man diese Meinung überhaupt vertritt?

**Ronni:** Du hast es verstanden. Nu, ich beginne: „Schwarze Männer sind gewaltbereiter als weiße.“

**Nathan:** Schwierig. Durch die systematische Unterdrückung der Schwarzen, etwa in den USA, kommt es nicht selten zu einer Frustration. Diese kann leider auch zu Gewalt führen.

**Ronni:** Bravo, ein Punkt für dich. Jetzt du!

**Nathan:** Na gut! „Frauen sind aufgrund ihrer Natur besser im Haushalt aufgehoben.“

**Ronni:** Ich kann und will nicht glauben, dass sich im 21. Jahrhundert viele Frauen immer noch in Haushaltsarbeit verwirklicht sehen, weil sich Männer das so wünschen.

**Nathan:** 1:1! Chapeau!

**Ronni:** „Alle Verschwörungstheoretiker sind Nazis.“

**Nathan:** Die meisten Verschwörungstheorien haben den selben Ausgang: Die Juden sind schuld. Dabei sind die Theoretiker oftmals selbst rechtsextrem oder machen zumindest gemeinsame Sache mit ihnen.

**Ronni:** 2:1 für dich!

**Nathan:** Weiter geht es. „Der Klimawandel ist nicht so schlimm, wie alle behaupten.“

**Ronni:** Eh! *(Pause, N sieht R. fragend*

*an)* Nein, also ernsthaft: An den Folgen des Klimawandels werden mehr Menschen sterben als durch die Corona-Pandemie. Bloß über eine längere Zeitspanne ausgedehnt. Nur so nebenbei: Mich wird er wohl nicht mehr tangieren, ich krepier vorher an was Anderem.

**Nathan:** Egoist! Außerdem: Persönliche Meinung. Das verstößt gegen die Spielregeln. Aber ich drück mal ein Auge zu, Ausgleich!

**Ronni:** „Trump ist ein Lügner, Hetzer und von allen guten Geistern verlassen.“ – Ha, jetzt bin ich aber gespannt.

**Nathan:** Also, naja...

**Ronni:** Drei, zwei, eins ... und aus! Der Punkt geht an mich! Ich führe mit 3:2 und werde gewinnen!

**Nathan:** Das ist jetzt nicht fair! Aber jetzt du: „Zu einer guten Erziehung gehört die ‚g’sunde Watschn‘.“

**Ronni:** Kinder müssen lernen, mit Aggression umzugehen. Nicht ducken und zurückschlagen gehören dazu.

**Nathan:** Schwach! Ausgleich und 3:3.

**Ronni:** Was? Du hast mir den Sieg gestohlen!!! Wir müssen das Spiel wiederholen!

**Nathan:** In vier Jahren?

**Ronni:** Da holen wir uns dann aber einen Schiedsrichter, einen, der sich auskennt mit PC.

**Nathan:** Bill Gates?

**Ronni:** Aber nein, PC ist Political Correctness. Ich denke da etwa an Herbert Kickl.

**Nathan:** Gutes Stichwort. Da denke ich ausnahmsweise nur an Cancel Culture.



# Was ist denn eigentlich politisch korrekt?

VON PAUL CHAIM EISENBERG

Als Rabbiner sehe ich alles vom Blickwinkel der Bibel und des Talmud.

Ich habe in Amerika einen Enkel, der Down-Syndrom hat. Als er geboren wurde, waren wir natürlich alle sehr bestürzt. Wir haben auch viel darüber gesprochen, ob meine Tochter und ihr Mann, der zufällig auch ein Rabbiner ist, imstande sein werden, die Probleme der Erziehung eines solchen Kindes zu meistern. Diese Diskussionen haben wir auf Englisch geführt und damals, vor 15 Jahren, habe ich zum ersten Mal die Bezeichnung „special child“ gehört. Inzwischen hat er schon Bar Mizwa gemacht, geht in eine Schule, spielt Basketball und wir sind stolz auf ihn und seine Eltern, die ihn mit sehr viel Liebe und Unterstützung so weit gebracht haben.

Der Begriff Political Correctness wird von verschiedenen Gruppen unterschiedlich beurteilt. PC heißt, dass man niemanden willentlich und wesentlich diskriminiert, sei es wegen einer körperlichen oder geistigen Behinderung, Hautfarbe, der Abstammung, der sexuellen Ausrichtung oder der Religion. Jackie Mason, mittler-

weile 92 Jahre alt, ist ein brillanter jüdischer Comedian und ein scharfer Beobachter der US-amerikanischen Gesellschaft. In einem seiner Sketches parodierte er diese Political Correctness auf folgende Weise. Er macht das natürlich in Englisch mit ein paar jiddischen Einsprengseln, hier kriegen Sie die Eisenbergsche Übersetzung:

„Wenn viele Leute sich um einen Job bewerben, dann glaubt man, dass der geeignetste Kandidat für den Job ihn auch bekommt. Am ehesten bekommt man einen Job, wenn man eine weibliche, schwarze, behinderte, lesbische Jüdin ist. Für jede einzelne dieser Zuschreibungen wurde man früher benachteiligt. Daher schreibt eine übertriebene PC jetzt vor, diese Menschen nicht nur gleich zu behandeln, sondern mehr noch, sie zu bevorzugen. Und so wird diese erwähnte Person den Job bekommen und kann auch nie gekündigt werden.“ (Sketch-Ende)

### **Macht sich Jackie Mason über Political Correctness lustig?**

Auf alle Fälle kann man alles überreiben. Besonders konservative Menschen halten lieber an ihren früheren

Vorurteilen fest; liberalere versuchen, ihre Haltungen zu überdenken. Ein Beispiel: Wenn man heute ins Wiener Rathaus geht, gibt es an vielen Stellen nicht nur Stiegen, sondern Rampen, damit auch behinderte Menschen Eintritt erlangen. Dahinter gibt es besonders große Aufzüge, und die Eingangstüren öffnen automatisch.

Die Menschen, die dies erfunden haben, halten das für politisch korrekt und gut. Die Gegner der PC regen sich auf, dass das zu viel Geld kostet und schlagen eine konservative Lösung vor: Die Rollstuhlfahrer könnten ja jemanden beauftragen, die Amtswege im Rathaus zu erledigen.

Manche Menschen diskriminieren andere eigentlich nur mit Worten und berufen sich auf das Recht der freien Rede.

Ein Wort über Glauben und Feminismus: Bei einem meiner Vorträge im Dominikanerkloster auf der Dominikaner Bastei habe ich gelernt, dass es klüger – wenngleich auch intoleranter – ist, nicht zu viele Fragen zuzulassen. Eine ZuhörerIn versuchte mich zu überzeugen, dass Gott eine Frau sei. Die Mönche schauten zu mir und deuteten an, dass ich diese Frage

nicht beantworten müsse. Mir ist damals folgende Antwort eingefallen: „Ich habe eine gute und eine schlechte Nachricht für Sie. Die gute Nachricht ist, dass Gott kein Mann ist. Die schlechte Nachricht ist, dass Gott auch keine Frau ist. Er ist nämlich Gott und kein Mensch.“

Zur Zeit der Inquisition in Spanien vor zirka 500 Jahren wurden viele Juden vor die Wahl gestellt, sich taufen zu lassen oder hingerichtet zu werden. Viele ließen sich tatsächlich hinrichten, andere ergriffen, wenn sie konnten, die Flucht. So kamen die sephardischen Juden unter anderem auch nach Holland und bis in die Türkei. Wieder andere Juden versuchten zum Schein zum Christentum zu konvertieren und ließen sich pro forma taufen, praktizierten aber im Geheimen weiterhin ihr Judentum. Googeln Sie „Marranen“ oder „Marranos“!

Es würde zu weit führen, jetzt einen ganzen Artikel über das Kol Nidre zu schreiben. Interessant ist aber, dass unmittelbar davor eine Deklaration von drei Juden mit Torarollen laut vortragen wird. In dieser Deklaration heißt es: „Mit Zustimmung des Allgegenwärtigen und mit Zustimmung der

Gemeinde, mit Erlaubnis des himmlischen Gerichts und mit Erlaubnis des irdischen Gerichts erklären wir es für erlaubt, mit den Sündern zu beten.“ Gemeint sind, nach einer Tradition, die Conversos, also die Konvertierten, die im Herzen Juden geblieben sind. Diese kamen, so die Legende, am Jom Kippur in die Synagoge, um ihr Schuldgefühl loszuwerden. Die Liturgie stellt fest, dass auch sie willkommen sind.

### **Traut sich der Rabbiner, auch etwas über Homosexuelle zu sagen?**

Immerhin steht deutlich in der Tora, dass gleichgeschlechtliche Liebe nicht erlaubt ist. Als ich von einem älteren Tempelbesucher gefragt wurde, was denn meine Meinung zu jenen homosexuellen Menschen sei, die sogar in den Tempel kommen, sagte ich: „Die sind Sünder.“ Und nach einer kurzen Pause setzte ich fort: „Wie wir alle.“

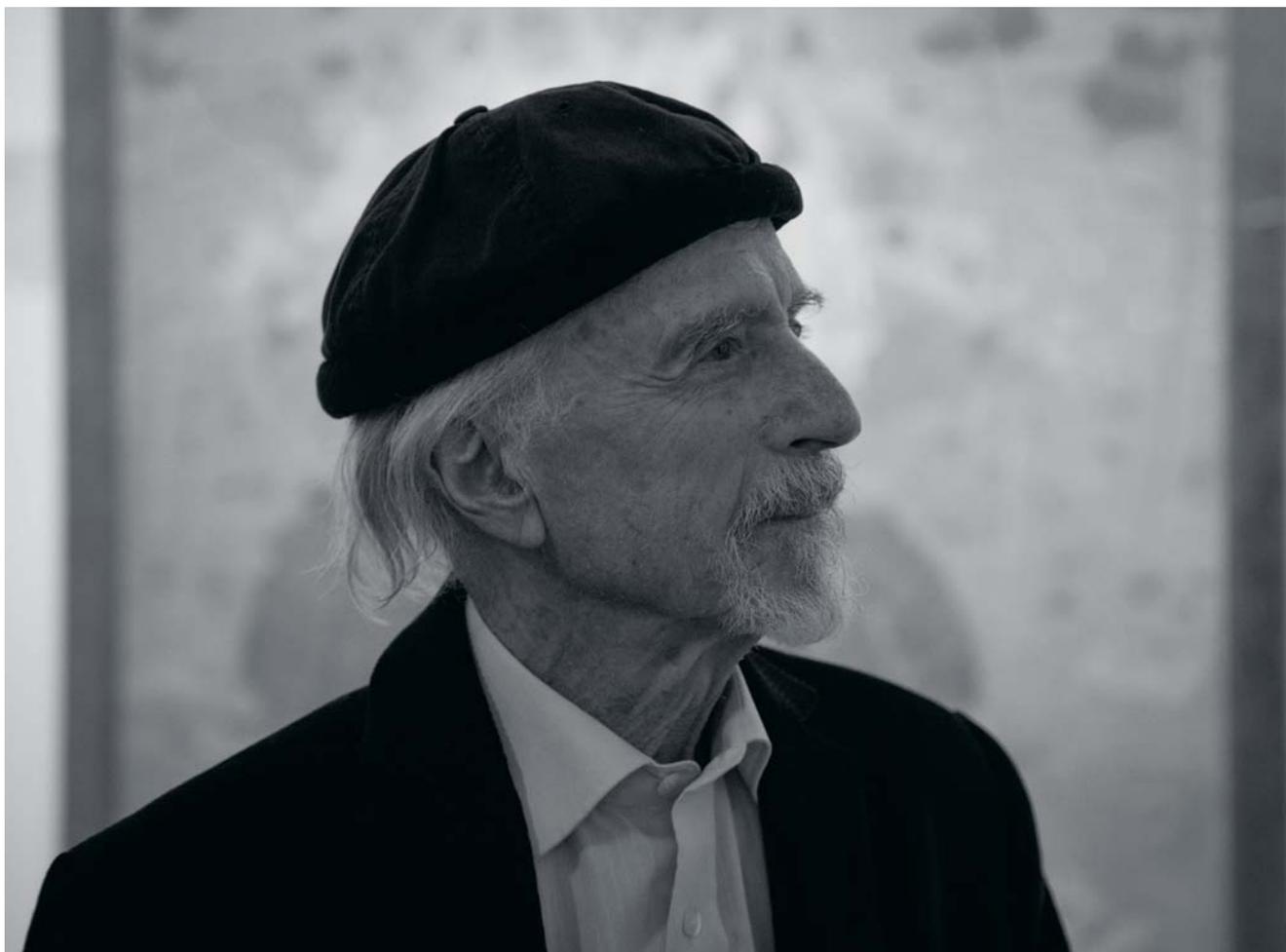
Reden wir zum Abschluss von einem weiteren Feiertag, nämlich Purim. Dieses Fest feiert die Errettung der Juden Persiens, angeführt von Haman, vor einem Pogrom. Die jüdische Königin Esther und ihr Onkel Mordechai schafften es, dieses Pogrom zu verhindern. Purim ist also wirklich

ein Grund, fröhlich zu sein. Im Talmud heißt es, wir dürfen, ja, wir sollen am Purim sogar ein wenig über das Maß trinken. Da wir nicht wissen, wie viel „ein wenig“ ist, sagt der Talmud, man solle so ausgelassen sein, dass man nicht mehr zwischen „Gesegnet sei Mordechai“ (der Held des Purim-Festes) und „Gescholten sei Haman“ (der Antisemit) unterscheiden kann. „Fundis“ sagen, dass man sich sinnlos betrinken muss, denn wie sollte man sonst Mordechai und Haman nicht mehr unterscheiden können? Eine kluge Erklärung, die auch schon ein paar hundert Jahre alt ist, lautet hingegen, dass man nur so viel trinken soll, dass man kurz einschläft. Denn im Schlaf kann man wirklich nicht zwischen dem Guten und dem Bösewicht unterscheiden ...

Und ich würde noch anfügen: Man soll am Purim vor allem nicht selber das Auto fahren.

# In memoriam Arik Brauer

© JONATHAN MEIRI



## Schwarz und Weiß

Er schaut ganz kurz nur deine Hand an  
Und denkt, die Haut ist viel zu braun  
Er will nicht wissen, was du noch kannst Er schenkt nur  
hellen Händen Vertrau'n Es könnt sein, dass gerade diese  
Hand Heute Abend Geige spielt Es könnte sein, dass  
gerade dieser Klang Sein laues Herz aufwühlt

Er sieht nur Schwarz und Weiß die ganze Welt Die  
Zwischentöne sieht er nicht Weil ihm das Schwarz und  
Weiß viel leichter fällt Er hat zu wenig Licht

Er schaut ganz kurz nur dein Gesicht an  
Und denkt, die Nase ist viel zu krumm  
Er will nicht wissen, was du alles weißt Er schaut sich  
nicht einmal nach dir um Es könnte sein, dass gerade das  
Die Nase von dem Doktor ist Der heute Nacht die erste  
Hilfe bringt Wenn er unterm Auto liegt

Er sieht nur Schwarz und Weiß die ganze Welt Die  
Zwischentöne sieht er nicht Weil ihm das Schwarz und  
Weiß viel leichter fällt Er hat zu wenig Licht

Er schaut ganz kurz nur deinen Kopf an  
Und denkt, der Schopf ist viel zu lang  
Er will nicht wissen, wer du bist  
Und denkt, du hast zum Bösen einen Hang  
Es könnt sein, dass gerade diesen Schopf Morgen früh die  
Muse küsst Es könnte sein, dass gerade das der Kopf Vom  
Messias ist

Er sieht nur Schwarz und Weiß die ganze Welt Die  
Zwischentöne sieht er nicht Weil ihm das Schwarz und  
Weiß viel leichter fällt Er hat zu wenig Licht

(Arik Brauer, 1973)



## Paul Chaim Eisenberg

ist Oberrabbiner, der alle Regeln beherrscht und Ausnahmen findet, wenn er jemandem helfen will! Singt gern und macht gern Menschen eine Freude.



## Martin Engelberg

ist Psychoanalytiker, Consultant und Coach, geschäftsführender Gesellschafter der Vienna Consulting Group, Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP), Präsident der Sigmund-Freud-Gesellschaft, Mitbegründer, bis 2017 Herausgeber sowie ständiger Autor von *NU*.



## Gabriele Flossmann

ist freie Autorin. Die Filmexpertin hat viele Jahre das Filmressort der ORF-Kulturabteilung geleitet und ist mit Filmschaffenden weltweit bestens vernetzt.



## Eric Frey

ist Chef vom Dienst bei der Tageszeitung *Der Standard*, Österreich-Korrespondent der Londoner Wirtschaftszeitungen *Financial Times* und *The Economist* sowie Buchautor und Präsident von Or Chadasch Wien.



## Heiko Heinisch

ist Historiker und Autor und forscht zu den Themen Antisemitismus, Nationalsozialismus, Integration von Muslimen, Islamismus sowie zum Themenkomplex Europa, Menschenrechte und Islam. Zuletzt Co-Autor von *Alles für Allah. Wie der politische Islam unsere Gesellschaft verändert* (2019).



## Krista Gerloff

ist in der Tschechoslowakei aufgewachsen und hat Theologie studiert. Seit 1994 lebt sie mit ihrer Familie in Jerusalem.



## Josef Joffe

ist Publizist, Verleger und Dozent. Er ist seit April 2000 Herausgeber der deutschen Wochenzeitung *Die Zeit*. 2015 erschien sein Buch *Mach dich nicht so klein, du bist nicht so groß. Der jüdische Humor als Weisheit, Witz und Waffe*.



## Otmar Lahodynsky

ist Präsident der Association of European Journalists (AEJ) und war Europaredakteur beim Nachrichtenmagazin *profil*.



## Mark E. Napadenski

arbeitet an seinem Master in Kunstgeschichte sowie Zeitgeschichte und Medien an der Universität Wien. Er ist als Studienvertreter tätig, sein besonderes Interesse gilt postkonzeptueller Kunst und der Gedenkkultur in Österreich.



## Michael Pekler

ist Journalist und *NU*-Chef vom Dienst. Er schreibt u.a. für den Berliner *Freitag*, den Wiener *Falter* und das Zürcher *Filmbulletin*.



## Michael J. Reinprecht

Der Diplomat war European Fellow an der USC in Los Angeles und davor Leiter der Nahostabteilung des Europäischen Parlaments in Brüssel sowie Direktor des Informationsbüros des EU-Parlaments in Wien. Unlängst ist sein Romandebüt *Ludwig* erschienen.



## Emile Schrijver

ist seit 2015 Generaldirektor des Joods Historisch Museum und Joods Cultureel Kwartier (JCK) in Amsterdam sowie Vorsitzende der European Association of Jewish Museums. Er lehrt an der Amsterdamer Universität jüdisches Kulturerbe und jüdische Buchgeschichte und ist Hauptredakteur der *Encyclopedia of Jewish Book Cultures*.



## Andrea Schurian

Die *NU*-Chefredakteurin ist Kolumnistin der Tageszeitung *Die Presse*. Die ehemalige ORF-Journalistin und Moderatorin leitete mehr als neun Jahre lang das Kulturressort in der Tageszeitung *Der Standard*.



## Ronni Sinai

ist als freier Mitarbeiter für das *NU*-Magazin tätig und teilt sich mit Nathan Spasić das vorletzte Wort.



## Nathan Spasić

ist freischaffender Journalist und Fotograf aus Wien. Seinen Fokus legt er auf Themen wie Prekariat, Marginalisierung und Rechtsextremismus. Er studiert zudem an der Universität für angewandte Kunst.



## Danielle Spera

Die *NU*-Herausgeberin ist Direktorin des Jüdischen Museums Wien. Davor war sie ORF-Journalistin und Moderatorin. Sie studierte Publizistik und Politikwissenschaft.



## Bernd Stegemann

ist Professor an der Berliner Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch und Dramaturg am Berliner Ensemble. 2018 initiierte er die linke Sammlungsbewegung „Aufstehen“. Jüngst ist bei Klett Cotta sein Buch *Die Öffentlichkeit und ihre Feinde* erschienen.



## René Wachtel

lebt in Wien, ist selbstständig.

## Impressum

**HERAUSGEBER UND MEDIENINHABER**  
Arbeitsgemeinschaft  
jüdisches Forum  
Gölsdorfgasse 3, 1010 Wien

**STÄNDIGES REDAKTIONSTEAM**  
Danielle Spera (Herausgeberin)  
Andrea Schurian (Chefredakteurin)  
Michael Pekler (Chef vom Dienst)  
Vera Ribarich (Lektorat)  
Nathan Spasić (Online)

**SATZ & LAYOUT**  
Richard Klippfeld  
**DRUCK**  
Riedeldruck GmbH  
Bockfließstraße 60,  
2214 Auersthal

**OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ**  
Verein Arbeitsgemeinschaft  
jüdisches Forum mit Sitz in  
1010 Wien, Gölsdorfgasse 3  
Obfrau: Danielle Spera

Grundsätzliche Richtung:  
**NU** ist ein Informationsmagazin für  
Juden in Österreich und für ihnen  
nahestehende, an jüdischen Fragen  
interessierte Menschen.  
**NU** will den demokratischen  
Diskurs fördern.



# WENN WIR WISSEN MÜSSEN, WAS PASSIERT.

WENN'S DRAUF ANKOMMT.

**ORF** WIE WIR.

P.b.b. • Verlagspostamt 1010 Wien  
Zulassungsnr.: 02Z033113M